Sonderheft 5 J 20280 F

ZEITSCHRIFT FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE UND SOZIALISTISCHE POLITIK

PROBLEME DES KLASSEN-KAMPFS

Renate Damus

Wertkategorien als Mittel der Planung – Zur Widersprüchlichkeit der Planung gesamtgesellschaftlicher Prozesse in der DDR

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS

Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik

Sonderheft 5 (1.-4. Tsd., Mai 1973)

Inhalt Seite

Die Zeitschrift wird inhaltlich gestaltet von der Redaktionskonferenz.
Presserechtlich verantwortlich für diese Nummer: Jürgen Hoffmann, Susanne Piening. Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V., Westberlin.

PROBLEME DES KLASSENKAMPFS
erscheint vierteljährlich, Nr. 7 im Mai 1973.– Preis des Einzelheftes DM 4,00, des Doppelheftes DM 8,00, der Sonderhefte je nach Umfang und Auflagenhöhe.– Abonnements sind nur direkt vom Verlag aus möglich. Abonnementspreis: DM 15,00 für vier Einzelhefte inklusive Versandkosten; wird Luftpostzusendung gewünscht (nur außerhalb Mitteleuropas), bitte DM 17,50 überweisen. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 15,00 bzw. 17,50 für 4 Einzelhefte bezahlt wurde. Dabei ist anzugeben, ab welchem Heft das Abo gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das jeweils als letztes erschienene Heft ist. Sonderhefte sind im Abo nicht enthalten. Sie werden auf Bestellung jeweils nach Erscheinen portofrei zugesandt und getrennt berechnet. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen vor Ablauf des jeweiligen 4-Hefte-Turnus. Bezahlung durch Überweisung an POLITLADEN GmbH, Konto 3234-850 beim Postscheckamt Nürnberg oder Konto 1190 bei der Raiffeisenbank Effeltrich/Oberfranken. Auslandsüberweisungen bitte ausschließlich per Post!

Redaktion: Probleme des Klassenkampfs, 1 Berlin 10, Postfach 100 529
Telefon: 0311 - 3 13 49 13 (montags 16.30 Uhr bis 18.30 Uhr)
Verlag und Vertrieb: Politladen GmbH, 852 Erlangen, Hindenburgstr. 17 – Tel. 09131 - 24850
Satz und Druck: Politladen GmbH, Gaiganz/Ofr. – Tel. 09199 - 287

Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Zu diesem Heft

Die Auseinandersetzung innerhalb der Linken (soweit sie nicht der DKP nahestehen) über das Problem der Übergangsgesellschaft ist gegenwärtig weithin geprägt durch kühne Operationen mit Begriffen wie „Ware – Geld-Beziehungen", „Wertgesetz als Regulator der Produktion", „Primat der Ökonomie gegenüber dem Primat der Politik", „Neue Bourgoisieklasse" etc., die sämtlich darauf hinzielen, aufgrund der Beobachtung bestimmter Erscheinungsformen in den sozialistischen Ländern eine vorherrschende Tendenz der Rückkehr zum Kapitalismus in diesen Ländern feststellen zu können. Das dabei normalerweise angewandte Verfahren ist das des oberflächlichen Analogieschlusses. Die Dinge werden bei ihrem Namen genommen, Geld ist eben gleich Geld und Ware gleich Ware und Wertgesetz gleich Wertgesetz. Schließlich sprechen die Genossen in den sozialistischen Ländern ja selber davon, daß sie Ware–Geldbeziehungen aufrechterhalten, daß sie das Wertgesetz anwenden, wenn auch als sozialistisches. So geht man dann davon aus, daß das Attribut „sozialistisch", das vor den Begriff des Wertgesetzes gestellt wird, tatsächlich überflüssig ist, nur eine Verhüllung des eigentlich kapitalistischen Gehaltes desselben sei.

Wir gehen nicht davon aus, daß die Perspektive weltrevolutionärer Entwicklung sich verbessert, wenn man zum Ergebnis kommt, die sozialistischen Gesellschaften seien zu einem großen Teil auf dem Weg zurück zum Kapitalismus und diese Tendenz habe einen unaufhaltsamen Charakter. Dies ist der eine Grund, weshalb wir eine genaue und ernsthafte Auseinandersetzung mit der Entwicklung in diesen Ländern für notwendig halten. Als ernsthafte Auseinandersetzung wäre eine solche zu bezeichnen, die sich nicht einfach an den Begriffen Ware – Geld – Wertgesetz aufhängt, so wie sie als Begriffe verwendet werden, sondern sich auf die Analyse des wirklichen Inhalts dieser Kategorien in den sozialistischen Ländern richtet. Eine solche Analyse hat sich daher materialistisch auszuweisen, indem sie nicht der Wirklichkeit der sozialistischen Gesellschaften das Modell eines besseren, revolutionäreren Gangs der Ereignisse entgegenstellt, ohne daß die zugrunde liegenden historischen Probleme untersucht werden und mögliche alternative Antworten auf diese entwickelt werden. Die beiden Aufsätze von Renate Damus zur Entwicklung des Systems der Planung und zur Anwendung der Arbeitswertlehre bei der Planung der Preise in der DDR sind als ein solcher Versuch zu werten, die realen Probleme in der DDR bei der Planung des gesamtgesellschaftlichen Prozesses ausschnitthaft aufzugreifen. Dabei werden Genese und Funktionsmechanismus des ökonomischen Systems detailliert untersucht und die Ergebnisse der Analyse daraufhin befragt, inwieweit es in der DDR gelingt, den Prozeß der bewußten Vergesellschaftung voranzutreiben.

Gerade weil dieser Prozeß aber ein alle gesellschaftliche Bereiche

umfassender ist und nicht auf die (im engeren Sinne) Ökonomie beschränkt sein darf, ist es an dieser Stelle notwendig, auf die bedingte Aussagekraft der Ergebnisse der nachfolgenden Untersuchungen hinzuweisen. Schließlich ist die Übergangsgesellschaft gerade dadurch gekennzeichnet, daß die überkommene Trennung von Politik und Ökonomie (als Ausdruck der unbewußten Vergesellschaftung in der kapitalistischen Produktionsweise) sukzessive aufgehoben resp. überwunden wird. Wenn daher die Sphäre des Politischen (hier als umfassende Regulierung und Beherrschung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die Gesellschaft) in immer stärkerem Maße die Sphäre der Ökonomie überlagert und damit die Produktion den Bedürfnissen der Gesellschaft untergeordnet wird, so ist zu untersuchen, inwieweit die Politik selbst (ihre Ausformulierung und die Institutionen ihrer Durchsetzung) den Prozeß der bewußten Vergesellschaftung befördert bzw. die entscheidende Kraft in diesem Prozeß ist. Eine solche umfassende Analyse erfordert also – um hier nur einige Punkte zu benennen – die Untersuchung

- der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der Partei und der Gewerkschaften, in ihren doppelten Funktionen als Organe der Willensbildung resp. der Vertretung der Interessen der Arbeiter auf allen Ebenen der Gesellschaft und als „Transmissionsriemen"
- der Formen und Institutionen der Sozialisation (Familie, Schule ...)
- der Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im unmittelbaren Produktionsprozeß; der Realisierung der Forderung, diese Formen der Arbeitsorganisation (als eine Form der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit) mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbinden
- der Entfaltung sozialistischer Demokratie als Vergesellschaftung der Entscheidungsprozesse in allen Bereichen der Gesellschaft.

Erst eine so angegangene umfassende Untersuchung der existierenden Übergangsgesellschaften läßt hinreichende Schlüsse über die Entwicklungsrichtung dieser Länder zu. Allerdings wird eine solche Arbeit nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die Empirie uns weitgehend verschlossen bleibt, andererseits die vorhandenen und verfügbaren veröffentlichten Untersuchungen von DDR-Theoretikern nur allzuoft in apologetischer Weise mit dem Material verfahren, was sowohl eine kritische Diskussion in der DDR erschweren dürfte als auch eine solidarische Auseinandersetzung mit ihnen.

In diesen umfassenderen Zusammenhang sind auch die nachfolgenden Aufsätze einzuordnen, die gerade darin ihre Relevanz haben, daß sie das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den Übergangsgesellschaften am Beispiel der DDR an ihrer Nahtstelle, der Umsetzung der Politik in der materiellen Produktion, untersuchen.

Jürgen Hoffmann	**Christel Neusüss**
Wolfgang Müller	**Dietrich Staritz**

Renate Damus

ZUR PROBLEMATIK DER DOPPELTEN WIRTSCHAFTSRECHNUNG AM BEISPIEL DER WIRTSCHAFTSREFORMEN IN DER DDR *

I. Einleitung

1. Zur Problematik der Kategorien „dezentral-zentral"

Wenn der Darstellung und kritischen Reflexion über die Entwicklung der „Wirtschaftsreformen" in der DDR Ausführungen vorangestellt werden, in denen die Vorstellungen hinsichtlich eines stärker zentralen bzw. dezentralen Modells an Hand von Bettelheim und Brus entwickelt werden, dann nicht deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß damit bereits die entscheidende Ebene der Auseinandersetzung mit hoch entwickelten osteuropäischen Staaten angesprochen wäre. Die Ebene zentral – dezentral (oder gar verkürzt: Plan/Markt) ist aber zumindest bis vor kurzem in mehrerer Hinsicht Ausgangspunkt kritischer Reflexionen gewesen.

Auch heute läßt sich nachweisen, daß sie auch noch bei den Kritikern implizit enthalten ist, die meinen, daß in den osteuropäischen Staaten die Arbeiterklasse ihre Macht an eine herrschende Klasse verloren habe, was m.a.W. bedeutete, daß die Arbeiterklasse in diesen Staaten die Macht schon einmal in Händen gehabt hätte (und zwar solange, wie Stalin herrschte). Dieser sehr personalistischen Argumentationsweise liegt die Annahme zugrunde, daß das zentrale Wirtschaftssystem, wie es sich in der UdSSR herausgebildet hatte und als Grundmodell nach 1945 auf die „Volksrepubliken" übertragen wurde, im Gegensatz zu den dann geschaffenen dezentraleren Strukturen nicht mit sozialistischen Vorstellungen konfligiert. Zentrale Planung wird in dieser Argumentation sakrosankt, sie wird mit gesamtgesellschaftlich für diese Staaten weitgehend gleichgesetzt. Insofern argumentieren auch die

* Hiermit möchte ich Dieter Staritz, Christel Neusüß und Jürgen Hofmann für die kritische Durchsicht des Manuskripts, für Anregungen und Hinweise herzlich danken.

extremsten Kritiker – nämlich jene, die heute von einer Klassenherrschaft über die Arbeiterklasse sprechen – auf der Ebene zentral – dezentral.

Sie fragen nicht, ob das zentrale Planungssystem, wie es in der DDR bis 1963 herrschte

- überhaupt die bewußte Vergesellschaftung von Planungs- und Leitungsprozessen ermöglichte und somit auch eine Akkumulation sozialistischer Kultur zuließ
- die Aufhebung der Arbeitsteilung, damit die Aufhebung einer starren Trennung in Kader und Massen und damit die Aufhebung von Herrschaft als einer spezifischen Funktion tendenziell initiierte
- einen „Überschuß" an „Bürokratie" mit sich brachte. (Überschuß insofern reflektiert werden müßte, inwieweit die UdSSR in der damaligen weltpolitischen Situation der totalen Isolierung und Einkreisung andere als die eingeschlagenen Möglichkeiten hatte. Es müßte also unter Einbezug der historischen Bedingungen reflektiert werden, inwieweit Herrschaft u. U. notwendig zur besonderen Funktion werden mußte und inwieweit sie sich verselbständigte. Die Verselbständigung bezeichne ich hier etwas lax als Überschuß).
- von jenem historischen Zeitpunkt ab, an dem es nicht mehr einfach um eine simple Erweiterung der Produktion ging (die mit dem vorhandenen System – wenn auch keineswegs ohne ökonomische und gesellschaftliche Kosten – noch zu bewältigen war), ab dem folglich über viel kompliziertere und komplexere Prozesse entschieden werden mußte, aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Ineffizienz sich nicht negativ auf die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung auswirken mußte. Denn wenn festzustellen ist, daß das Planungs- und Leitungssystem sich z. B. so auswirkte, daß – wie weiter unten noch zu zeigen sein wird – die Steigerung der Produktivität als wirtschaftlich unrentables Verhalten der Betriebe erscheint, so wird Bewußtseinsbildung, Arbeitsplatzsituation und Befriedigung historisch entwickelter Bedürfnisse in eigenartiger Weise auseinander genommen.
- in hochentwickelten sozialistischen Staaten, in denen es nicht einfach um die extensive Erweiterung der Reproduktion geht, mit seiner ausschließlichen Wirtschaftsrechnung ex ante (zumal auf dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik) möglich ist oder ob die gegebene Situation, auch gesamtgesellschaftlich betrachtet, nicht vielmehr eine doppelte Wirtschaftsrechnung erfordert – nämlich eine Wirtschaftsrechnung ex ante und eine ex post mittels indirekter Zentralisierung über den eingeschränkten Gebrauch von Wertkategorien.

Kritik, die sich den vorhandenen Problemen, die gerne als technizistisch bzw. ökonomistisch abgetan werden, nicht stellt, bleibt jedoch notwendigerweise abstrakt und unverbindlich, weder tangiert sie die sog. herrschende Klasse noch diejenigen, für die man damit zu sprechen meint. Daß die Diskussion auch heute noch weitgehend von der Gegenüberstellung zentral – dezentral ausgeht, zeigt sich aber nicht nur daran, daß das Wirtschaftssystem der UdSSR bis 1956 praktisch nicht kritisiert wird, womit zentral hier mit sozialistisch gleichgesetzt wird, sondern auch an der Kritik hinsichtlich der Dezentralisierungsmaßnahmen. Die Tatsache, daß in den Neuen Ökonomischen Systemen Wertkategorien stärker aufgegriffen werden, genügt bereits zur Negation der Maßnahmen, zur Beschwörung der sog. kapitalistischen Restauration. Damit wird m.E. die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie in scheinbar besonderer Anlehnung an sie ökonomistisch verkürzt. Es wird nicht danach gefragt, ob bedingt durch die Benutzung, durch den Gebrauch, diese Kategorien partiell und in verschiedener Abstufung von anderer Qualität sind und damit nicht mehr dasselbe aussagen.

Diese Kategorien sind im Kapitalismus Kategorien, die gesellschaftliche Prozesse, zwischenmenschliche Beziehungen selbst beherrschen, da oberflächenhaft betrachtete Beziehungen zwischen Sachen sich als Beziehungen zwischen Menschen erweisen, die sie verschleiern. In einer Gesellschaft aber, in der Wertkategorien zur bewußten Gestaltung gesamtwirtschaftlicher Prozesse dienen und bewußt gestaltet sind, muß danach gefragt werden, ob ihre bewußte Gestaltung zur bewußten Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse ihre Qualität nicht insofern verändert, als in ihnen einerseits nur abgeschwächt – wie abgeschwächt ist zu fragen – Beziehungen zwischen Menschen zum Ausdruck kommen und andererseits verstärkt bewußte Beziehungen der Menschen zur Natur, womit die Aneignung der Natur allmählich in den Vordergrund tritt.

Die Tatsache der verstärkten Verwendung von Wertkategorien sagt demzufolge als solche wenig aus, vielmehr ist die Frage nach ihrer konkreten Gestaltung und nach dem Prozeß ihrer Gestaltung zu stellen. Es ist danach zu fragen, inwieweit sie auf einem bestimmten Entwicklungsstand notwendigerweise stärker aufgenommen wurden zur Bewältigung der Aneignung der Natur, inwieweit sie Ausdruck der Tatsache sind, daß Verstaatlichung und stärker zentrale Planung nicht mit dem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gleichgesetzt werden können. Es ist weiterhin danach zu fragen, ob nicht beide Systeme – dasjenige, das ausschließlich auf Wirtschaftsrechnung ex ante ausgerichtet ist und dasjenige, das doppelte Wirtschaftsrechnung durchführt – die Privatheit der Interessen perpetuieren, weshalb die Wertkategorien, soweit sie über gesellschaftliche Beziehungen Aussagen machen, nur noch abgeleiteter Natur sind. Wenn dem so ist, kann sich kritische Wissenschaft, die sich mit osteuropäischen Staaten befaßt, auch nicht mehr als Kritik der politischen Ökonomie im vollen Marxschen Sinne begreifen. Solange die Tatsache der Übernahme der Wertkategorien weitgehend genügt, um eine Restauration des Kapitalismus festzustellen, solange nicht untersucht wird, was die Kategorien miteinander gemein haben bzw. inwieweit sie bereits in Kategorien wirtschaftlicher Rechnungsführung übergegangen sind, bewegt sich die Kritik entgegen ihrer eigenen Intention auf der ökonomistisch geronnenen Ebene zentral - dezentral.

Diese Ebene wird scheinbar überdeckt, indem man auf dezentrale Maßnahmen – positiv interpretiert – in China verweist. Auf dem gemeinsamen geringen Wissensstand über China lassen sich hinsichtlich einer solchen Vorgehensweise einige Einwände formulieren, die sich auf die verschiedenen Ausgangsbedingungen beziehen

- Was in solchen Hinweisen prinzipiell vergessen wird, ist die Tatsache, daß sich in China innerhalb eines jahrzehntelangen revolutionären Prozesses z. T. eine bewußte Vergesellschaftung der bäuerlichen Massen herausgebildet hatte, eine Vergesellschaftung, die zunächst zwar negativ gerichtet war als Solidarität im Kampf gegen den inneren und äußeren Klassenfeind, die aber immer auch – in den befreiten Gebieten – schon als positive Vergesellschaftung des Produktionsprozesses praktiziert wurde und somit insgesamt eine wesentliche Grundlage für die bewußte Vergesellschaftung der Produktion nach der Revolution bildet. In diesem Prozeß bildet sich gleichzeitig eine Partei heraus, welche revolutionäre Erfahrung akkumulieren und in die Form des Aufbaus des Sozialismus einbringen kann.
- China hatte, trotz der nicht gerade revolutionsfördernden Politik der UdSSR un-

ter Stalin, weltpolitisch gesehen wesentlich günstigere Ausgangsbedingungen, insofern durch die Existenz der UdSSR und der anderen „Volksrepubliken" die Existenz Chinas von außen betrachtet kaum in Gefahr schien und China nicht im selben Maße in den „Kalten Krieg" einbezogen war wie etwa die DDR. Damit ist der Spielraum für gesellschaftliches Handeln zweifelsohne größer, die Maßnahmen sind so stärker von den Zielvorstellungen her bestimmbar.

- China hatte aufgrund der Unentwickeltheit des Landes mehr das Problem ständisch-patriarchalischer Schichten als Klassenprobleme zu bewältigen. Die Außensituation konnte sich so weniger verhängnisvoll mit der inneren verbinden und gegen die Revolution wenden, insofern es kaum eine bürgerliche Klasse gab, eine Klasse, deren Macht auf ökonomischer Macht, auf der Gestaltung der innergesellschaftlichen Verkehrsformen gründete. Eine ständisch-patriarchalische Gesellschaft ist jedoch im Zuge einer Revolution unmittelbar zu beseitigen als eine bürgerliche Gesellschaft, in der die Erringung der politischen Macht lediglich die Voraussetzung zur allmählichen Umgestaltung der gesellschaftlichen Prozesse darstellt.
- Die Beseitigung überkommener ständisch-patriarchalischer Strukturen als ein wesentlicher Inhalt der Revolution impliziert zwar, daß die Entwicklung der Produktivkräfte als materielle Vergesellschaftung des Produktionsprozesses noch geleistet werden muß, bildet aber in anderer Hinsicht auch wieder günstigere Voraussetzungen für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft als die entwickelte bürgerliche Klassengesellschaft. Weil in der ständisch-patriarchalischen Gesellschaft der Produktionsprozeß noch als gesellschaftlicher gewußt wird, wenn auch in der bornierten Form, in welcher er sich noch nicht aus dem Naturzusammenhang gelöst hat, kann beim Aufbau des Sozialismus an Bewußtseinsmomente angeknüpft werden, welche die Reproduktion des individuellen Lebens als gesellschaftliche begreifen. Dies muß gegenüber einer Position hervorgehoben werden, welche der Dezentralisierung über Wertkategorien in der DDR positiv das Beispiel dezentralisierter Planung in China entgegenhält. Denn hier wird außer acht gelassen, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land mit entwickelten bürgerlichen Vergesellschaftungsformen vor allem dann auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen muß, wenn sich das Proletariat nicht in einem langen revolutionären Prozeß die „ganze alte Scheiße" vom Hals geschafft hat: nämlich die Herausbildung der Gesellschaftsmitglieder als Privatindividuen, den Verlust eines bewußten gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs.
- Bei der unentwickelten Struktur der chinesischen Wirtschaft kommt es zuerst einmal auf eine extensiv erweiterte Reproduktion an, in dieser Phase ist die Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse deshalb aber auch einfacher. Hinzu kommt, daß aufgrund der außenpolitischen Situation China sich ein prinzipiell langsameres Entwicklungstempo leisten kann, das auf längere Frist gesehen nicht einmal weniger optimal hinsichtlich der Gestaltung gesamtgesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Prozesse sein muß, da mit viel geringeren gesellschaftlichen Kosten verbunden. Der ganz andere Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und die auf kollektive Lebensformen angelegten tradierten Werte machen so Dezentralisierung in anderem Sinne möglich – nämlich Dezentralisierung wirklicher Entscheidungskompetenzen, Bildung wirklicher Entscheidungseinheiten, die nur locker untereinander verbunden zu sein brauchen,da sich die wirkliche

materielle Vergesellschaftung des Produktionsprozesses noch nicht herausgebildet hat.

Kritik an Hand eines „chinesischen Modells" wird abstrakt, wenn sie sich den konkreten Bedingungen und Schwierigkeiten nicht stellt, z.B. den Schwierigkeiten, die sich aus tradierten Werten und Lebensformen ergeben, z.B. den Schwierigkeiten bei der Gestaltung gesamtwirtschaftlicher Effizienz auf einem hohen technologischen Entwicklungsstand. Konkret würde eine solche Kritik werden, wenn sie z.B. in der Lage wäre aufzuzeigen, wie gesamtwirtschaftliche Effizienz trotz aller „Reformen" unzulänglicher als möglich erreicht wird aufgrund der Tatsache, daß – sei es innerhalb verstärkter zentraler oder dezentraler Strukturen – überkommene Verhaltensweisen perpetuiert werden. Dann ließe sich zeigen, warum in sozialistischen Staaten sozialistische Vorstellungen zu moralischen Appellen gerinnen, denen die verselbständigte Stimulierung materieller Interessen korrespondiert. Jenseits konkreter Kritik reduziert sich sozialistische Kritik ihrerseits auf eine moralische Position.

Um die Schwierigkeiten, die sich der Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse in ihrem Doppelcharakter der Beziehung der Menschen untereinander und ihrer Beziehung zur Natur stellen, aufzuzeigen, gehe ich im folgenden von der Betrachtung zentraler bzw. dezentraler Vorstellungen aus. Dieses Verfahren entspricht einerseits der historischen Entwicklung und andererseits den geführten Diskussionen. Damit bezeichne ich jedoch nicht die Ebene zentral – dezentral (und schon gar nicht, wenn sie mit Plan/Markt gleichgesetzt würde, was ich nicht tue) als die entscheidende. Vielmehr sollte deutlich werden, daß bei aller Wichtigkeit der Unterschiede und ihrer jeweiligen ökonomischen bzw. umfassenderen Auswirkungen sowohl gegenüber stärker zentralen wie dezentralen Lösungsversuchen auf einer höheren Abstraktionsebene dieselben Einwände zu formulieren sind.

Teilt man die Planungskonzeptionen grob in zwei Modelle, nämlich in ein stärker auf direkt zentrale und in ein stärker auf indirekt zentrale Mechanismen orientierte ein, dann läßt sich heute in bezug auf ein stärker zentrales Modell feststellen, daß bei den gegebenen Schwierigkeiten (z.B. Informationsermittlung, Bedarfsermittlung, Bilanzierungsprozessen etc.) die Orientierung der Betriebe und Individuen auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele nicht erzwungen werden kann. Zu der Annahme, daß das freiwillig geschieht, besteht jedoch so lange keine Veranlassung, als dies nicht für den einzelnen Betrieb und/oder die in ihm arbeitenden Individuen optimale Bedingungen impliziert, was gar nicht sein kann, da die einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen längst nicht in jedem Fall z.B. in Anbetracht des Mangels an Ressourcen kongruent sein können.

Die Diskrepanz von Einzelinteresse und gesamtwirtschaftlichen Interessen soll hier nicht ahistorisch als Konstante eingeführt werden, vielmehr ist sie in ihrer vollen Herausbildung der Herausbildung und Entwicklung der erweiterten Reproduktion geschuldet, der die Freisetzung und Privatisierung der Individuen voran- und mit der sie einhergeht. Die negativen Auswirkungen der gewordenen und gegebenen Nicht-Identität der Interessen in ihren Einzelheiten lassen sich daher langfristig nur dann aufhebbar denken, wenn es gelingt, über die Vergesellschaftung von Entscheidungsprozessen das überkommene private Interesse aufzubrechen. Geschieht das nicht, soll infolgedessen Interessenidentität lediglich über technisch-ökonomische Mittel erreicht werden, so ist ihr partielles Scheitern von vornherein sowohl von den technisch-ökonomischen Schwierigkeiten aus betrachtet, wie von der Tatsache aus, daß durch die betriebene Politik das Privatinteresse verfestigt wird, garantiert.

Die Zentrale ist, wenn sie den Versuch einer direkten Steuerung unternimmt und nicht mit indirekten Mitteln eine gesamtwirtschaftliche Orientierung versucht, auf eine Fülle von Informationen von „unten“ angewiesen. Diese Informationen sind, unter der realistischen Annahme einer – vorsichtig ausgedrückt – nicht durchgängig vorhandenen Interessenidentität, nicht objektiv, nicht optimal im Sinne der Gesamtwirtschaft, vielmehr durch die betrieblichen Interessen bestimmt, was selbstverständlich Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems hat, darüberhinaus jedoch auch gesellschaftliche Kosten verursacht[1]), insofern mit detaillistischer Planung untere Entscheidungsebenen zu gesamtgesellschaftlich richtigem Verhalten hingezwungen werden sollen. Sie sollen die festgelegten Pläne genau erfüllen, die auch deshalb so festgelegt werden, weil mit der Privatheit der Interessen gerechnet wird. Damit werden die Interessen jedoch andererseits auch perpetuiert; von „unten“ wird so reagiert, wie es die Zentrale in und mit ihrem traditionellen Verhinderungsversuchen indirekt erwartet. Den Kosten scheint aber die Möglichkeit gegenüberzustehen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedingt durch zentrale Entscheidungsmöglichkeiten transparent und gesellschaftlich ausgleichend bestimmen zu können.

Beim dezentralen Modell scheinen die Kosten ebenfalls doppelter Natur zu sein. Versucht man die wirtschaftliche Entwicklung indirekt über Preise, materielle Anreize, Gewinne etc. zu steuern, so bedürfte es eines optimalen Systems von Regelungen – das bis heute noch nicht entwickelt wurde –, um mit ihm zu sichern, daß nicht erneut einzelwirtschaftliche Entscheidungen die gesamtwirtschaftlichen und damit die gesamtgesellschaftlichen Ziele gravierend tangieren, zumal weder einzelwirtschaftliche Rentabilität noch gar der Gewinn des einzelnen Betriebs etwas über gesamtwirtschaftliche Effizienz aussagen. Beispielsweise können die externen Effekte einer Investitionsentscheidung – falls die Dezentralisierung soweit geht – eines Betriebes, die für ihn selbst vorteilhaft ist, enorm hoch sein. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind infolgedessen darin begründet, daß einzelwirtschaftliche Gewinne oder auch einzelwirtschaftliche Rentabilität keineswegs identisch mit gesamtwirtschaftlicher Effizienz sein müssen bzw. oft sein könnten.

Soll die Orientierung auf gesamtwirtschaftliche Ziele im dezentralen Modell nicht hinterrücks mit Lenkungsmechanismen erzwungen werden, dann wird auch beim dezentralen Modell die unrealistische Annahme der Interessenidentität vorausgesetzt. Ansonsten müßte eingeräumt werden, daß dezentrale Entscheidungen nicht identisch mit gesamtgesellschaftlich optimalen Entscheidungen sind oder auch nur sein können.

Darüber hinaus muß die Frage gestellt werden, ob dieses Modell nicht noch weitere Kosten mit sich bringt, nämlich Kosten, die das Modell als sozialistisches in Frage stellen. Wieweit können überhaupt in Anbetracht der Prämissen zentrale und damit – theoretisch – gesamtgesellschaftliche Entscheidungen nach „unten“ verlagert (bzw. aufgegeben) werden? Anders formuliert: kann ein solches System indirekter Lenkungsinstrumente gefunden werden, das auf die gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Ziele hin orientiert, ohne daß ein solches System als System nicht bereits die Aufgabe der angesprochenen Ziele darstellt?

Beide Grobmodelle sozialistischer Produktionsweise verursachen infolgedessen zumindest solange gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Kosten,

1) Abgesehen davon ist der Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Entscheidung und der damit zusammenhängende Informationsaustausch auch ein nicht zu unterschätzendes technisches Problem.

solange man nicht von einer Interessenidentität in einem stärker zentral orientierten Modell[2]) ausgehen kann. Wäre diese in der Realität gegeben, wäre der Kampf um richtige Lösungen weitgehend überflüssig, er würde sich auf die Diskussion technischer Probleme reduzieren. Wirtschaftliche Prozesse verlören ihren Doppelcharakter; die Probleme reduzierten sich auf Fragen der Beherrschung der Natur. Wissenschaft, die sich mit Problemen der Gestaltung der Produktionsprozesse befaßt, wäre nicht mehr zwischen politischer Ökonomie und gesellschaftlicher Technologie anzusiedeln, sondern wäre technologische Wissenschaft. Daß der Kampf geführt wird – und der Wechsel in den wirtschaftlichen Maßnahmen verweist auch auf die Konflikte –, ist bereits der Beweis für die nicht gegebene Interessenidentität und für die Schwierigkeiten, gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Beziehungen bewußt zu gestalten, sei es mit Hilfe eines stärker zentral oder dezentral orientierten Modells. Nur die Fehlerquellen sind partiell verschieden. So muß die relevante Fragestellung lauten: welche zentralen Maßnahmen sind gesellschaftlich und wirtschaftlich bei einem Ist-Soll-Vergleich jeweils notwendig und welche sind Ergebnisse von Konflikten, die mit vorhandenen überkommene Verhaltensweisen tradierende Entscheidungsstrukturen zusammenhängen?

Wie diese Fehlerquellen aussehen, soll nun anhand kurzer Problemskizzierungen verdeutlicht werden, wobei Bettelheim[3]) für ein stärker zentral orientiertes, Brus[4]) für ein stärker dezentral orientiertes Modell stehen soll. Es scheint in mehrerer Hinsicht sinnvoll zu sein, die Vorstellungen dieser beiden Theoretiker als „Modelle“ zu skizzieren, bevor die Entwicklung in der DDR aufgezeigt werden soll. Vor der Frage nach dem Zweck eines solchen Vorgehens soll darauf hingewiesen werden, warum gerade Bettelheim und Brus diesem Zweck dienen sollen. M.E. ist nirgendwo so klar ein Modell, das auf einer völligen Wirtschaftsrechnung ex ante aufbaut, skizziert worden, wie bei Bettelheim. Diese Aussage trifft im umgekehrten Sinne ähnlich auf Brus zu. Andernfalls hätte auf O. Lange[5]) zurückgegriffen werden müssen, dessen Überlegungen jedoch so weit gehen, daß es sehr fraglich ist, ob sie noch mit sozialistischen Vorstellungen zu vereinbaren sind. An Lange orientiert kritisiert denn auch Bettelheim berechtigterweise Überlegungen hinsichtlich eines dezentralen Modells; demgegenüber scheinen mir die Brusschen Überlegungen weder intensional noch objektiv grundlegende Prämissen zu verlassen.

Bettelheim hatte mit seinem Buch, das seine heutige Position nicht mehr

2) Die Betonung liegt deshalb auf einem stärker zentralen Modell, weil ein dezentrales Modell gar nicht unter dem Gesichtspunkt der optimalen wirtschaftlichen Variante handeln kann. Die Frage ist allerdings, ob dies im zentralen Modell geschehen kann, wenn man davon ausgeht, daß das Problem der Interessenidentität nicht besteht. Auch dann sind nämlich unter den heutigen Bedingungen Zweifel anzumelden. Vgl. H. Raupach: System der Sowjetwirtschaft. Theorie und Praxis. Reinbek 1968. Weiterhin L. Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1932 und K.P. Hensel: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Leistungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung. Stuttgart 1959. Mit der Betonung eines stärker zentralen Modells ist noch keineswegs eine Wertung verbunden, da, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, die Probleme so vielschichtig sind, daß u. U. ein ökonomisch-theoretisch betrachtetes problematischeres Modell heute dennoch die adäquatere Antwort darstellen kann.

3) Ch. Bettelheim: Theorie und Praxis sozialistischer Planung. München 1971.

4) W. Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft. Frankfurt 1971. Weiterhin ders.: Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politische Ökonomie. Frankfurt 1972

5) O. Lange: On the . . . (Fn 15)

repräsentiert, an dem also auch keine Bettelheim-Kritik durchgeführt werden kann und soll, ein doppeltes im Sinne. Zum einen wollte er die Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung ex ante aufzeigen. Von Mises und Hayek[5a]) war in den 30er Jahren die Diskussion darüber begonnen worden, ob eine Planwirtschaft überhaupt existenzfähig ist, ob sie das Problem der Wirtschaftsrechnung überhaupt lösen kann – ihre Antworten waren negativ. Demgegenüber versuchten Lange/Taylor den Beweis der Existenzfähigkeit zu führen, wobei sie ein sehr weitgehendes dezentrales Modell skizzierten. Wohlwollend gegenüber Lange versucht Bettelheim zu trennen zwischen der Intention, Mises/Hayek zu widerlegen und der Tatsache, daß dieses Modell nicht für die Realität einer geplanten Wirtschaft gedacht sei. Wenn dem so wäre, könnte es auch nicht zur Widerlegung von Mises/Hayek dienen. Eine solche Widerlegung und damit den Nachweis für die Funktionsfähigkeit der Planwirtschaft hat Bettelheim zum einen zweifelsohne mit seinem Buch durchführen wollen. Zum andern ging er davon aus, daß dieses Modell grundsätzlich sozialistische Planwirtschaft wie sie sich herausgebildet hatte, beschreibt.

In einem ganz anderen Kontext sind die Ausführungen des polnischen Ökonomen W. Brus zu sehen. Brus war ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre führend an der Kritik des überkommenen Planungssystems und an der Diskussion um die stärkere Berücksichtigung der Wertkategorien beteiligt. 1968 verlor er aufgrund seiner Sympathien für die studentischen Unruhen seine Professur. Die Stoßrichtung der beiden Autoren ist infolgedessen, bedingt durch die andere historische Situation, völlig verschieden gelagert.

Daher geht es im folgenden nicht um eine gegenseitige Aufrechnung, sondern primär darum zu zeigen, daß wirtschaftliche Maßnahmen nicht beliebig zusammengewürfelt werden können, daß sie vielmehr, sollen sie die Probleme lösen, zu deren Lösung sie aufgegriffen werden, in einem konsistenten Zusammenhang stehen müssen. Bettelheim wie Brus legen auf diesen inneren Zusammenhang, auf diese Funktionslogik berechtigterweise großen Wert. Bevor somit die DDR-Maßnahmen dargestellt und analysiert werden, sollen mehr oder wenig chemisch reine Modelle in ihrem inneren Funktionszusammenhang aufgezeigt werden, um zu sehen, welche Maßnahmen sich gegenseitig theoretisch zu bedingen scheinen. Bettelheim/Brus gehen selbstverständlich von der Prämisse aus, mit ihren Überlegungen Möglichkeiten für die Praxis bzw. die Praxis selbst zu beschreiben. Mir kommt es hingegen auch darauf an zu zeigen, daß und warum die SED bei der Wahl ihrer Maßnahmen gerade nicht zwischen den scheinbar reinen Alternativen entscheiden konnte. Daraus, daß aus den verschiedensten Gründen diese Alternativen nicht alternativ ergriffen wurden (hinsichtlich des zentralen Modells war das, wie Bettelheim heute selbst einräumt, nicht möglich; hinsichtlich des dezentralen Modells wollte man nicht so weit gehen), können einerseits Unstimmigkeiten, die die gesamtwirtschaftliche Effizienz tangieren, erklärt und weiterhin prognostiziert werden. Daraus kann andererseits aber auch bei aller Kritik aufgezeigt werden, daß die Partei, indem sie nur sehr kontrolliert zu dezentralen Maßnahmen griff, sich noch nicht aus ihrem Legitimationszusammenhang als sozialistische Partei begeben hat.

Die Schwierigkeiten, die z.B. zu den verstärkten Zentralisierungsmaßnahmen Ende 1970 führten, sind jedoch nicht nur ein positiv-negatives Ergebnis der Tatsache, daß nur kontrolliert und nicht den Anforderungen innerer Funktionslogik völlig genügend Wertkategorien im Sinne indirekter Zentralisierung benutzt wurden und aufgrund der Zielsetzungen benutzt werden konnten. Bei der Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung ex ante heute – also eines Bettelheimschen Modells – würde eine solche Feststellung implizieren, daß die Planwirtschaft in der Tat nur

bedingt funktionsfähig ist. Vielmehr sind die Schwierigkeiten auch der Tatsache geschuldet, daß die Perpetuierung überkommener Entscheidungsstrukturen und damit verbunden die Notwendigkeit des Ansprechens fast ausschließlich über die Privatsphäre, über die materielle Interessiertheit die Kollision zwischen den verschiedenen Interessenebenen erhält. Technisch-ökonomische Mittel – einmal verstärkt zentraler, ein anderes Mal verstärkt dezentraler Natur – können diese Probleme nur bedingt und unvollkommen lösen. So gesehen erhält die ökonomische Diskussion um Zentralisierung versus Dezentralisierung einen reduzierten, wenn auch sehr wichtigen, Stellenwert. Gegenüber beiden Modellen ist zu fragen, wie Entscheidungen auf oberster Ebene, die es in beiden Modellen gibt, zustandekommen, ob und wie sie beeinflußbar sind, ob zentral und gesamtgesellschaftlich tendenziell gleichgesetzt werden kann oder nicht. Die Frage nach den Entscheidungsstrukturen wird sich infolgedessen als die übergeordnete herausstellen.

Gesellschaftlich betrachtet muß Dezentralisierung genauso wenig etwas mit Demokratisierung zu tun haben, wie zentral unbedingt mit gesamtgesellschaftlich gleichzusetzen ist. Der Wechsel zwischen dezentralen und zentralen Maßnahmen wäre demzufolge nicht als ein rein ökonomisch begründeter zu begreifen. Vielmehr könnte es sich um eine verkürzte Suche nach Mitteln zur Beherrschung ökonomischer Abläufe handeln, die deshalb verkürzt ist und der deshalb ein nur bedingter Erfolg zukommt, weil ihr keine Veränderung in anderen Bereichen, keine wirkliche Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse korrespondiert. Wenn dem so ist, muß das in seiner Privatheit belassene Individuum mit zentralen bzw. dezentralen Maßnahmen zur Sicherung wirtschaftlicher Effizienz überspielt werden[6]).

2. Problemskizzierung

a) unter Befürwortung eines zentralen Modells

Ein Wirtschaftsplan ist für Bettelheim die „Gesamtheit der zur Ausführung eines mit ökonomischer Aktivität einhergehenden Projekts beschlossenen Vorkehrungen"[7]), wobei der Wirtschaftsplan die Aufgabe hat, die Produktion dem gesellschaftlichen Bedarf[8]) anzupassen. Eine derartig bewußte Steuerung ist, wie Bettelheim einräumt, schwerer als eine spontane Anpassung der Betriebe an den Bedarf[9]). Nach Bettelheim erfordert eine solche bewußte Planung folglich, daß zentral bestimmt wird, was in welchen Mengen produziert und wie es verteilt wird[10]). Planung setzt so gesehen voraus, „daß das Planungsorgan jeden Leiter eines Unternehmens

---

6) L. Mises: Die Gemeinwirtschaft . . . (Fn 2)
Vgl. R. Damus: Entscheidungsstrukturen und Funtkionsprobleme in der DDR-Wirtschaft. Frankfurt 1973

7) Bettelheim: Theorie . . . (Fn 3), S. 24

8) Bedarf ist dabei nicht gleich der Nachfrage zu setzen. Vgl. a.a.O., S. 30-33.

9) a.a.O., S. 33-35

10) „Verteilung" impliziert hierbei nicht eine Verneinung der Ware-Geld-Beziehungen, die Bettelheim zur Befriedigung der Konsumbedürfnisse voll bejaht, vielmehr ist sie über eine dementsprechende Preis- und Einkommenspolitik zu denken.

wie einen einfachen Geschäftsführer eines öffentlichen Unternehmens behandeln kann"[11]). Anstelle bisheriger privater Aktivitäten mit gesellschaftlichem Charakter und gesellschaftlichen Auswirkungen treten gesellschaftliche Aktivitäten, weil durch den Plan die Produzenten unmittelbar dazu angehalten werden, bedarfsgerechte Mengen und Sortimente zu produzieren. Diese Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf setzt aber nicht nur einen zentralen Produktionsplan, sondern auch einen ebensolchen Verteilungsplan voraus. Das bedeutet, daß neben der Entscheidung über die Produktionsgestaltung Entscheidungen über Personaleinstellungen, Löhne, Abschreibungen, Investitionen, Preise nur nach Bestimmungen des Plans erfolgen können[12]). Ergibt sich mit den Entscheidungen über Einstellungen, Löhne, Preise die Entscheidung über die Verteilung der Verbrauchsgegenstände, so mit den Entscheidungen über Amortisationen, Investitionen, Preise diejenige über die Produktionsmittel. „Mit anderen Worten wird in einem solchen Fall die Rolle des Leiters eines Unternehmens . . . auf die persönliche Leitung der inneren Betriebsorganisation, auf die technische Entscheidung eingeschränkt."[13])

Demgegenüber ist für Bettelheim das dezentrale Modell dadurch charakterisiert, daß auf zentraler Ebene
- das Planungsbüro die Gesamtlöhne der Investitionsmittel für einen bestimmten Zeitraum festlegt und das Investitionsvolumen so bestimmt, daß Arbeitslosigkeit vermieden wird;
- das Planungsbüro alle Preise auf einem Gleichgewichtsniveau festsetzt und damit die Preise je nach Angebotslücken oder -überhang erhöht oder senkt;
- das Planungsbüro den Zinssatz[14]) festsetzt, dessen Höhe die Betriebe dazu anzureizen hätte, die Investitionssumme aufzunehmen, die dem zentral vorgesehenen Investitionsvolumen entspricht. Liegt das tatsächliche Investitionsvolumen unter dem geplanten, muß die Zentrale den Zinssatz senken, liegt es über der gewünschten Höhe (womit die Gefahr inflationistischer Tendenzen entstünde), muß er erhöht werden.

Den Unternehmen fallen innerhalb des dezentralen Modells nach Bettelheim folgende Entscheidungen zu. Sie entscheiden
- über Art und Umfang der laufenden Produktion, wobei sie durch die zentral festgesetzten Preise einerseits und die sich aufgrund der Marktbedingungen ergebenden Verbraucherpreise und Löhne andererseits beeinflußt werden;
- über die Investitionen, wiederum beeinflußt durch zentral festgesetzte Preise und Zinssätze.

Als Vorteile des dezentralen Modells erscheinen einerseits der ökonomische Zwang für Unternehmen wie Individuen zur Wirtschaftsrechnug und andererseits die Tatsache, daß nicht ein sich tendenziell verselbständigendes Staatsorgan mit einer großen Anzahl von Entscheidungen belastet wird und unmittelbar auf die Produktion einwirkt, sondern über Parameter wie Preise und Zinsen Gleichgewichtsbedingungen herstellt. Preise, Zinsen, Investitionsvolumen sind insofern auf Marktbedingungen reagierende und sie wiederum beeinflussende Größen.

---

11) a.a.O., S. 38
12) a.a.O., S. 42
13) ebenda
14) Auf das Problem der Zinsen wie der Knappheitspreise im Zusammenhang mit der Investitionsproblematik geht insbesondere die bürgerliche Literatur ein. Vgl. weiter unten S. 39, 43 f.

Bettelheim wendet gegen dieses Modell[15]) vor allem ein, daß
- diese „Pseudokonkurrenzwirtschaft" dieselben Schwächen und wirtschaftlichen Nachteile wie die kapitalistische Wirtschaft aufweist;
- die Anwendung ökonomischer Korrekturinstrumente mit Konkurrenzcharakter der Vergesellschaftung des Eigentums widersprechen;
- in einem solchen System ebenso wie im Kapitalismus Berichtigungen nur ex post erfolgen, da die einzelnen Unternehmungen bei ihren Entscheidungen nur ihr eigenes Funktionieren im Auge haben. Ob ihre Entscheidungen jedoch richtig sind, hängt von allen anderen Entscheidungen, folglich von der allgemeinen Entwicklung ab, was erst im nachhinein deutlich wird. Gesamtwirtschaftliche Lösungen sollen sich also gleichsam von selbst, aufgrund einzelwirtschaftlicher Entscheidungen finden. Da das gesamtwirtschaftliche Ergebnis der Entscheidungen erst nach geraumer Zeit zu tage tritt, führt ein solcher Mechanismus notwendig zu aus betrieblichen Fehlentscheidungen resultierenden Kosten;
- die Irrationalität der ex post Berichtigung und die damit verbundenen volkswirtschaftliche Vergeudung, die dieses Modell mit dem Kapitalismus gemein hat, noch dadurch verstärkt wird, daß die Einzelentscheidungen in ihrer Irrationalität einen kumulativen Effekt haben und damit Wirtschaftsschwankungen ähnlich denen im Kapitalismus hervorrufen;
- aufgrund einer fortwährend notwendigen Korrektur des Zinssatzes zwecks Sicherung eines Vollbeschäftigung garantierenden Investitionsvolumens immer neue Produktionskalkulationen erforderlich sind, da sich je nach der Zinssatzhöhe andere Investitionen einzelwirtschaftlich lohnen[16]). Hieraus folgert Bettelheim eine Antinomie zwischen konjunkturell orientierten Investitionsentscheidungen und ihren langfristigen Auswirkungen auf die Produktionsstruktur. Bettelheim sieht wie M. Dobb[17]) den Versuch, mittels des Zinssatzes die Investitionen zu steuern, auch deshalb als unbrauchbar an, weil die Nachfrage mit der Investitionsrate selbst steigt. Das heißt: eine Senkung des Zinssatzes aufgrund eines als unzureichend angesehenen Investitionsvolumens bewirkt zwar eine Ausweitung des Investitionsvolumens, das jedoch neue Nachfragen und schließlich eine Investitionswelle nachzieht. Die volkswirtschaftlich optimale Investitionsrate wird überschritten. Während die Senkung des Zinssatzes statt einer Stabilisierung eine kumulative Schrumpfung zur Folge hat. Was man auf diese Weise erreichen kann, ist nach Dobb lediglich ein unstabiles Gleichgewicht;
- eine fortwährende Korrektur der Preise sich als notwendig erweist, da sie nicht die realen Produktionskosten wiedergeben, sondern das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herstellen sollen. Auch hier wird ähnlich wie beim Zinssatz einseitig die momentane Situation betont. Der mit der Planwirtschaft verbundene Vorteil von langfristig an volkswirtschaftlicher Effizienz orientierten Entscheidungen geht hier ebenfalls zugunsten kurzfristiger mit Schwankungen verbundener Ergebnisse verloren;
- die angestrebte bewußte Vergesellschaftung schlecht zur Beibehaltung kapitalistischer Korrekturmechanismen paßt, zumal diese Mechanismen ja schließlich

---

15) Das dezentrale Modell ist sehr stark in Anlehnung an O. Lange (On the economic theory of socialism. Minnesota 1938) konstruiert.
16) Bettelheim: Theorie . . . (Fn 3), S. 51
17) M. Dobb: A note on savings and investment in a socialist economy. In: Economic Journal. Dez. 1939, S. 713 ff.

nicht einfach wertfreie Mechanismen sind, sondern Beziehungen zwischen Menschen gestalten. Im Gegensatz zu den enger „ökonomischen" Problemen wird dieser zentrale Punkt von Bettelheim nicht weiter behandelt.

„So sehen wir, daß allein die auf zentralisierten Entscheidungen basierende Planung in der Lage ist, eine Summe von Beschlüssen, die notwendigerweise untereinander in Einklang gebracht werden müssen, im voraus – und nicht hinterher über mehr oder weniger heftige Wirtschaftsschwankungen mit ihrem beträchtlichen Kräfteverschleiß – zu koordinieren".[18]) Beim Bettelheimschen zentralen Modell mag der „Kräfteverschleiß", mögen die gesellschaftlichen Kosten insofern geringer sein, als er dort – im Gegensatz zu seiner Einschätzung des dezentralen Modells – eine Homogenität der Interessen voraussetzt, wenn er weder die geforderten Vorschläge der Betriebe, noch die Zentrale problematisiert. Aber auch aus anderen Gründen muß, wie noch zu zeigen sein wird, die Praktikabilität seiner Vorschläge angezweifelt werden.

b) unter Befürwortung eines dezentralen Modells

Die Brusschen Überlegungen haben zwar nicht die Präzision und Exaktheit der Definitionen Bettelheims, der vornehmlich die Probleme der Ausarbeitung von Plänen analysiert. Dafür zeugen sie jedoch von umfassender Berücksichtigung vorliegender historischer Erfahrung. Brus[19]) bestreitet nicht die Notwendigkeit der Zentralisierung bestimmter Entscheidungen, die Notwendigkeit einer zentralen Planungsbehörde, die sich von bestimmten Zielen und Kriterien leiten läßt, deren Identität mit gesamtgesellschaftlichen Interessen Brus explizit voraussetzt – ein Aspekt, den Bettelheim und viele andere sozialistische Theoretiker lange überhaupt nicht formulierten, da für sie zentrale Planung als solche sakrosankt und mit Sozialismus identisch war bzw. ist. Nun ist zwar Sozialismus nicht ohne Planung, d.h. ohne bewußtes gesamtgesellschaftliches Handeln denkbar, andererseits garantiert zentrale Planung noch nicht umgekehrt und uneingeschränkt, eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

Zentrale Entscheidungen haben Brus zufolge makroökonomischen Charakter, erfolgen unter gesamtwirtschaftlichen und langfristigen Aspekten. Makroökomischen Entscheidungen, gesamtwirtschaftliche Rechnungsführung haben es vornehmlich mit physischen Größen (Gebrauchswerte) zu tun, werden folglich nicht bzw. zumindest nicht nur in Geldgrößen formuliert. Solche makroökonomischen Entscheidungen betreffen die langfristigen Wachstumsraten; den Anteil der Produktionsinvestitionen; den Anteil von Investitionen und Konsum am Nationaleinkommen; die proportionale Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Wirtschaftszweige, womit sich eine Prognostizierung der künftigen Struktur des Endprodukts verbindet; die Verteilungsprinzipien für den Konsumfonds. Bereits hieran wird ersichtlich, daß Brus als Befürworter eines dezentralen Modells keineswegs so weit geht wie Bettelheim, der sein dezentrales Modell entwarf, um die Vorteile des zentralen demonstrieren zu können.

Unterhalb der zentralen Ebene wäre (nach Brus) diejenige anzusiedeln, der die laufenden Entscheidungen vorbehalten bleiben: „Größe und detaillierte Struktur der Gesamtproduktion einer Branche bzw. eines Unternehmens; die Versorgungs- und Verkaufspolitik; die Personalstruktur, Form und Methoden der Entlohnung in einer Branche oder in einem Unternehmen"[20]).

18) Bettelheim: Theorie . . . (Fn 3), S. 56
19) Vgl. Fn 4

Neben den makroökonomischen und den laufenden Entscheidungen dürfen – ebenfalls nach Brus – die individuellen Entscheidungen nicht außer Betracht bleiben. Diese Entscheidungen betreffen die Berufswahl, den Arbeitsplatz, die Qualifikation, die Auswahl von Konsumgütern. Eine Dezentralisierung dieser Entscheidungen, impliziert in einer Gesellschaft, die nicht durch Überfluß gekennzeichnet ist, Brus zufolge die Bejahung von Marktformen. Weiterhin bedeutet das, daß auch die makroökonomischen Entscheidungen langfristig durch die begrenzt freie Wahl von Arbeitsplatz und Konsum rückwirkend beeinflußt werden. Ob man es nun mit einem zentralen oder einem dezentralen Modell zu tun hat, darüber entscheidet allein die Gestaltung der zweiten Ebene, nämlich die der laufenden Entscheidungen.

Das zentrale Modell ist für Brus dadurch charakterisiert, daß
- die Entscheidung der beiden erst genannten Ebenen zentral getroffen werden
- die Beziehungen der Unternehmen untereinander nur ausführender Natur sind (oder wie Bettelheim dies positiv ausdrückt „Zentralisierung der Entscheidungen, Vergesellschaftung der Beschlüsse"[21])
- Informationen von „oben" nach „unten" in Form von Anweisungen und von „unten" nach „oben" als Material für diese Anweisungen und Entscheidungen gegeben werden
- physische Größen gegenüber Geldformen dominieren.

Das dezentrale Modell, das Brus für die heutigen osteuropäischen Staaten als gültig ansieht, ist dadurch charakterisiert, daß
- es eine Vielzahl von Entscheidungsebenen kennt
- die Pläne unabhängig voneinander auf verschiedenen Ebenen aufgestellt werden
- die Verbindung zwischen den Plänen der verschiedenen Ebenen indirekt und nicht auf dem Wege direkter Anweisung erfolgt
- horizontale Verbindungen zwischen den Unternehmen bestehen
- monetäre Allokationsmittel dominieren
- dennoch die Vorrangstellung des zentralen Planes nicht tangiert und durch ein System von Regeln abgesichert wird.

Eine solche Regel kann beispielsweise die Gewinnmaximierung sein; auch hierbei bleibt die Vorrangstellung des zentralen Planes Brus zufolge durch die vorgegebenen Ziele und zentralen Entscheidungen (Wachstumsrate, Produktionsstruktur, Volumen bzw. Struktur der Nachfrage etc.) und zum andern durch die wirtschaftspolitischen Mittel gesichert. Unter wirtschaftspolitischen Mitteln ist eine „angemessene Bestimmung der Marktgrößen, die als Parameter der von den Unternehmen getroffenen Entscheidungen dienen (Preise, Löhne, Zinsen, Steuern usw.)"[22]) zu verstehen.

Wie wohl ersichtlich, kommt es bei der Frage, ob ein solches dezentrales Modell bzw. ein Funktionsmodell einer Planwirtschaft mit eingebautem bzw. reguliertem Marktmechanimus"[23]) funktioniert, zumindest darauf an, daß die Instrumente bzw. Mittel tatsächlich auf die Ziele und zentralen Entscheidungen hin orientieren, daß sie parametrischen Charakter haben und daß sie von den Zentrale indirekt im

20) Brus: Wirtschaftsplanung . . . (Fn 4), S. 16
21) Bettelheim: Theorie . . . (Fn 3), S. 55
22) Brus: Wirtschaftsplanung . . . (Fn 4), S. 20
23) a.a.O., S. 19/20

Sinne der gesellschaftlichen Präferenzen beeinflußt werden, da Planung mittels Vorschriften hier ja durch Planung mittels Marktmechanismus, mittels eines parametrischen Systems weitgehend ersetzt werden soll.

Brus stellt genauso wie Bettelheim einen Effektivitätsvergleich der beiden Modelle an, kommt jedoch zu einem entgegengesetzten Ergebnis, wenn er das dezentrale Modell für das geeignetere zur Realisierung übergeordneter gesellschaftlicher Ziele erachtet. Das zentrale Modell wäre nur dann das geeignetere zur Realisierung der gesellschaftlichen Präferenzen, wenn

- die Zentrale ihre eigenen Ziele exakt zu formulieren vermöchte, d. h. in sehr konkreten Details und Einzelschritten
- der Informationsfluß durch alle Ebenen und Bereiche erfolgte und zentrale Entscheidungen kurzfristig ergehen könnten
- die Informationen aufgrund vorhandener Partikularinteressen nicht verfälscht würden, d. h. optimal im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen erfolgten.

Auf dem heutigen Stand der Informationstechniken einerseits, der Komplexität der Ziele und Prioritäten andererseits und der Notwendigkeit

- der Flexibilität gegenüber den Bedürfnissen der Verbraucher
- der Substituierung der „Produktionsfaktoren" zwecks Minimierung des Gesamtaufwandes
- von technischen Innovationen in allen Bereichen und in verschiedensten Größenordnungen

ist das dezentrale Modell von größerer Relevanz, während das zentrale Modell auf dieser Entwicklungsstufe, die es nicht mehr vornehmlich einfach mit quantitativen Produktionszielen und Schlüsselinvestitionen zur Initiierung der Industrialisierung zu tun hat, Kosten verursacht. In einem Halbsatz macht Brus jedoch nebenbei eine Voraussetzung für das Funktionieren dieses Modells, die sich gerade nicht nebenbei abhandeln läßt. Wenn er davon spricht, daß in diesem Modell die Zentrale die Möglichkeit hat, sich mit den allgemeinen Problemen intensiv zu befassen, setzt er voraus, daß die unteren Stufen „nach den Regeln und unter Benutzung jener Parameter (handeln), die von der zentralen Ebene festgelegt wurden"[24]).

Brus spricht im zentralen, Bettelheim im dezentralen Modell das Problem der Vergesellschaftung der Arbeit bzw. der Interessendivergenz an. Im eigenen Modell hingegen setzen sie voraus, was es langfristig erst herzustellen gilt. Denn ansonsten stellte sich in einem zentralen Modell u.a. die Frage, ob die Zentrale überhaupt die Informationen von „unten" bekommt, die sie im Sinne gesamtwirtschaftlich optimaler Entscheidungen – wozu sie ihren Befürwortern zufolge allein in der Lage ist – braucht, während im dezentralen Modell die Frage zu stellen ist, ob das System von Instrumenten[25]) nicht im einzelwirtschaftlichen Interesse unterlaufen werden kann, bzw. ob ein solch ausgeklügeltes System von Mitteln nicht in partiellem Widerspruch zu den Zielen selbst steht.

Wenn dem so ist, wäre es auch nicht weiter verwunderlich, daß die „Wirtschaftssubjekte" nicht mit solchen Mitteln auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hin zu orientieren sind, denn Mittel sind ja nicht nur abstrakte wertneutrale Mittel, vielmehr gestalten sie die Beziehungen der Menschen.

24) a.a.O., S. 26, 28

25) Dieses System ist erforderlich, wenn man statt direkter Anweisungen in physischen Größen monetäre Parameter verwendet, z. B. ist dann – um nur ein Beispiel zu nennen – die Struktur des Produktionsausstoßes in Preisrelationen umzusetzen, eine Vorgehensweise die von bürgerlicher Seite bereits wieder als nicht dezentral genug und damit wenig funktionsfähig angesehen würde, dazu weiter unten.

Während Bettelheim bei der Skizzierung des zentralen Modells ausschließlich auf die ökonomische Seite der Problematik eingeht, begründet Brus seine Befürwortung des dezentralen Modells neben enger ökonomischen auch explizit mit gesamtgesellschaftlichen Aspekten. Er geht davon aus, daß nur im stärker dezentral orientierten Wirtschaftsmodell

- eine Partizipation der Arbeiter an der Wirtschaftsverwaltung überhaupt möglich ist[26])
- „Arbeiterselbstverwaltung" möglich ist, da auf Betriebsebene auch tatsächlich Entscheidungen fallen[26])
- die Produzenten aktiv die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen, Fähigkeiten entfalten und damit Entfremdung überwinden[26]).

Zwar wendet sich Brus gegen eine Dichotomie von zwei Modellen und damit gegen Schematismus, betont jedoch, daß jedes Funktionsmodell seine innere Logik besitze. Solche Funktionsprinzipien sind hinsichtlich des dezentralen Modells

- synthetische (eine Fülle von Kennziffern zusammenfassende) Kennziffern (Rentabilität, Gewinn), mit denen die objektiv und subjektiv – aufgrund technischer Schwierigkeiten und nicht vorhandener Interessenidentität – bestehende Informationsproblematik reduziert und technischer Fortschritt eingeleitet wird
- eine geringe Zahl von in physischen Einheiten (Gebrauchswerten) ausgedrückten Zielen
- materielle Anreize zwecks Initiierung technischen Fortschritts und Herstellung von Interessenidentität, die ja eine Prämisse sozialistischer Gesellschaftsvorstellungen ist[27])
- ein elastisches Preissystem, damit die synthetischen Kennziffern die Rentabilität auch tatsächlich signalisieren können
- geringe operative (unmittelbar eingreifende, anweisende) Funktionen der Industrieministerien
- Arbeiterselbstverwaltung zur Lösung der Probleme auf Betriebsebene[28]).

Wie diese innere Logik aussieht, soll am Beispiel der Initiierung technischen Fortschritts aufgezeigt werden – ein Beispiel, das die zentrale Rolle in den Diskussionen der Wirtschaftsreformen spielte, da hier offenkundig das zentrale Modell in der Praxis, zumindest von einem bestimmten Niveau der Industrialisierung an versagt hat[29]). Ein planwirtschaftliches Modell mit reguliertem Marktmechanismus stimuliert den technischen Fortschritt dadurch stärker, daß es

- bei Vermeidung von Naturalkennziffern und stärkerer Betonung der synthe-

26) Diese Behauptung scheint mir nicht hinlänglich theoretisch begründet zu sein. So die zentralen Entscheidungsstrukturen und Entscheidungen zur Disposition ständen, ließe sich sehr wohl in einem zentralen Modell Partizipation denken.

27) Wobei die Gefahr besteht, daß desto weniger die Realität dieser Grundprämisse entspricht, desto mehr diese Prämisse als gesellschaftliche Orientierungslinie mit gesellschaftlicher Realität verwechselt wird, desto stärker bürokratische Strukturen zum Durchbruch kommen.

28) Brus: Wirtschaftsplanung . . . (Fn 4), S. 32

29) In der offiziellen DDR-Literatur wird weniger das Versagen des Wirtschaftssystems angesprochen, als vielmehr die Problematik erklärt mit der Einteilung in eine extensive und eine intensive Phase wirtschaftlichen Wachstums – mit dem Jahr 1961 als Einschnitt. Vor 1961 gab es demnach die extensive Phase, der das Planungssystem vor dem neuen ökonomischen System entsprach. Vgl. H. Nick: Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus. Berlin 1970

tischen Kennziffer (Gewinn) das Interesse an ökonomischen Normen, Kostensenkung, Verkaufserfolg etc. erhöht (Substitution der „Produktionsfaktoren", Anpassung der Produktionsstruktur an die Nachfragestruktur)
- die Prämien nicht mit Kennziffern der Planerfüllung, sondern mit Kennziffern der Dynamik verbindet
- einen Teil der Investitionen mit Eigenfinanzierung verbindet
- Investitionsmittel aus zentralen Quellen in Form von Krediten mit Verzinsung gibt.

Hieraus ergibt sich für Brus, daß das dezentrale Modell sowohl den Bedingungen einer komplexen Wirtschaft besser entspricht, wie es auch im Sinne einer stärkeren Demokratisierung vorzuziehen ist. Denn wenn innerhalb einer Planwirtschaft die Unternehmen von der Situation der Gesamtwirtschaft abhängig sind, folglich von den makroökonomischen Entscheidungen, dann kann Demokratisierung nicht auf unterer Ebene halt machen, da sonst langfristig mit einer Verschärfung des Konflikts zwischen Gruppeninteressen und Gesamtinteressen gerechnet werden muß. Die Betriebe und die in ihnen Beschäftigten müssen also von ökonomischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet, Einfluß auch auf die allgemeinen Entscheidungen nehmen können. Nur so läßt sich langfristig eine Identität denken, zumindest jedoch ein Konflikt zwischen der oberen und mittleren Entscheidungsebene verhindern.

Brus geht infolgedessen von einer möglichen Interessenidentität aus, was sich aufzeigen läßt
- am dezentralen Modell nicht gegebenen Informationsproblem
- an der positiven Funktion ökonomischer Regeln bzw. Parameter, aufgrund deren sich die Betriebe auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinorientieren
- an der im dezentralen Modell gegebenen Möglichkeit der Verbindung des individuellen Nutzens mit dem gesamtgesellschaftlichen trotz bzw. gerade wegen der Ware-Geld-Beziehungen[30]).

Das alles sind jedoch nicht mehr als Möglichkeiten; ein dezentrales Modell ist für Brus keine Garantie für die Notwendigkeit eines bestimmten Ablaufes: auch die dezentrale Steuerung – deren Grenzen er bezeichnet, wenn er die makroökonomischen Ziele ebenso zentral entscheiden will, wie die dazu notwendigen Mittel – ist nicht mit Demokratisierung identisch. Dazu bedarf es vielmehr der Mitwirkung der Gesellschaft am Zustandekommen zentraler Entscheidungen[31]). Ob es von dem zuletzt genannten Aspekt aus eines dezentralen Modells bedarf, muß noch gefragt werden.

Wie abstrakt auch immer Brus und Bettelheim die Vor- und Nachteile des zentralen bzw. dezentralen Modells untersucht haben – sie skizzieren jene Probleme, vor denen die sozialistischen Staaten seit (spätestens) Mitte der 50er Jahre standen. Denn in Anbetracht der mangelnden Funktionsweise des überkommenen Planungssystems, der zumindest partiellen Kritik an Inhalten wie Konsequenzen der Herrschaft Stalins und im Hinblick auf die vom XX. Parteitag der KPdSU zur Strategie der kommunistischen Weltbewegung erhobene Konzeption des sozialökonomischen Wettbewerbs mit den entwickelten kapitalistischen Staaten (friedliche Koexistenz) sahen sich die kommunistischen Parteien gezwungen, sich für Funktionsmodelle zu entscheiden, die im Interesse einer größeren ökonomischen Effektivität die Vorteile

30) Brus: Wirtschaftsplanung . . . (Fn 4), S. 73
31) a.a.O., S. 95

des (tendenziell) gesellschaftliches Gesamt-Interesse besser gewährleistenden zentralen mit denen des (tendenziell auf dem historischen Entwicklungsstand) Partikularinteressen stärker fördernden dezentralen Modells zu verbinden. Die DDR war das erste Land innerhalb des RGW, in dem mit der Erprobung eines neuen ökonomischen Systems begonnen wurde.

II. Das NÖSPL (Neue Ökonomische System der Planung und Leitung) bzw. das ÖSS (Ökonomische System des Sozialismus) der DDR

1. Zur Genesis des NÖS

Um zu verstehen, warum 1963 der Versuch gemacht wurde, ein neues Planungs- und Leitungssystem zu installieren, scheint es sinnvoll zu sein,kurz auf das Planungssystem vor 1963 und dessen Mängel einzugehen; ein Planungssystem, das lange als das Planungssystem des Sozialismus schlechthin gegolten hatte, allerdings in der zweiten Hälfte der 50er Jahre heftig umstritten war. Wie aus den Bezeichnungen NÖSPL und ÖSS hervorgeht, sind die Maßnahmen nach 1963 noch einmal zu unterteilen, nämlich in 3 Phasen, wobei ich im folgenden die beiden ersten zusammennehme: In eine erste Phase von 1963 bis 1967, mit der die ersten Schritte unternommen wurden, die längst nicht so dezentraler Natur waren, wie die Maßnahmen zwischen 1968 und 1970, jedoch in der bürgerlichen Literatur mit großen konvergenztheoretischen Hoffnungen verfolgt wurden. In der westlichen marxistischen Literatur wurden auf einer anderen Ebene analog der bürgerlichen Literatur Plan-Markt-Diskussionen geführt, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen der Beurteilung. In eine zweite Phase von 1968 bis 1970, in der die bis dahin weitestgehenden Dezentralisierungsmaßnahmen in osteuropäischen Staaten ergriffen wurden.[32]) Diese Maßnahmen erregten jedoch längst nicht mehr das frühere Aufsehen, da bürgerliche Kritiker erkannt hatten, daß die Übernahme bestimmter Mechanismen noch keine kapitalistische Restauration im Gefolge hat. Ende 1970 beginnt eine dritte Phase verstärkter Zentralisierung, nachdem sich beträchtliche Schwierigkeiten und Mängel im Laufe des Jahres 1970 herausgestellt hatten.

Das bis 1963 angewandte System war charakterisiert durch eine zentrale Steuerung mittels Volumenskennziffern bei einem hohen Maß administrativer bzw. operativer Eingriffe. Die Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB), stellten eher Verwaltungsinstanzen dar, im Gegensatz zu ihrer späteren Funktion als Organe mit wirtschaftlicher Rechnungsführung. Das materielle Interesse des volkseigenen Betriebs (VEB) war ausschließlich an die Volumenskennziffern des Jahresplanes gebunden, eine Maßnahme, deren Folgen von Kritikern als „Tonnenideologie" charakterisiert wurde.

Interessen, die über die Erfüllung des Mengenplans hinausgingen, wurden nicht geweckt bzw. sogar verhindert. Die erreichte Effektivität der Betriebe und ihre materiellen Ausgangsbedingungen für eine weitere Erhöhung der Effektivität standen aufgrund der jährlichen Steuerung im Rahmen von Fünf- bzw. Siebenjahresplänen nicht zueinander in Beziehung. So konnte von den Betrieben aufgrund der jährlichen Steuerung z.B. nicht erwartet werden, daß sie sich um eine Senkung der Selbstkosten – d.h. aber um technischen Fortschritt, um die Erhöhung der Produktivität der Arbeit (bürgerlich: Kapitalproduktivität, da das Kapital als Produktions-

32) In der Konzeption waren die Überlegungen in der CSSR weiter gewesen. Auch in Ungarn gehen Konzeption und Experimente heute weiter, vgl. J. Kosta: Wirtschaftssysteme I. Reformmodelle im Test. In: Wirtschaftswoche 4/72, S. 29 ff.

faktor und nicht als gesellschaftliches Verhältnis angesehen wird[33]))–kümmerten, da u.U. das Bestreben, die Selbstkosten zu senken, aufgrund notwendiger Umstellungen kurzfristig zu einer mangelnden Planerfüllung führen konnte. In Anbetracht der jährlichen Einschnitte und der Verbindung des materiellen Interesses mit dem Produktionsvolumen hätte ein solch langfristig im Sinne der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums effektiveres Verhalten negative Konsequenzen, was die jährlichen Prämien anbelangt, bewirkt. Die Prämien waren demnach an den Mengenplan gebunden. Um nur einige Mängel aufzuzeigen, sei darauf verwiesen, daß aufgrund der Tatsache, daß ein großer Teil der Preise auf dem Stand von 1944 eingefroren wurde, die Betriebe verschwenderisch mit gesellschaftlich knappen Ressourcen umgingen, vor allem gingen sie jedoch deshalb verschwenderisch mit den Ressourcen um, weil sie nur am quantitativen Plansoll orientiert waren, während das Wie, die Frage, mit welchen Mitteln das Ziel erreicht werden kann, nicht zur Disposition stand. „Wenn zum Beispiel die Stahlwerke ein Plansoll für gewalzten Stahl in Tonnen erhielten, bestand die Tendenz, schwereren Stahl großflächiger und dicker zu walzen; wenn das Plansoll dagegen in numerischen oder linearen Maßen festgesetzt wurde, überwogen die leichten Formate"[34]).

Ein anderes Beispiel lieferte der Minister Selbmann auf einer Konferenz zur Übergangsperiode[35]). Er führte ziemlich hilflos aus, daß trotz Steigerung der Arbeitsproduktivität die Rentabilität gesunken sei. Bzw. umgekehrt, daß normalerweise der an den vorhandenen Rentabilitäskriterien und den quantitativen Kennziffern der Planerfüllung orientierte Betrieb in seinen oberen Spitzen kein Interesse an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch die Arbeiter haben konnte, da sonst die Rentabilität sank. Das absurde Verhältnis von Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden mit dem Sinken der Rentabilität ergab sich aus der Relation zwischen Kosten und Preisen. Aufgrund dieser Relationen arbeiteten die Betriebe mit geplantem Verlust. Steigerten sie die Arbeitsproduktivität, deckten die den geplanten Verlusten entsprechenden Subventionen die nun vermehrten Verluste nicht mehr[36]).

Hinzu kam, daß die Erfahrung vieler produktiv Tätiger, daß sie keineswegs produktiv tätig waren, bzw. das Ergebnis ihrer produktiven Tätigkeit negativ war, ihrerseits nicht zur Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins beitrug. Dies hatte zur Folge, daß nun tatsächlich unter Außerachtlassen von Rentabilität versucht wurde, auf möglichst billige Weise die irrationalen Kennziffern zu erfüllen, wodurch die Konsequenzen noch negativer als die bereits eingeplanten waren (Planvolumen einerseits – Tonnenideologie andererseits).

Das alte Planungssystem hat infolgedessen durch die Art seiner Planungsprozesse und Planungsmethoden keineswegs zur Bildung eines gesellschaftlichen Bewußtseins beigetragen. Abgesehen davon, daß im alten Planungssystem die Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse mindestens genausowenig wie im neuen Planungssystem entwickelt wurde, haben die zentralistischen Planungsmethoden einer solchen Vergesellschaftung auch keinerlei Spielraum eröffnet, vielmehr die Situation, die in einer nicht stattgefundenen Revolution begründet war, nicht nur perpetuiert, sondern verschärft, insofern das System spätestens ab dem Zeitpunkt, ab dem es nicht mehr nur um eine Ausdehnung der Produktion um jeden Preis ging, in Irrationalität umschlug, da es den Erfordernissen einer geplanten Wirtschaft nicht mehr entsprach.

Ein Teil der Mängel des Planungssystems wurde selbst in der „Richtlinie"[37]) zugestanden, obwohl andererseits die neuen ökonomische Systeme – nicht nur das der DDR – so begründet werden, daß man argumentiert, das Planungssystem vor 1963 mit seiner fast ausschließlichen Orientierung an quantitativer Ausdehnung der Produktion bzw. an Erhöhung des Produktionsvolumens sei das richtige für die sog. extensive Phase der Reproduktion gewesen, während man jetzt zur intensiven Entwicklungsphase übergehen müsse. Damit wird die Richtigkeit der Planungs- und Leitungssysteme während der jeweiligen Phase ihrer Gültigkeit hervorgehoben. Mit dieser Begründung kann man sicherlich historisch berechtigt, das alte Planungssystem z.B. verteidigen, jedoch nicht wie im Falle der DDR bis 1963.

In der Richtlinie[38]) wird konstatiert, daß die fast ausschließliche Orientierung auf Erfüllung und Übererfüllung des Jahresplanvolumens, das Bestreben förderte, weiche Pläne durchzusetzen. Die Betriebe versuchten in Anbetracht der Volumenskennziffern ihre Kapazitäten zu verschleiern, um so Planer- und Planübererfüllungen leichter zu erreichen, was sich auf die Prämien entsprechend auswirkte. Das heißt, die Betriebe wurden aufgrund des bestehenden Planungs- und Leistungssystems gezwungen, ihre Interessen gegen die gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen, wobei diese Interessen nicht einmal mehr mit einzelwirtschaftlicher Rentabilität gleichgesetzt werden konnten.

Es zeigt sich bereits hieran, daß zentralistische Tendenzen mit einer Planwirtschaft, nämlich einer geplanten Wirtschaft, einer bewußt gestalteten Entwicklung, einer bewußten Gestaltung des ökonomischen und gesellschaftlichen Ablaufs wenig zu tun haben. Da das alte Planungssystem gesellschaftlich orientiertes Handeln nicht hervorruft, sondern hemmt, bekommt die Zentrale keine objektiven Informationen, auf die sie andererseits angewiesen ist. Denn trotz aller bürgerlichen „Totalitarismusforschung" ist kein System so „totalitär", daß es für seine Entscheidungen nicht auf Informationen von „unten" angewiesen wäre. Doch wie dieses Material aussieht, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Basisinformanten aufgrund gesamtgesellschaftlicher Bedingungen zu objektiven Informationen angehalten werden oder nicht. Insofern hat die zentrale Hypothese zentralistischer Planmodelle, daß der ökonomische Prozeß in seinen Einzelheiten direkt zu steuern sei, mit planwirtschaftlichen Überlegungen, die einer bewußten Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse dienen sollen, wenig gemein – sowohl unter ausschließlich ökonomischen als auch unter gesellschaftspolitischen Aspekten.

Das hiermit angesprochene und anhand der Mengenplanung aufgezeigte Problem wurde in der „Richtlinie" an anderer Stelle – nämlich bezogen auf die sog. ökonomischen Hebel – folgendermaßen ausgedrückt: „So wird es entbehrlich, den VVB und Betrieben und sogar den einzelnen Werktätigen Ausmaß, Reihenfolge und Tempo der vielen einzelnen Schritte vorzuschreiben, die erforderlich sind, um die

33) entfällt

34) H. Bravermann: in. Bettelheim/Dobb/Foa/Huberman/Robinson/Mandel/Sweezy u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Hg. v. P. Strotmann. Berlin 1969, S. 51

35) Deutsche Akademie der Wissenschaften zur Berlin: Protokoll der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14.3.1955 zu dem Thema: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Berlin 1955.

36) Selbmann: a.a.O., S. 36f.

37) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963. GBl. der DDR, II, S. 453ff.

38) a.a.O., S. 481

gesteckten Ziele zu erreichen. Damit werden auch der große Aufwand an administrativer Kontrolle und viele Auseinandersetzungen vermieden, die bislang eintraten, wenn es dem jeweils Betroffenen zweckmäßig erschien, wirksamere Formen und Bessere Wege zur Lösung der gestellten Aufgaben zu nutzen . . . (Die ökonomischen Hebel) bewirken, daß die vielfach noch anzutreffenden überlebten, bürokratischen Illusionen, etwa die Überschätzung zentraler Einzelentscheidungen, aus unserem Wirtschaftsleben verschwinden. Damit werden vielfältige Quellen einer unökonomischen Administration verstopft." [39])

Neben den jährlich neu festgesetzten Volumenskennziffern, den direkten zentralen operativen Entscheidungen und Eingriffen wurden[40])als Grundprobleme des alten Planungssystems die starren – größtenteils auf dem Stand von 1944 eingefrorenen – Preise erkannt. Voraussetzung für die das NÖS bestimmende wirtschaftliche Rechnungsführung war ein Preissystem, das die gesellschaftlich notwendigen Kosten signalisieren konnte. Unter wirtschaftlicher Rechnungsführung wird verstanden, daß die Betriebe gezwungen werden sollen, „ihre Ausgaben (Ausdruck des Arbeitsaufwandes des Betriebes) durch die Einnahmen (Erstattung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes des Betriebes) zu decken und dabei einen Gewinn (Hauptform des gesellschaftlichen Reineinkommens) zu erzielen"[41]).

Neben den soeben angeführten Mängeln wurden auch die negativen Auswirkungen genannt, die hauptsächlich in weichen Plänen, Interessendivergenzen zwischen Zentrale und unteren Ebenen, mangelnder Ausnutzung der Grundfonds, unnötiger Bindung von gesellschaftlichen Akkumulationsmitteln, Verzögerung technischen Fortschritts zu suchen sind. Daher sollte [42])

- an die Stelle des administrativen überzentralisierten Planungssystems ein Planungssystem treten, das zentrale Entscheidungen auf die Bestimmung der wichtigsten Grundlinien und Hauptaufgaben konzentriert und reduziert
- an die Stelle der direkten Steuerung mittels Mengenplanung ein System ökonomischer Hebel treten, wodurch eine zweite Entscheidungsebene, jedoch dezentraler Natur, entsteht. Wenn hier von einem System gesprochen wird, dann deshalb, weil diese Hebel, diese Mittel zur Regulierung der Gesamtwirtschaft, die von der Zentrale bestimmt werden, indirekt die unteren Entscheidungsebenen auf die von der Zentrale festgelegten gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hin orientieren sollen
- statt jährlicher Geldzuweisungen bzw. Subventionen aus dem Staatshaushalt die Eigenerwirtschaftung der Mittel in den Vordergrund treten
- an die Stelle des eingefrorenen Preissystems die Verwendung von Wertkategorien auch in der Abteilung I (in der Produktionsmittelproduktion) treten
- an die Stelle einer Vielzahl von Kennziffern weitgehend die synthetische Kennziffer Gewinn treten
- an die Stelle der Verbindung des Prämiensystems mit der Erfüllung bzw. Übererfüllung der Volumenskennziffern die Verbindung von objektiven (Gewinn) und subjektiven (Lohn, Prämie) Hebel treten; die persönliche materielle Interessiertheit soll dann befriedigt werden, wenn der betriebliche Gewinn das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis positiv ausdrückt.

Eine z.B. von Bettelheim bezweifelte Prämisse bleibt dabei unausgesprochen,

39) a.a.O., S. 482
40) a.a.O., S. 495ff. (Anlage 1)
41) a.a.O., S. 482
42) entfällt

daß nämlich jeweilige einzelwirtschaftliche Rentabilität insgesamt gesamtwirtschaftlicher Effizienz gleich ist. Es wird jetzt davon ausgegangen, daß indirekte Zentralisierung, d.h. Schaffung einer mittleren Entscheidungsebene bei Verwendung ökonomischer Hebel bzw. Parameter dem gesamtwirtschaftlichen Plan alles in allem am besten entspricht. Richtig wäre einzuräumen, daß indirekte Zentralisierung dies gerade nicht kann, vielmehr Konsequenz der Tatsache ist, daß Wirtschaftsrechnung ex ante allein sich als nicht möglich erwies, weshalb es einer doppelten Wirtschaftsrechnung bedarf.

2. Der neue „Wirtschaftsmechanismus"

Die Maßnahmen, die unter der Bezeichnung NÖSPL (ab 1963) und ÖSS (ab 1967) bis zum Herbst 1970 vollzogen wurden, will ich hier nicht in all ihren Nuancierungen aufzeigen. Dies ist auch nicht nötig, wenn man die Ziele und Mittel und ihre Relation zueinander etwas grundsätzlicher betrachtet und nicht, wie es von bürgerlicher Seite aus geschah, mit der konvergenztheoretischen Hoffnung verbindet, daß nun auch der Sozialismus auf einem bestimmten Entwicklungsniveau gezwungen sei, zur Marktwirtschaft überzugehen. Als diese Hoffnungen zerstoben (spätestens 1967/68), wurden von dieser Position aus die jeweiligen Maßnahmen weitgehend bereits als eine Zurücknahme der Reformen angesehen[43]).Demgegenüber bin ich der Ansicht, daß zwischen 1968 und 1970 die Dezentralisierung, was nichts mit Demokratisierung zu tun zu haben braucht, am weitesten entwickelt war, weshalb ich mich besonders auf die Maßnahmen in dieser Phase beziehen möchte.

a) Die Grundidee

Die Grundidee der Konzeption des NÖS/ÖSS war es, einerseits die zentrale Planung in ihrer Bedeutung zu stärken und andererseits der Eigenverantwortung erweiterten Spielraum zu geben. Dies erscheint zunächst als ein Widerspruch, ist jedoch keiner, wenn man bedenkt, daß die Zentrale gar nicht in der Lage war, gesamtwirtschaftlich sinnvoll all die detaillierten Entscheidungen zu treffen. Nun sollte sie sich auf Grundprobleme konzentrieren und über gesamtgesellschaftliche Präferenzen, Mittel und Parameter befinden, die das einzelwirtschaftliche Verhalten auf eben diese gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinorientieren.

43) Es gibt auch andere Autoren, z.B. die des DIW, Mitscherling, Melzer, Rüger; sie interpretieren die Maßnahmen zwischen 1968 - 1970 weiterhin als solche verstärkter Dezentralisierung. Sie sind wesentlich ernster zu nehmen als Autoren des SBZ - bzw. Deutschland-Archivs wie Erdmann, Schulz, Nawrocki. Auch H. Buck (Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption. In: Gleitze/Thalheim/Buck/Förster: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre. Berlin 1971, S. 77ff.) interpretiert die Maßnahmen zwischen 1968 - 1970 als weitere Dezentralisierungsmaßnahmen.

Die Fragestellung für die Beurteilung der im Folgenden zu referierenden Maßnahmen lautet: handelt es sich hier um ein positiv korrelierendes Verhältnis von Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums auf der einen und Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse auf der anderen Seite oder lediglich um einige Dezentralisierungsmaßnahmen, die eine Stärkung der ökonomischen Effizienz bewirken sollen, aber u. U. dies deshalb nicht vermögen, weil sie die spezifische Form überkommener Entscheidungsstrukturen und damit die Privatheit der Interessen nicht antasten und deshalb nicht systematisch durchgeführt werden können. Andererseits darf jedoch auch die Frage nicht außer acht gelassen werden, ob die Dezentralisierung verbunden mit dem Aufgreifen bestimmter Wertkategorien nicht zu einer kapitalistischen Restaurierung auf der Basis von Gruppeneigentum führen könnte.

Mit anderen Worten: die Beurteilung der sozialistischen Produktionsweise der DDR darf sich nicht auf den engeren ökonomischen Bereich beschränken. Sie muß vielmehr die gesamtgesellschaftlichen Folgen der Entscheidungsstrukturen bzw. die Entscheidungsstrukturen als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse sehen und begreifen. Diese Vorgehensweise, die abstrakten Bewertungen vorbeugen will, kann in Anbetracht des historischen Standes von Wissenschaft und Technik und der vorhandenen Entscheidungsstrukturen zur stärkeren Betonung eines dezentralen Modells gelangen, ohne die aus ihm eventuell resultierenden Gefahren einer Restauration zu übersehen. Demgegenüber neigt eine abstrakte Beurteilung, die Sozialismus mit zentraler Planwirtschaft identifiziert, dazu, der zentralen Planwirtschaft – Effizienz vorausgesetzt – den Vorzug zu geben, weil sie die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen stärker zu sichern scheint. Derlei Axiome müssen jedoch nach den historischen Erfahrungen bezweifelt werden, zumal die sog. zentrale Planwirtschaft in einer bestimmten Phase ihrer Entwicklung mit Planwirtschaft, d.h. mit bewußter und transparenter Gestaltung der Produktion und Distribution wenig mehr gemein hatte.

b) Das Planungssystem [44])

Die mit der „Grundidee" angesprochene höhere Qualität der zentralen Planung drückt sich in einem Perspektivplan (in der Regel 5-Jahres-Pläne) aus, der nicht einfach die gegenwärtigen Verhältnisse extrapoliert, womit früher mehr oder weniger berechtigt eine Konzentration auf die extensiv erweiterte Reproduktion verbunden war. Vielmehr soll er sich anhand langfristiger Prognosen (15-20 Jahre) aufgrund von Rückrechnung ergeben. Solche Prognosen sollen die gesamtgesellschaftliche Entwicklung umfassen. Schilling zufolge handelt es sich um Prognosen für folgende Bereiche: „die Gesellschaftsprognose der DDR, die insbesondere die weitere Entwicklung der Klassen und Schichten der Bevölkerung, des Bewußseinsstandes und der Arbeits- und Lebensbedingungen enthält; die Wissenschaftsprognose für die hauptsächlichen Wissenschaftsdisziplinen . . . ; die Prognosen für ausgewählte Strukturkomplexe, zum Beispiel für die Entwicklung und Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, für die Chemisierung der Volkswirtschaft und für Automatisierung, Rationalisierung und Fertigungstechnik in der metallverarbeitenden Industrie, die Prognose der Wachstumsfaktoren . . . ; die Prognose der Standortverteilung der Produktivkräfte"[45]).

Ab 1968 sollte die sog. Strukturpolitik und Objektplanung als Bindeglied zwischen den Prognosen und dem Perspektivplan dienen. Der Perspektivplan selbst wurde – verbunden mit weiteren Dezentralisierungsmaßnahmen – immer stärker zum Hauptinstrument (ehemals die einzelnen Jahrespläne) erklärt. Insofern sich mit der Strukturpolitik weiterhin „Reformen" in dezentralem Sinne verbanden, kann davon ausgegangen werden, daß mit dieser Strukturpolitik die Richtung der Entwicklung, die gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Präferenzen, zentral gesichert werden sollten. Die strukturkonkrete Planung beruht entgegen der anfänglichen Konzeption des NÖS auch auf gebrauchswertmäßiger Planung; sie bedient sich also nicht nur monetärer Kategorien, vielmehr zielt sie auf die Einheit von gebrauchswert- und wertmäßiger, materieller und finanzieller Planung. Hier gibt es folglich neben der Planung mittels indirekter Zentralisierung, ökonomischer Hebel, monetäre Kategorien, Wertkategorien auch Planung in physischen Größen (Gebrauchswerten) wie vor 1963.

Abgesehen von den ökonomischen Bedenken einer einseitigen Förderung strukturpolitischer Aufgaben bei Vernachlässigung der sog. Zulieferindustrie – ein Einwand, der, wie noch zu zeigen sein wird, seine Berechtigung hatte – wurde diese strukturpolitische Konzeption deshalb auch von bürgerlichen Kritikern als Rückfall in zentralistische Tendenzen angesehen, weil deren Hoffnung auf einen marktwirtschaftlichen Sozialismus dadurch ins Wanken geriet. Derartige strukturbestimmende Aufgaben sollen aus den allgemeinen Prognosen abgeleitet werden, sie sind infolgedessen weder auf Jahres- noch auf Perspektivplanzeiträume beschränkt, sondern werden auf den gesamten Reproduktionszyklus der Aufgaben bezogen. Diejenigen Betriebe und Kombinate, welche die strukturbestimmenden Aufgaben realisieren (Objektplanung), unterstehen unmittelbar der zentralen Planungsbehörde bzw. den Industrieministerien.

Wie kommt nun ein Perspektivplan zustande? Handelt hier die Zentrale völlig autonom oder gibt es Rückkoppelungen? Zur Erstellung eines Perspektivplanes beschließt der Ministerrat aufgrund der Prognosen wie der strukturbestimmenden Konzeption staatliche Aufgaben und Mornative, die die Gesamtentwicklung zum Inhalt haben. An der vorgegebenen Gesamtentwicklung orientieren die unteren Ebenen ihre Planentwürfe, nach deren Verteidigung vor der jeweils nächst höheren Instanz der Perspektivplan beschlossen und zum Gesetz erhoben wird. Über seine Qualität entscheiden somit die Planentwürfe der VVB, VEB und Kombinate in großem Ausmaß mit.

Der weitestgehenden Konkretisierung von Prognosen, strukturbestimmenden Aufgaben und Perspektivplänen dienen die Jahrespläne, die allerdings neben der Konkretisierung auch noch die weitere sehr wichtige – wichtig in bezug auf das Problem der flexiblen Anpassung – Aufgabe der Verarbeitung neuer Informationen haben. Die Korrektur des Perspektivplanes erfolgt somit über die Jahresvolkswirtschaftspläne. Auf die Frage, was diese Pläne denn nun mit welchen Mitteln bestimmen, will ich weiter unten eingehen, wenn ich auf die Normative und Kennziffern, insbesondere die Kennziffer Gewinn zu sprechen komme.

Der einzelne Betrieb ist entweder Kooperationsverbänden (vertikales Erzeug-

44) Außer Betracht bleiben die Landwirtschaft, die Territorialplanung und damit zusammenhängend die örtliche Versorgungswirtschaft.

45) G. Schilling: Zu einigen Aspekten der Durchsetzung des Systemcharakters in Prognose und Perspektivplanung. In: Wirtschaftswissenschaft 2/1970, S. 180

nisprinzip) oder Erzeugnisgruppen (horizontales Erzeugnisprinzip) – die ihrerseits den VVB bzw. Kombinaten zugeordnet bzw. eingegliedert sind – oder bezirksmäßig zugeordnet, wobei die letztere Möglichkeit qualitativ und quantitativ an Bedeutung gering ist, da das Produktionsprinzip und nicht das Territorialprinzip herrscht.

Soweit die Betriebe keine strukturbestimmenden Aufgaben haben, können sie eigenverantwortlich planen, selbstverständlich bestimmt durch die ökonomischen Hebel, Parameter, Normative und Kennziffern, während früher genaueste quantitative Zentralpläne zu erfüllen waren. Die Betriebe sollen eigenverantwortlich den eigenen Reproduktionsprozeß optimieren; in ihrer Hand befindet sich infolgedessen die Verantwortung über den Kreislauf der Fonds, was sich mit einer längerfristigen Dispositionsfähigkeit verbindet. Während vor 1963 dieser Kreislauf nach der Produktion der Waren unterbrochen wurde und Reproduktionsmittel neu zu beantragen waren.

c) Kennziffern als Mittel indirekter Zentralisierung

Verzichtet die Zentrale darauf, im Extremfall auch noch die letzten Details zu entscheiden, reduziert sie vielmehr ihren Entscheidungsbereich, um gerade so gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Planung zu ermöglichen, dann muß sie im Interesse der betrieblichen Orientierung auf die gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Präferenzen gewährleisten, daß die Entscheidungen auf mittlerer Ebene durch dementsprechende Parameter mit den zentralen Entscheidungen in Übereinstimmung gebracht werden. Dazu soll das „in sich geschlossene System ökonomischer Hebel" dienen. Durch ein solches System von Regelungen der indirekten Zentralisierung soll das persönliche Interesse (Lohn, Prämie) mit den zentral vorgegebenen gesellschaftlichen Präferenzen (signalisiert über Kosten, Preise, Gewinn) verbunden, d.h. die Befriedigung individueller Interessen von der Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten abhängig gemacht werden. Ob die Koppelung möglich ist, hängt davon ab, inwiefern das Kosten-, Preis- und Gewinnsystem so gestaltet wird bzw. werden kann, daß die Betriebe auch tatsächlich im Sinne gesamtwirtschaftlicher Effizienz handeln, wenn sie sich um betriebliche Rentabilität und daran gekoppelten Gewinn bemühen.

Der wichtigste „ökonomische Hebel", die wichtigste Kennziffer ist der Gewinn, der maßgeblich die erweiterte Reproduktion bestimmt. Die Betriebe sind demzufolge nicht mehr einseitig an der Erfüllung des vorgegebenen Planvolumens ausgerichtet, wie auch der betriebliche Kreislauf am Ende des Jahres nicht unterbrochen wird, um am Anfang des Jahres mit Zuweisungen aus dem Staatshaushalt zu beginnen. Der erwirtschaftete Gewinn dient demnach als Beurteilungsmaßstab für die Leistungen des Betriebs und – bedingt durch die Bindung des persönlichen materiellen Interesses an dem betrieblichen Gewinn – als Stimulanz bzw. ökonomischer Hebel für weitere Leistungssteigerungen. Damit der Gewinn jedoch tatsächlich zumindest betriebliche Rentabilität widerspiegelt und nicht mit gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen kollidiert, waren einige wichtige Voraussetzungen

zu schaffen. [45a])

Die Voraussetzungen, die in der DDR notwendig waren [46]), damit der Gewinn überhaupt zum Maßstab, zur synthetischen Kennziffer erhoben werden konnte, waren folgende

- die Durchführung der Industriepreisreform [47]), die die Preise an die ‚Werte', also an den gesellschaftlich notwendigen Aufwand annäherte, jedoch den Aspekt der Knappheitspreise – das Verhältnis von Angebot und Nachfrage –, der besonders von bürgerlichen Kritikern als wichtig hervorgehoben wird, kaum berücksichtigte; Preise sind demnach Kategorien der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Produktionssphäre. Die Zirkulation, der Markt, bleibt weitgehend unberücksichtigt;
- eine Umbewertung der Grundmittel [48]), um die Betriebe zu einem sparsamen Umgang mit den Grundfonds zu bewegen;
- die Einführung einer 6 %igen Produktionsfondsabgabe [49]), die an Stelle des Marktes, der Konkurrenz, sichert, daß ein sparsamer Umgang mit den Grundfonds sich positiv auf den Nettogewinn (= Bruttogewinn minus Produktionsfondsabgabe) auswirkt;
- das Industriepreisregelsystem [50]), das eine dynamische, damit flexiblere und den technischen Fortschritt erzwingende, an der Fondsrentabilität orientierte Preispolitik ermöglichen soll;
- die Einführung des fondsbezogenen Industriepreises [51]), bei dem die Reineinkommensrate (Gewinnrate) auf die Grundfonds bezogen wird, um so grundfondsintensiven Industriezweigen Gewinne zur eigenständiger und erweiterter Reproduktion zu ermöglichen;
- die Veränderung der Ware-Geld-Beziehungen in dem Sinne, daß eine automatische Bezahlung der Rechnungen durch die Bank (Verrechnung als Verwaltungsakt) nicht mehr gegeben ist, die Bezahlung vielmehr erst bei vertragsgerechter Lieferung erfolgt;
- die Betonung der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion, die neben den Mitteln aus Gewinnen mit Krediten vorgenommen wird, deren Vergabe an den Nachweis der betrieblichen Rentabilität gebunden ist und somit ihren Subventionscharakter verliert.

45a) Auch dann bliebe die Frage, ob die Orientierung an betrieblicher Rentabilität wirklich volkswirtschaftliche Effizienz oder gar optimale Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums gewährleisten kann, ob also die ökonomischen Hebel indirekte Zentralisierung ohne nennenswerte gesamtwirtschaftliche Kosten ermöglichen. Neben dieser prinzipiellen Frage hinsichtlich planwirtschaftlicher Möglichkeiten ist zudem zu überlegen, ob die Orientierung am Gewinn immer eine Orientierung an betrieblicher Rentabilität erzwingt oder ob nicht offenkundige Mängel in der Abstimmung der ökonomischen Hebel die Möglichkeit bieten, betrieblichen Gewinn ohne adäquate Leistung zu erzielen.

46) Sie können hier nur aufgezählt werden, die Problematisierung erfolgt weiter unten.

47) Die Reform wurde zwischen 1964 und 1967 durchgeführt, sie sollte ermöglichen, den betrieblichen Gewinn von der betrieblichen Leistung abhängig zu machen.

48) Vgl. GB1. der DDR, II, 1962, S. 34 und GB1. der DDR, II, 1964, S. 118. Die Umbewertung der Grundmittel erfolgte 1963 zu 1963 entstehenden Wiederanschaffungspreisen.

49) Vgl. Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe in ausgewählten VVB der zentral geleiteten volkseigenen Industrie vom 3. März 1966. GB1. der DDR, II, S. 261. Vgl. weiterhin die Verordnung über die weitere Anwendung der Produktionsfondsabgabe im Bereich der volkseigenen Industrie und des volkseigenen Bauwesens vom 2. Februar 1967. GB1. der DDR, II, 1967, S. 115

50) Vgl. Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises und der staatlichen normativen Regelung für die planmäßig Senkung von Industriepreisen in den Jahren 1969/1970 vom 26. Juni 1968 GBl. der DDR, II, 1968, S. 497

51) Vgl. FN 50

Um die Realisierung der Reformen zu gewährleisten, wurde die Verwaltungsfunktion der Banken [52]) reduziert. Sie fungieren nunmehr als Kontrollorgane mit eigener wirtschaftlicher Rechnungsführung und haben somit eine den VVB ähnliche Doppelfunktion, die von bestimmten Prämissen sinnvoll zu sein scheint, in der Praxis aber zu Schwierigkeiten führte. Darüberhinaus brachte die Regelung über die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses[53]) die Berücksichtigung des betrieblichen Außenwirtschaftsergebnisses bei der Ermittlung des betrieblichen Gewinns. Ein heikler Punkt, an dem die Problematik von betrieblichem Gewinn und volkswirtschaftlicher Effizienz besonders anschaulich werden kann.

Ziel der Reformen war es, die VVB und VEB über den zentralen ökonomischen Hebel, den Gewinn, an der Steigerung der Produktion qualitativ hochwertiger Erzeugnisse, am Einsatz neuester Technik und an der rationellen Nutzung der produktiven Fonds zu interessieren[54]). Der Gewinn wurde zum Maßstab für den Nutzeffekt ökonomischer Maßnahmen [55]), die Gewinnauflage zur Hauptkennziffer der Pläne. Was der Betrieb mit dem Gewinn nach Abzug der 6 %igen Produktionsfondsabgabe und der je nach Zukunftsträchtigkeit der Branchen verschieden hohen, in Prozentsätzen ausgedrückten Nettogewinnabführung machen konnte, d.h. wieweit die Eigenverantwortung der VVB und VEB tatsächlich ging, soll weiter unten bei der Betrachtung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung erläutert werden.

Trotz dieser wichtigen Stellung fungiert der Gewinn jedoch nur bedingt als zentrale Kennziffer, da andere Kennziffern, staatliche Normative und volkswirtschaftliche Berechnungskennziffern, den Rahmen der Gewinnoptimierung bilden. Der Gewinn weist sich damit nur in eingeschränkten Sinne als synthetische Kennziffer aus. Je mehr Kennziffern, je stärker sie ausdifferenziert sind, desto mehr nimmt die Kennziffer Gewinn an Bedeutung ab bzw. umgekehrt.

Diese übrigen Kennziffern waren in der Phase der weitestgehenden betrieblichen Eigenverantwortung – was sich besonders an Investitions- und Kreditpolitik, überhaupt an der Eigenerwirtschaftung zeigt (in der Zeit zwischen 1968 und 1970) – wertmäßiger Natur. Lediglich im Rahmen der strukturbestimmenden und der Exportaufgaben gab es gebrauchswertmäßige Kennziffern [56]), ansonsten stellen die Kennziffern nach 1963 keine Volumenskennziffern, sondern Effektivitätskennziffern dar.

Die Effektivitätskennziffern sind demzufolge keine absoluten, sondern relativen Größen, d.h. daß in ihnen das Verhältnis mehrerer Größen zueinander zum Ausdruck kommt – so in der Kennziffer Fondsrentabilität das Verhältnis der eingesetzten Fonds zur erzeugten Menge. Diese Effektivitätskennziffern müssen richtig aufeinnander abgestimmt sein, da innerhalb des von ihnen abgesteckten Rahmens die Hauptkennziffer Gewinn die Einheit von zentraler und betrieblicher Planung bewirken soll.

---

52) Vgl. Verordnung über die Bildung der Industrie- und Handelsbank der DDR mit Statut vom 13. Dezember 1967. GBl. der DDR, II, 1968, S. 9. Dazu S.-M. Lang/M.-E. Ruban: Veränderungen im Bankensystem der DDR. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. 3/1968, S. 397ff.
53) Vgl. Anordnung über die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses in den Jahren 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 507
54) Vgl. Das funktionelle Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Hg. v. Büro für Industrie und Bauwesen beim Politbüro des ZK der SED. Berlin 1964, S. 71
55) Vgl. Richtlinie . . . (Fn 37), S. 484
56) Vgl. A. Scherzinger-Rüger: Gegenwärtige Probleme der Jahresplanung in der DDR. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 3/1972, S. 191 ff.

Neben Kennziffern gibt es staatliche Normative als Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung, mit denen Mindestanforderungen an die betriebliche Rentabilität gestellt werden; zugleich soll eine Verbindung der betrieblichen Rentabilität mit der gesamtwirtschaftlichen Effizienz geschaffen werden, insofern die Normative auch gesamtwirtschaftliche Bewertungen von Ressourcen[57]), gesamtwirtschaftliche Einschätzungen der optimalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik und ihrer Anwendung in der Produktion, wissenschaftlich begründete Gegenüberstellungen von Ergebnis und Aufwand darstellen. Sie sollen die Betriebe auf das Optimum der erwarteten Entwicklung orientieren und negieren damit das frühere Verfahren der quantitativen Extrapolation[58]). Sie sollen als Grundlage eigenverantwortlicher Planungs- und Leitungstätigkeit die Verwirklichung einer hocheffektiven Reproduktion gleichzeitig indirekt steuern bzw. regeln[58a]). Diese Normative sprengten 1969/70 als 2-Jahres-Normative auch hinsichtlich der Zeitspanne den ehemaligen Jahresrhythmus; siw waren im Perspektivplan 1971-1975, der dann nicht, wie intendiert, zustande kam, als 5-Jahres-Normative gedacht, womit den Betrieben längerfristige Kalkulationen ermöglicht werden sollten. Die wichtigsten Normative als entscheidende Grundlage für die indirekte Zentralisierung sind:

- die Nettogewinnabführung in Prozenten, wobei der Anteil des Staates am Nettogewinn differenziert (zwischen 40 und 70%) festgelegt wird. Für den Fall, daß diese Nettogewinnabführung nicht erwirtschaftet werden konnte, mußte ein festgelegter Mindestbetrag abgeführt werden.
- Normative der Amortisationsabführung (Abschreibung), wobei die Abführungen vornehmlich innerhalb der VVB verblieben
- Normative für den Prämienfonds prozentual bezogen auf den Nettogewinn
- Normative der Exportstimulierung[59])
- Normative zur Industriepreissenkung[59]).

Für 1971–1975 bzw. 1976-1980 wurde und wird ferner an Normative bezogen auf einen Arbeitskräftefonds und einen Bodenfonds, somit an eine Arbeitskräftefondsabgabe und eine Bodenfondsabgabe gedacht, um einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen Boden, lebendige Arbeit, vergegenständlichte Arbeit zu erreichen. Denn 1969/70 hatte sich gezeigt, daß die Produktionsfondsabgabe und der fondsbezogene Industriepreis (Reineinkommensrate bezogen auf die produktiven Fonds) zwar den sparsamen Umgang mit vergegenständlichter Arbeit, zu wenig aber, denn mit den in der DDR ja äußerst knappen Arbeitskräften initiiert hatte.

d) Das Prinzip der Eigenerwirtschaftung

Die Frage ist nun zu stellen, was der Betrieb mit dem Gewinn, der nach Abzug der Produktionsfondsabgabe und der Nettogewinnabführung bleibt, überhaupt machen kann. Wieweit geht die Eigenverantwortlichkeit, der analog der zentralen Planung in ihrer reduzierten Form ebenfalls eine größere Rolle zukommen soll, wobei durch ökonomische Hebel (Kosten, Preis, Gewinn, Lohn, Prämie), Kennziffern und staatliche Normative indirekt das eigenverantwortliche Handeln der Betriebe in die gewünschte Richtung gelenkt werden soll. Daß Raum für die eigenverantwort-

---

57) Vgl. Nick: Gesellschaft . . . (Fn 29), S. 225
58) Vgl. Richtlinie . . . (Fn 37), S. 480
58a) Vgl. Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 448
59) a.a.O., S. 448-450

liche Entscheidungen gegeben sein muß, versteht sich von selbst, wenn auf zentraler Ebene keine quantitativen Volumenskennziffern im Vordergrund der Überlegungen und Planungen stehen. Der Gewinn kann nur dann die Rolle des Anreizes bekommen, wenn über seine Verwendung – wie gering auch seine Höhe je nach dem Normativ der Nettogewinnabführung sein mag – zumindest partiell eigenverantwortlich entschieden werden kann. Daß überhaupt die Notwendigkeit bestand, den Gewinn als besonders wichtige, als synthetische Kennziffer einzuführen, da die Betriebe irrational auf die sog. zentrale Planung reagierten, ist allerdings ein Indiz dafür, daß man nicht ohne weiteres von der Annahme ausgehen kann, die Betriebe würden nun die Mittel, über die sie eigenständig verfügen, vornehmlich unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten einsetzen.

„Die weitere Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordert die maximale Erhöhung des Nationaleinkommens und seine rationelle Verwendung. Dazu (!) ist es notwendig, daß die VEB ... ihre Mittel für die erweiterte Reproduktion selbst (!) erwirtschaften. Sie verfügen im Rahmen des Planes darüber und haben eigenverantwortlich auf Grund vorhandener und selbst zu erwirtschaftender materieller Ressourcen die im volkswirtschaftlichen (!) Sinne bestmögliche Lösung zu finden.“[60]) In diesem Satz kommt auf eines der zentralsten Probleme bezogen das zum Ausdruck, was weiter oben im Zusammenhang mit der Skizzierung der Grundidee der Stärkung der zentralen und dezentralen Entscheidungsebene im Sinne eines gesamtwirtschaftlichen Optimums angesprochen wurde und was von Bettelheim als Möglichkeit energisch bestritten wurde. Es wird nämlich suggeriert, daß das Streben nach einzelwirtschaftlicher Rentabilität zugleich auch gesamtwirtschaftlich Effizienz bewirken könne. Im Rahmen des durch staatliche Kennziffern und Normative abgesteckten Bereichs sollen die Betriebe ihre eigene Reproduktion optimieren, über den Kreislauf ihrer Fonds verfügen und längerfristig disponieren[61]). Demgegenüber wurde der Kreislauf früher unterbrochen, womit keine Verbindung zwischen der Höhe der erwirtschafteten Geldfonds und dem Grad der erweiterten Reproduktion bestand. Die Ausgaben müssen infolgedessen durch die Einnahmen gedeckt und dabei ein Gewinn erzielt werden; Kredite für die erweiterte Reproduktion sind möglich, wie gleich noch zu zeigen sein wird. Durch die Pflicht zur Eigenerwirtschaftung im Rahmen indirekter Zentralisierung wurde demnach das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung gestärkt, die Begriffe wurden beinahe – soweit dies überhaupt bei doppelter Wirtschaftsrechnung möglich ist – zu Synonymen.
Wie diese Eigenverantwortung z.B. bezogen auf die Materialversorgung aussieht, zeigen folgende Bestimmungen:
„Dabei ist auszugehen von
- der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und VVB für den Aufbau der Marktforschung und Marktbeeinflussung zur Ermittlung des begründeten Bedarfs der Volkswirtschaft und von der Eigenerwirtschaftung der Mittel zur Deckung dieses Bedarfs
- der möglichen differenzierten Preisfestsetzung im Rahmen langfristiger Normative ...

60) Beschluß über die Grundsätze für weitere Schritte bei der Anwendung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion im Jahre 1968 vom 15. Juni 1967. GBl. der DDR, II, 1967, S. 461,462

61) Für 1969/70 waren daher erstmals zwecks Erprobung langfristiger Normative im Perspektivplan 1971-1975 2-Jahres-Normative vorgesehen. Vgl. Grundsatzregelung ... (Fn 58 a), S. 440/48

Die weitere Vervollkommnung der materiell-technischen Versorgung muß so erfolgen, daß der Betrieb seinen Produktionsbedarf auf der Grundlage des Planes und unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Marktes in eigener Verantwortung befriedigen kann. Dafür haben die übergeordneten Organe und die Bilanzorgane die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wenn die zu lösenden Aufgaben die Pflichten, Rechte und die Möglichkeiten der Betriebe übersteigen.
Das erfordert folgende Veränderungen in der Planung und Leitung des betrieblichen Reproduktionsprozesses:
- Die Stabilität der Materialversorgung des Betriebes ist weitgehend abhängig vom Stand der konstruktiven, fertigungstechnischen und organisatorischen Vorbereitungen der Produktion sowie der langfristigen Klarheit über das Produktionssortiment und die perspektivische Absatzentwicklung. Die Einheit des betrieblichen Reproduktionsprozesses von der Forschung und Entwicklung bis zum Absatz ist die entscheidende Voraussetzung für die ökonomisch effektive Leitung und Organisation der betrieblichen Materialwirtschaft.

Dazu gehören:
der Aufbau und die Ausgestaltung einer aktiven und schöpferischen Markt- und Bedarfsforschung ...
der Aufbau absatzseitiger Bestände und Kapazitätsreserven zur Verkürzung der Lieferfristen ...
die Entwicklung der Wirtschaftswerbung und Applikation als Mittel der Bedarfsbeeinflussung.“[62])

Der VEB soll entsprechend der Zielsetzung des Planes die Mittel für die erweiterte Reproduktion selbst erwirtschaften, dazu erhält er von vornherein – d.h. vor Ausarbeitung des Planentwurfes des Betriebs – Angaben über den zu erwirtschaftenden Nettogewinn und das Normativ der Nettogewinnabführung. Falls der Betrieb bereits hier – bei der Ausarbeitung des Planentwurfes – die zentrale Vorgabe „Nettogewinn“ überbietet, steht ihm ein hoher Prozentsatz dieser Überbietung selbst zur Verfügung, damit soll offenbar der Gefahr der „weichen“ Pläne begegnet werden. Diese Annahme wird bestätigt, wenn man den betrieblichen Vorteil bei einer Übererwirtschaftung der staatlichen Auflage „Nettogewinn“ damit vergleicht – er ist wesentlich geringer. Mit diesen Verfahrensweisen sollen von vornherein möglichst optimale Pläne gesichert werden, soll die Wirtschaftsrechnung ex ante gefördert werden, was für die Koordination der Planerfüllungen wichtig ist. Planübererfüllungen bei vorhergehenden – eventuell bewußt – unzulänglicher Ausschöpfung der Möglichkeiten will man derart verhindern. Der VEB verfügt somit über folgende Fonds:
- Amortisationen (Abschreibungen), falls die volle Erhaltung der Kapazitäten vorgesehen ist, andernfalls werden Amortisationsabführungsnormative festgelegt. Die Amortisationsabführung bleibt dabei grundsätzlich im Produktionszweig[63])
- Nettogewinne und Gewinne aus Überbietung (ex ante) und Übererfüllung (ex post).

Aus diesen Gewinnen werden
- der Investitionsfonds

62) Beschluß über die Richtlinie für die Materialwirtschaft der volkseigenen Industrie im ökonomischen System des Sozialismus vom 20. Juli 1967. GBl. der DDR, II, 1967, S. 481/482

63) Vgl. Grundsatzregelung ... (Fn 58 a), S. 449

– der Umlaufmittelfonds
– der Kredittilgungsfonds und
– der Prämienfonds (bis zur gesetzlich möglichen Höhe)
finanziert.

„Bei den Entscheidungen über den Einsatz der Gewinne ist die volkswirtschaftlich günstigste Variante unter dem Gesichtspunkt des höchsten Nutzeffekts einschließlich der Außenhandelsrentabilität zu wählen. Der Direktor (!) des VEB geht dabei von Analyse und Prognosen über die Ausnutzung der vorhandenen Fonds, der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und der Senkung der Selbstkosten, der Entwicklung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes und der materiellen Arbeitsbedingungen sowie der kulturellen und sozialen Bedingungen aus. Er berücksichtigt die volkswirtschaftlich notwendige Umstrukturierung der Bestände und die Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit".[64])

Reichen die eigenen Mittel für die Investitionen nicht aus, kann der Betrieb Kredite aufnehmen, wobei er den Nachweis über die ordnungsgemäße Vorbereitung der Investitionen und die mit den Investitionen verbundene Erfüllung der dem VEB gestellten Aufgaben führen soll. Diese Aufgaben betreffen die Rationalisierung, die Sicherung der im Perspektivplan festgelegten gesamtwirtschaftlichen Präferenzen, die Erhöhung der Rentabilität und die Senkung der Selbstkosten. Ähnliche Regelungen gelten auch für die VVB, die ebenfalls nach dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung arbeiten. Da auch die Banken nach diesem Prinzip arbeiten, erhebt sich allerdings die Frage, ob sie dann den oben angedeuteten Aufgaben als Kontrollorgane entsprechen können. Denn die Koppelung der von den Banken gezahlten Prämien an ihren Gewinn, der wiederum auf der Vergabe von Krediten und der Einnahme von Zinsen basiert steht der Rolle als Verwaltungs- bzw. Kontrollorgan tendenziell entgegen[65]). Das allgemeine Streben der Betriebe nach bankfinanzierten Investitionsmitteln hatte dann auch nicht nur die Vernachlässigung gesamtwirtschaftlicher Ziele, sondern zugleich auch die Unterhöhlung der Kontrollfunktion der Banken zur Folge.

Der Sinn der hier skizzierten Eigenverantwortung und Eigenerwirtschaftung lag in der Erwartung größerer Produktivität der eingesetzten Mittel; die Maßnahmen sollten folglich zu einer Minderung des bisherigen Fehleinsatzes von vergegenständlichter Arbeit beitragen[66]). Man ging also davon aus, daß die Betriebe, wenn sie über den Einsatz der Grundmittel selbst entscheiden, Investitionen selbst bestimmen, eher zur Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit neigen als bei der bis dahin vorherrschenden zentralen Verwaltung der Wirtschaft. Damit ist aber noch nicht das letzte Wort gegen die Möglichkeit eines stärker zentralen, aber dennoch funktionierenden Modells, gesprochen. Zöge man aus der partiellen Überlegenheit des neuen ökonomischen Systems gegenüber der DDR-Planwirtschaft alten Typs diesen Schluß, gäbe man das Streben nach optimaler Wirtschaftsrechnung, die soweit möglich eine ex ante sein muß, auf.

In Anbetracht der Bedeutung der Investitionen für die gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist eine Dezentralisierung gerade auf diesem Gebiet problematisch. Gibt man die Entscheidung über Investitionen frei, wenn auch bei gleichzeitigem Versuch, die gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Orientierung vorzugeben und die Betriebe nur im Rahmen staatlicher Kennziffern und Normative wirtschaften zu lassen, so führt das, wenn die Steuerungsmechanismen versagen, zumindest zu Störungen der gesamtwirtschaftlichen Planung. Zwar muß bei der Koppelung der Prämien an den Gewinn die Entscheidungsfähigkeit über Investitionen dezentralisiert werden, weil sonst die Orientierung am Gewinn wenig Sinn hätte. Diese Entscheidung verlangt allerdings zugleich institutionelle Garantien gegen eine Verselbständigung des betrieblichen Gewinnstrebens gegenüber dem Gesamtinteresse. Eine optimale Entwicklung kann dieses Steuerungssystem ohnehin nicht bewirken, da die Betriebe einzelwirtschaftlich entscheiden, subjektiv dies auch wollen und objektiv weitgehend nicht anders können. In der DDR hat sich demgegenüber gezeigt, daß Eigenerwirtschaftung und Eigenverantwortung im Hinblick auf die Investitionen in Widerspruch zur strukturpolitischen Konzeption und somit zum langfristigen Zielprogramm der Zentrale gerieten. Dieser Widerspruch war ein – wie noch zu zeigen sein wird – wichtiger Grund, der u.a. zu den verstärkten Zentralisierungsmaßnahmen führte.

e) Die Aufgaben der Industriebanken und ihrer Instrumentarien Kredit und Zins

Im Zusammenhang mit dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung muß noch ein Blick auf die Rolle der Banken und ihre Instrumentarien (Kredit, Zins) geworfen werden. Vor dem NÖS/ÖSS waren die Banken, wie oben bereits angedeutet, Verwaltungsorgane, die im Plan vorgesehene Investitionen mit überwiegend zinslosen Zuschüssen zu finanzieren hatten. Im Zuge der Reformen wurden die Banken zu relativ selbständigen Organen, die nun wie die VEB und VVB nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeiten. Sie haben die Aufgabe der Kontenführung der Wirtschaftssubjekte, wickeln deren Zahlungs- und Verrechnungsverkehr untereinander und mit der Zentrale ab, gewähren für die laufende Produktion, kurzfristige, für Ersatz-, Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen, langfristige Kredite. Sie sollen nicht nur Geld leihen, sondern über die Kreditbedingungen zu planmäßiger Produktion und Reproduktion stimulieren; sie wollen den Investitionsplan überwachen und die Planmäßigkeit der Gewinnabführung an den Haushalt kontrollieren[67]).

Die Bank mit ihren Instrumentarien Kredit und Zins soll als Instrument für die Durchsetzung der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen dienen, einen hohen Zuwachs an „Nationaleinkommen" sichern, Kredite nur unter der Voraussetzung gewähren, daß die im Plan festgelegte Rentabilität mit den Vorhaben zumindest erreicht, Nutzeffektkriterien eingehalten werden und eine Eigenbeteiligung gesichert ist. Im Gegensatz hierzu wurden Zuschüsse früher praktisch automatisch dann gewährt, wenn die Betriebe bei Erfüllung ihrer Planaufgaben in Liquiditätsschwierigkeiten geraten waren. Diese automatische Zuweisung entsprach der Planung in Volumenskennziffern. Bis 1967 war die Verteilung von Krediten auf „zentral angelegte Finanzlücken bei den Wirtschaftsbetrieben"[68]) noch weit verbreitet. Da die Banken den Betrieben zu optimalen Plänen verhelfen sollen, entwickeln sie nach Überprüfung der betrieblichen Vorschläge bereits im Stadium der Planung – falls notwendig – andere Investitionsvarianten. Ihre Kreditgebung machen sie sodann davon abhängig, ob in den betrieblichen Konzeptionen die an den Betrieb gestellten Aufgaben auch erfüllt wurden. Die

64) Eigenerwirtschaftung . . . (Fn 60), S. 461/462
65) Vgl. Buck: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 84
66) Vgl. M. Melzer: Das Anlagevermögen der mitteldeutschen Industrie 1955 bis 1966. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1/1968, S. 105 ff.

67) Vgl. Lang/Ruban: Bankensystem . . . (Fn 52), S. 402 f.
68) Buck: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 83

Bank kann Kredite ablehnen oder an einen höheren Zinssatz binden[69]).

Dagegen werden für bedeutende bzw. strukturbestimmende Investitionsvorhaben weiterhin zinslose Zuschüsse aus dem Haushalt gewährt. Auch bei den übrigen Investitionen haben die Planungsinstanzen kein Interesse daran, den Betrieben so viele Eigenmittel zu belassen, daß eine Kreditaufnahme überflüssig wäre, denn nur über die Kreditvergabe kann die Bank bereits bei der Planausarbeitung ökonomische Kontrolle ausüben. Zum andern können die einzelnen Vorhaben mit Krediten früher begonnen werden als bei völliger Eigenerwirtschaftung. Die Kontrollmöglichkeit der Banken in bezug auf die bewilligten Mittel – die eigenen Fonds werden grundsätzlich keiner Kontrolle unterzogen – geht so weit, daß sie bei Verletzung von Kreditverträgen die Möglichkeit der Erhöhung der Gewinnabführung an den Haushalt sowie der Reduzierung der Investitionspläne haben[70]).

Finanzierungsquellen in der DDR von 1961 - 1968:

Jahr	Investitionen		Staatshaushaltszuschuß	Eigenmittel	Kredite	Zuschuß	Eigenmittel	Kredite
	gesamt	staatl.				Anteil in vH an den staatlichen Investitionen		
	Mill. M							
1961	15 575	12 760	9 130	2 430	1 200	71,6	19,0	9,4
1962	15 862	13 060	9 060	2 664	1 336	69,4	20,4	10,2
1963	16 721	14 340	10 033	2 868	1 434	70,0	20,0	10,0
1964	18 100	15 518	9 310	3 523	2 675	60,0	22,8	17,2
1965	19 390	16 625	7 480	5 715	3 430	45,0	34,4	20,6
1966	20 800	17 826	6 600	7 126	4 100	37,0	40,0	23,0
1967	22 600	19 390	4 847	9 695	4 847	25,0	50,0	25,0
1967[2])	26 200	22 400	5 600	11 200	5 600	25,0	50,0	25,0
1968[2])	28 892	24 760	6 000	12 355	6 405	24,2	50,0	25,8 [71])

Mit der Kreditpolitik sollen die Banken zur Verbindung von zentraler Planung und Leitung der Grundfragen mit der eigenverantwortlichen Planung und Leitung der Betriebe beitragen; betriebliche Maßnahmen, zu deren Durchführung Kredite erforderlich sind, können nur in den Betriebsplan aufgenommen werden, sofern die Bank die dementsprechenden Kreditzusagen tätigt[72]). Da die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Ziele überwiegend wertmäßiger Natur sind, ist damit keine Garantie dafür gegeben, daß die betriebliche, von Banken finanzierte, Investitionspolitik gebrauchswertmäßig den gesamtgesellschaftlichen Präferenzen und damit der Strukturpolitik entspricht.

Die Banken scheinen abgesehen von der Interessenkollision, die sich aus ihrer Doppelfunktion als Kontrollorgan und Organ mit wirtschaftlicher Rechnungsführung ergibt, auch überfordert zu sein, wenn man die Anforderungen der Kreditverordnung von 1968, die aus den administrativen Finanzbeziehungen zwischen Bank und VEB Geschäftsbeziehungen machte, betrachtet. „Beginnend mit der Planausarbeitung steuern die Banken in Zusammenarbeit mit den wirtschaftsleitenden Organen

69) Vgl. Eigenerwirtschaftung . . . (Fn 60), S. 467/468
70) Vgl. Lang/Ruban: Bankensystem . . . (Fn 52), S. 405
71) a.a.O., S. 407
72) Vgl. Verordnung über Grundsätze für die Gewährung von Krediten an volkseigene, konsumgenossenschaftliche und Außenhandelsbetriebe – Kreditverordnung sozialistischer Betriebe – vom 19. Juni 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 653

und auf Grund von deren Vorschlägen mit zweigdifferenzierten, auf die Erreichung und Mitbestimmung des Weltniveaus orientierten Richtwerten und Nutzensnormativen, Anforderungen an die Eigenmittelbeteiligung, Kreditlaufzeiten und mit dem Zins den Krediteinsatz".[73]) Inhaltlich sollen sie mit ihrer Kreditpolitik insbesondere die Strukturpolitik, Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, die Verwendung moderner Technologien, die Produktion devisengünstiger Erzeugnisse, die Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit, die Beschleunigung des Fondsumschlags sowie optimale Proportionen zwischen Produktions- und Zirkulationsvorräten unterstützen.

Falls sie jedoch diesen Aufgaben gerecht werden wollen und können, dann zeigt sich daß ihre Orientierung auf einzelwirtschaftliche Rentabilität im Gegensatz zu den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen, die letztlich gebrauchswertmäßiger Natur sind, geraten kann. Einzelwirtschaftlich unrentable Produkte – unrentabel daran gemessen, daß mit anderen Produkten höhere Gewinne, an die wiederum die Prämien gebunden sind, erzielt werden können – werden eingestellt, obwohl für sie ein gesellschaftlicher Bedarf besteht. Eine Versorgungslücke tut sich auf [74]).

Zu diesen, hinsichtlich Eigenerwirtschaftung, Investitionspolitik, Bankensystem, Kreditpolitik, weitgehenden dezentralen Maßnahmen der Jahre 1968-1970, die Ende 1970 zu Divergenzen mit eben den zentral beschlossenen Präferenzen gerieten, kommt desweiteren eine Lockerung der Zinspolitik hinzu. Während es vor 1963 überhaupt keine bzw. höchstens Strafzinsen gab, da man davon ausging, daß aufgrund der Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln Ware-Geld-Beziehungen im volkseigenen Sektor ihre Gültigkeit verloren haben, weshalb die Mittel planmäßig zugewiesen wurden, während noch 1967 die Grundzinssätze je nach Kreditarten, Laufzeit und Risiko gestaffelt waren, werden die Kreditverzinsungsbedingungen nun den Vereinbarungen der Vertragspartner Produktionseinheit – Bank im Rahmen der Ware-Geld-Beziehungen überlassen [75]). Allerdings gelten für die Zinssätze bestimmte Bandbreiten; die Kredite, die den Planforderungen bzw. Planvorstellungen entsprechen, sollen mit niedrigeren Zinssätzen (1,8 - 5,4 %) belegt werden als die Kredite, die planwidrig (8 - 12 %) aufgenommen werden müssen. Die Bank soll infolgedessen bei ihren Kreditarten bzw. Zinssätzen sowohl die ökonomischen Ursachen des Kreditbedarfs wie die Frage eines besonderen Kreditrisikos berücksichtigen. Sie soll auch nicht nur bei Planwidrigkeiten einfach höhere Zinssätze festlegen, sondern nach den Ursachen dieser Planwidrigkeiten fahnden und an der Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit („Stabilisierungsverfahren") mitwirken. Die Industrie- und Handelsbank steuert demzufolge mit variablen Zinssätzen den Krediteinsatz und damit die Investitionen. In der Unterscheidung von Planmäßigkeit und Planwidrigkeit kommt das Bemühen zum Ausdruck, die Handlungen auf der mittleren Entscheidungsebene durch indirekte Steuerung mit ökonomischen Hebeln – hier dem Zins – auf die gesamtwirtschaftliche Planung hin zu orientieren.

73) a.a.O., S. 654
74) Bei einer weitgehenderen „Dezentralisierung", z.B. einer Freigabe der Preise würde dieses Problem kaum entstehen. Damit soll nicht für derartige Maßnahmen, wie noch zu zeigen sein wird, plädiert werden, vielmehr darauf verwiesen werden, daß das konstruierte System logisch nicht in sich schlüssig ist, daß Maßnahmen aus unterschiedlichen Systemen zusammengenommen sehr genau bedacht sein müssen, wenn sie sich nicht mit den dementsprechenden ökonomisch-gesellschaftlichen Folgen widersprechen sollen.
75) Vgl. Kreditverordnung . . . (Fn 72), §§ 14, 15

Wie sich im Laufe des Jahres 1970 herausstellte, hat jedoch diese Regelung nicht funktioniert, die betrieblichen Anforderungen hinsichtlich der Investitionsmittel erfuhren eine zu geringe Steuerung, was dazu führte, daß begonnene Investitionen aufgrund des gesellschaftlichen Mangels an Investitionsmitteln nicht zu Ende geführt werden konnten. Bürgerliche Kritiker führen die Übernachfrage nach Investitionsmitteln und die damit verbundenen Fehlleitungen darauf zurück, daß es weder Knappheitspreise noch eine Investitionskriterium gab, das das Verhältnis von „Kapitalangebot" und „Kapitalnachfrage" zum Ausdruck brachte.

Nun war ja durchaus mit der Kreditverordnung von 1968 die Möglichkeit sehr gestaffelter Kreditarten bzw. Zinssätze gegeben, die, wie in der erwähnten Bestimmung verlautbart, in ihrer Höhe von den ökonomischen Ursachen des Kreditbedarfs und den Nutzeffektskriterien abhängen. Dies ist abstrakt betrachtet durchaus ein sinnvolles Verfahren, so man Zinsen überhaupt kennt. Der Zinsfuß richtet sich dann eben nicht einzig und allein nach der Knappheit der Mittel, wobei dem Stärkeren – gleichgültig, was er gebrauchswertmäßig produziert – die Mittel zukommen. Vielmehr soll die Entscheidung über die Vergabe von Investitionsmitteln im Rahmen langfristiger Strukturentscheidungen, gesamtwirtschaftlicher Präferenzen, finanzwirtschaftlicher Erfolgskriterien und Nutzeffektsberechnungen und unter sich daran orientierenden Bedingungen (sprich u. U. Zinssätzen) erfolgen. Die Zinssätze bilden sich dann nicht mechanisch auf dem Markt, sondern werden bewußt festgesetzt.

An dieser Stelle kommt wieder einmal und zwar besonders deutlich die Problematik zum Ausdruck, die darin besteht, daß die Zentrale nicht in der Lage ist, Nutzeffektivitätskriterien ex ante für den gesamten Produktionsprozeß zu entwickeln. Daher ist sie gezwungen, zu ökonomischen Hebeln bzw. indirekter Zentralisierung zu greifen. Dies geschieht mittels der Wertkategorien, deren geplanter Charakter insofern verhindert, daß sie gesellschaftliche Prozesse naturwüchsig gestalten, als der geplante Charakter sich nicht am Marktmechanismus orientiert. Wäre dem so, würde in der Tat nur noch Wirtschaftsrechnung ex post betrieben, Planung paßte sich den naturwüchsigen Prozessen an und versuchte im nachhinein die Mängel naturwüchsiger Prozesse in einer Art „Globalsteuerung" auszugleichen (so etwa Bettelheim hinsichtlich des dezentralen Modells). Insofern zwar die Wertkategorie Zins aufgegriffen wurde, die Höhe des Zinssatzes jedoch nicht durch den Markt bestimmt wurde, wird deutlich, daß Wertkategorien nicht gleich Wertkategorien sind, daß ihr Vorhandensein und ihre stärkere Betonung allein zu einer Kritik nicht ausreichen.

Mit der Kreditverordnung sollte dem Mangel zentral nicht für den gesamten wirtschaftlichen Bereich entwickelbarer Nutzeffektivitätskriterien abgeholfen werden, indem die Banken nicht einfach nur die Investitionsmittel zur Verfügung stellen, sondern sie – und damit verbunden auch die Zinsen – von der Wichtigkeit der Vorhaben abhängig machen sollen. Indem der Kredit so bewußt und mit den entsprechenden Zinsen vergeben werden soll, wurde in den Banken selbst die doppelte Wirtschaftsrechnung verankert. Einmal stellen sie ein Organ gesellschaftlicher Rechnungsführung im Sinne stärkerer Wirtschaftsrechnung ex ante dar, zum andern sollen sie zu rentablem Wirtschaften angehalten werden, indem sie wie die Bebriebe zu einem Organ wirtschaftlicher Rechnungsführung ex post wurden, das mittels der Orientierung am Gewinn auf die gesamtgesellschaftlichen Ziele ausgerichtet werden soll. Diese bestimmte Verbindung von Wirtschaftsrechung ex ante und Wirtschaftsrechnung ex post konnte nicht funktionieren, da über den Gewinn, der an die Einnahmen durch Zinsvergabe gekoppelt war, innerhalb der Banken ein einzelwirtschaftliches Interesse an der Vergabe von Krediten und damit der Einnahme von Zinsen bestand, so daß die Investitionsmittel knapp wurden.

f) Das Preissystem

Mit der Frage nach Grenzen und Möglichkeiten zentraler Planung wird die Preisgestaltung zu einer Nahtstelle für das Funktionieren des neuen „Wirtschaftsmechanismus". Nur wenn die Preise den Kosten entsprechend gestaltet sind, kann die Hauptkennziffer Gewinn zumindest einzelwirtschaftliche Rentabilität sichern, die im früheren System gerade nicht möglich war, was der Förderung gesellschaftlichen Bewußtseins äußerst abträglich war. Die zentrale Ursache dieses Dilemmas bestand, wie weiter oben schon gezeigt wurde, darin, daß das Preissystem nicht die Kosten zum Ausdruck brachte. Wollte man die administrativen Volumenskennziffern durch Effektivitätskennziffern ersetzen und diese aufgrund nur bedingter ex ante – Möglichkeiten im gesteuerten Gewinn zur Geltung bringen, dann war das Preissystem sehr überholungsbedürftig.

Folgende gesellschaftlich-ökonomischen Überlegungen sollen demnach in der Preisgestaltung berücksichtigt werden

- im Preis soll die zur Herstellung des Produkts „gesellschaftlich notwendige" Arbeit zum Ausdruck kommen („Meßfunktion")
- der Preis soll als Instrument der planmäßigen Verteilung dienen („Verteilungsfunktion", proportionale Entwicklung)
- der Preis soll stimulierende Funktionen übernehmen („Stimulierungsfunktion").

Die Frage der Preisbildung gewinnt einen zentralen Stellenwert sowohl was die zu schaffenden wirtschaftlichen Strukturen, die Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen, die Lenkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, den Ausgleich zwischen den Klassen und Schichten, als auch die Strukturierung der Bedürfnisse als Bedarf im Sinne der zahlkräftigen Nachfrage etc. angelangt.

Da in dem Aufsatz „Die Anwendung der Arbeitswerttheorie und die Planung der Preise in der DDR" ausführlich auf die Art der Gestaltung des Preissystems als Hebel zur Lenkung der einzelbetrieblichen Interessen hin auf die gesamtgesellschaftlichen zentral festgesetzten eingegangen wird, brauche ich hier keine Darstellung der Maßnahmen vorzunehmen. Es soll hier nur kurz angedeutet werden, was weiter unten bei der Frage, wieso es Ende 1970 zu verstärkten Zentralisierungsmaßnahmen kam, noch eingehender behandelt wird, daß dieses Preissystem nicht funktionierte. Es intendierte technischen Fortschritt und Preissenkungen, konnte jedoch Preissteigerungen und nicht gewollte Gewinne nicht verhindern. In der bürgerlichen Literatur wird dafür die Tatsache verantwortlich gemacht, daß die Preise keine Knappheitspreise waren, daß sie also nicht idealtypischen Marktmechanismen nachgebildet waren.

g) Die Rolle der Außenwirtschaft

Die Außenwirtschaft spielte bis 1967 kaum eine Rolle im ökonomischen System, sie blieb von den Reformen ausgespart. Mit der Anordnung über die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses [76]) wurde auch die Außenwirtschaft, der Export in

---

76) Vgl. Fn 53, desweiteren die Grundsatzregelung ... (Fn 58 a), S. 446-448. Weiterhin das Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970. GBl. der DDR, I, 1967, und die Anordnung über die Ausarbeitung der Planangebote zum Perspektivplan 1971-1975 (erste Phase) vom 16. Oktober 1968, GBl. der DDR, III, 1968, S. 59

die neuen Maßnahmen einbeozgen. Der Begriff ‚einheitlich' besagt, daß nicht nur der Binnen-, sondern auch der Außenhandel bei der Feststellung des Betriebsergebnisses mitberechnet wurde. Die Betriebe sollten mit dem Ergebnis ihrer Arbeit auf den Weltmärkten [77]) – dem kapitalistischen und dem sozialistischen – unmittelbar konfrontiert werden, womit eine Leistungssteigerung initiiert werden sollte.

Nun hatte ja das staatliche Außenhandelsmonopol wohl wie wenige andere administrativen Maßnahmen seinen Sinn. Es zählt ähnlich der Kontrolle über Investitionen, Preise, Löhne zu den unverzichtbaren Eckpfeilern einer Gesellschaft, die den Sozialismus aufbauen will und sich mit hochentwickelten kapitalistischen Staaten konfrontiert sieht. Der Sinn des Außenhandelsmonopols liegt darin – das zeigt sich auch in der Zollpolitik kapitalistischer Länder und dem Verhältnis der entwickelten zu den sog. Entwicklungsländern –, daß ein Land auf einer niedrigen Produktivitätsstufe von der Weltmarktkonkurrenz abgeschirmt wird. Der Tausch ist Tausch ungleicher Arbeitsquanten und damit generell gesehen benachteiligend, weil der Wert der Waren des weniger produktiven Landes über dem Wert derselben Waren auf dem Weltmarkt liegt. Und zwar liegen diese Waren deshalb über dem Wert derselben Waren auf dem Weltmarkt, weil aufgrund des Produktivitätsgefälles mehr Arbeitszeit in dasselbe Produkt eingegangen ist. Es tauscht damit ein Mehr an Arbeitszeit gegen ein Weniger, falls das weniger produktive Land nicht ein Außenhandelsmonopol oder zumindest strenge Regelungen kennt.

Damit soll keineswegs einem wirtschaftlichen Autarkiestreben gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt das Wort geredet werden. Andererseits muß aber der Außenhandel aus den soeben skizzierten Gründen einer starken Kontrolle unterliegen. Hinzu kommt, daß das Außenhandelsmonopol Planung unbeeinflußt von den Zwängen des Weltmarktes auf der Zirkulationsebene ermöglicht. Der Außenhandel muß primär darauf orientiert sein, Produkte, die aufgrund eines hohen Produktivitätsniveaus, eines vergleichsweise niedrigen Arbeitsaufwandes unter dem Weltmarktpreis liegen, auf eben diesem Weltmarkt abzusetzen [78]), um so von der internationalen Arbeitsteilung zu profitieren.

Bedingt durch die Abhängigkeit von der UdSSR kommt als weiterer relativierender Aspekt für die RGW-Länder hinzu, daß sie eventuell bestimmte Interessen im Austausch mit kapitalistischen Staaten besser realisieren können als auf dem sozialistischen Weltmarkt, zumindest aber impliziert bereits die Möglichkeit, nicht einseitig abhängig zu sein, eine geringere Gefahr solcher Abhängigkeit. Es gibt folglich durchaus Gründe,z.B. der Mangel an Devisen, die die prinzipielleren Aussagen relativieren können.

Wie sahen nun die Bestimmungen der Anordnung aus, durch die die Ergebnisse der Betriebe mit dem Weltmarkt konfrontiert werden sollten? Die Anordnung galt primär für bestimmte Bereiche (wie z.B. für den Maschinenbau bzw. die Elektrotechnik und Elektronik) und sie galt desweiteren für bestimmte Betriebe (wie z.B. für die Filmfabrik Wolfen). Für diese Bereiche kann weitgehend festgestellt werden, daß ihre Arbeitsproduktivität kapitalistischen Bestreben vergleichbar ist, so daß für die Erlangung notwendiger Devisen zumindest nicht mit gesamtwirtschaftlichen Einbußen an Akkumulationsmitteln gezahlt werden muß, womit der Unterschied in der Arbeitsproduktivität zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern durch die eigene Außenhandelspolitik perpetuiert würde.

77) entfällt
78) Vgl. auch Bettelheim, Theorie ... (Fn 3), S. 216

Der globalen Richtigkeit dieser Aussage widersprechen allerdings bestimmte Formulierungen. So heißt es in der bedeutenden „Grundsatzregelung" [79]) für die weitere Gestaltung des ÖSS, daß die exportrentablen Betriebe planmäßig am Exportgewinn zu beteiligen sind, wie umgekehrt die exportunrentablen und dennoch exportierenden planmäßig am Exportverlust. VEB, die Erzeugnisse mit niedriger Rentabilität exportieren, sollen dannach keine Exportstützungen bekommen. (Es ist wohl das mindeste, daß gesamtwirtschaftliche Verlusten nicht noch planmäßig subventioniert werden.) Ähnlich heißt es im Gesetz über den Perspektivplan [80]), daß selbst verschuldete Verluste auf dem Export selbst zu tragen sind, wie auch die Gewinne das finanzielle Ergebnis verbessern. Wenn es selbst verschuldete Verluste gibt, gibt es auch von vornherein geplante Verluste [81]). Daß dem so ist, geht auch aus der Definition des einheitlichen Betriebsergebnisses hervor, das sich zusammensetzt aus abgesetzter Warenproduktion und sonstigem Umsatz, Exportergebnis und Erlös von Exportstimulierungsmitteln (z.B. Exportstützungen) [82]).

Die Anordnung galt auch für die nach Branchen spezifizierten Außenhandelsbetriebe (AHB); es fragt sich, ob dann nicht dasselbe Problem wie bei den Banken auftaucht, daß sie nämlich einesteils Kontrollorgan sein sollen und andererseits Organ mit wirtschaftlicher Rechnungsführung, somit auch orientiert am Gewinn sind, was die Kontrollwilligkeit u.U. beeinträchtigt. Sie erhalten für ihre Tätigkeit eine Handelsspanne, aus der neben den entstehenden Kosten auch ein Gewinn als Prozentsatz auf den Exporterlös berechnet und vom Minister für Außenwirtschaft für die AHB je nach Exportrentabilität festgelegt wird, so daß die AHB vornehmlich auf exportrentable Betriebe orientiert sein sollen.

An diesen Bestimmungen kann – ohne die Notwendigkeit und auch Berechtigung des Austausches mit dem kapitalistischen Weltmarkt prinzipiell zu bezweifeln – einiges nicht befriedigen. Der Sinn der Bestimmungen, welche die Betriebe mit dem berühmten Weltniveau unmittelbar konfrontieren, besteht darin, in den Betrieben den technischen Fortschritt zu initiieren. Dies müßte auch auf andere, weniger kostspielige Weise als der gesamtwirtschaftlichen Subventionierung gesamtwirtschaftlicher Verluste und dazu noch auf dem kapitalistischen Weltmarkt möglich sein. Weiterhin ist nicht einsichtig, daß bei der vorhandenen Arbeitsteilung, bei der nur partiell eigenständigen Leistung der Betriebe, einzelne Betriebe in den Genuß von Exportgewinnen geraten, mit denen ja wiederum das Prämiensystem verflochten ist, zumal solche Betriebe z. T. mit gesamtwirtschaftlichen Mitteln besonders gefördert werden, z.B. solche in strukturbestimmenden Bereichen. Die Vorteile einer besonderen Förderung, die sie von vornherein genießen, potenzieren sich infolgedessen. Man sieht, wie fragwürdig bei der gegebenen volkswirtschaftlichen Verflechtung und der Vergesellschaftung das Leistungsprinzip ist. Desweiteren brachte die Verbindung von einzelwirtschaftlicher Möglichkeit der Investitionspolitik und dem Interesse der AHB an Exporten, da diese ihre eigenen Gewinne bestimmten, zusätzliche Schwierigkeiten mit sich, die Zentralisierungsmaßnahmen im Gefolge hatten.

79) Vgl. Grundsatzregelung ... (Fn 58 a), S. 448
80) Vgl. Perspektivplan ... (Fn 76)
81) Vgl. einheitliches Betriebsergebnis ... (Fn 53), § 9
82) a.a.O., §§ 4-9

3. Ergebnisse, Mängel und Bewertung des neuen „Wirtschaftsmechanismus"

Nach den Ergebnissen, Erfolgen und Mängeln der umrissenen Maßnahmen kann heute insofern gefragt werden, als die Maßnahmen, die zum größeren Teil eine Bewährungsprobe von ca. 3 Jahren hatten, im Herbst 1970 [83]) in der vorhandenen Form in Frage gestellt und z.T. revidiert wurden, ohne daß man jedoch alle Neuerungen aufhob oder gar zum Planungssystem vor 1963 zurückkehrte. Diese Entscheidung wurde weitgehend überraschend in einer Situation getroffen, in der noch stärkere Dezentralisierungsmaßnahmen für den Perspektivplan 1971-1975 diskutiert worden waren [84]).

Fragt man danach, was mit dem neuen Wirtschaftsmechanismus bis 1970 erreicht wurde, so ist dieser Frage, wie gleich noch zu zeigen sein wird, von bürgerlicher Seite aus, ex negativo einfach und schnell zu beantworten, was damit zusammenhängt, daß hier ökonomische Fragen scheinbar unter Auslassung des gesellschaftlichen Gehalts betrachtet werden, zumindest dann, wenn diese Maßnahmen dezentraler Natur sind und sich als ökonomische Sachzwänge darstellen lassen. Dieser gesellschaftspolitische Aspekt in Form der dementsprechenden Bewertung der Rolle der Partei kommt erst wieder hinein, wenn von dieser Position aus darüber reflektiert wird, warum die Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg hatten. Und sie hatten demnach nicht den erwarteten Erfolg, weil sie noch nicht dezentral genug waren; wobei zu fragen ist, ob die Vorstellungen der Kritiker sich noch mit der Kategorie dezentral decken, oder ob ihre Kategorie nicht einfach nichtgeplant lauten müßte. Eine ausschließlich über den Markt laufende Bestimmung der Preise ist keine dezentrale, sondern eine naturwüchsige.

Die Mängel liegen dann in einer nach wie vor unzulänglichen „Dezentralisierung", im Bilanzsystem [85]); im Informationssystem, wobei hier am stärksten die generelle Schwierigkeit der Problematik zugestanden wird; im Planungssystem, insofern die Strukturpolitik zum einen zu einer Vernachlässigung anderer Bereiche (z. B. der sog. Zulieferindustrie) führen müsse und zum andern sich nicht mit einer weitgehenden Eigenverantwortung der Betriebe verbinden ließe; in der Preispolitik,

83) Am Anfang steht der Ministerratsbeschluß zur Überprüfung des gesamten Systems der Planung, Bilanzierung, Leitung und Strukturpolitik vom 23.9.1970. Neues Deutschland vom 24.9.1970.

84) Wie weitgehend diese Dezentralisierung offiziell gedacht war, zeigen z.B. die Anordnung über die Ausarbeitung der Planangebote zum Perspektivplan 1971-1975 (erste Phase) vom 16. Oktober 1968. GBl. der DDR, III, S. 53 und die Anordnung Nr. Pr. 13 über die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreissenkung im Perspektivplanzeitraum 1971-1975 vom 30. September 1968, Gbl. der DDR, III, 1968, S. 29

85) siehe weiter unten S. 52

die keine Knappheitspreise (Angebot/Nachfrage) kenne [86]); in der Investitionsmittelpolitik, insofern die Zinssätze [87]) nichts über die Knappheit der Investitionsmittel aussagten.

Von marxistischer Seite aus ist eine gerechte Bewertung, d.h. eine die historische Situation umfassende und nicht allein aufgrund bereits vorher gewonnener Maßstäbe, die dann nur noch an die verschiedensten Gebilde in verschiedenen Situationen angelegt werden, viel schwieriger. Die Notwendigkeit von Dezentralisierungsmaßnahmen schon vor 1963 ist in Anbetracht der negativen Auswirkungen des sog. Planungssystems vor 1963 offenkundig. Andererseits können Dezentralisierungsmaßnahmen auch nicht von vornherein nur positiv betrachtet werden, wenn man sich darüber im klaren ist, daß das Planungssystem vor 1963 eben auch deshalb nicht funktionierte, weil man auf der betrieblichen Ebene die Bestimmungen, sie scheinbar erfüllend, zwecks möglichst geringem Aufwand bei möglichst hohen Prämien in Wirklichkeit umging. Mag beispielsweise die direkte Steuerung mittels Volumenskennziffern ab einem bestimmten Stand des Entwicklungsniveaus problematisch sein und mit Planwirtschaft wenig gemein haben, so besteht doch noch ein Unterschied zwischen den Volumenskennziffern und dem, was daraus gemacht wurde und was mit Tonnenideologie bezeichnet wird. Beispielsweise ist die Problematik einer Bestimmung, die die Verarbeitung einer bestimmten Anzahl Tonnen Stahl vorsieht, offenkundig; das Problem dahingehend zu lösen, daß man unnötig schwere Maschinen baut, ist jedoch noch eine andere Sache.

Dagen läßt sich immer noch einwenden, daß solches Verhalten von Betrieben entsteht, wenn die zentralen Bestimmungen wirtschaftlich unsinnig sind. Das mag

86) Ähnlich wie in bezug auf die Zinspolitik wird auch in bezug auf die Preispolitik von bürgerlicher Seite aus nach den Zentralisierungsmaßnahmen vom Herbst 1970 ungenügende Dezentralisierung für das „Scheitern" des NOS/OSS verantwortlich gemacht. Allerdings hat diese Frage m.E. wenig mehr mit der Frage von Zentralisierung und Dezentralisierung als vielmehr mit der Einführung des Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage zu tun. Ein solcher „Regelungsmechanismus" ist nämlich keineswegs gleichzusetzen mit einer nach ökonomischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten rationalen Aufteilung von Entscheidungskompetenzen, vielmehr sind die Betriebe dann lediglich anderen – und zwar naturwüchsigen – Mechanismen unterworfen. Zum andern ist der Verweis, daß die Preise nicht den Regeln von Angebot/Nachfrage entsprachen, keine Knappheitspreise z.B. darstellten, auch nur an dem „Ideal" eines kapitalistischen Gleichgewichtssystem orientiert. In Wirklichkeit gäbe es keine Stagflation, wäre dieser Mechanismus im Kapitalismus noch so vorhanden, wie ihn bürgerliche Kritiker sozialistischen Staaten anpreisen wollen.

87) Für H. Buck z. B. ist die Zinspolitik eine der beiden Hauptursachen, weshalb die dezentralen Maßnahmen Ende 1970 zur Instabilität führten. Die dezentralen Investitionsaktivitäten orientieren sich einmal an den Gewinninteressen, zum andern an den finanzwirtschaftlich vorgegebenen Kriterien. Optimal sollen sie sich natürlich nicht zum einen und zum andern orientieren, wobei u.U. die Orientierung an den finanzwirtschaftlichen Kriterien wie Rentabilität etc. hinter die Gewinninteressen gestellt wird. Optimal sollen die Betriebe im Rahmen der finanzwirtschaftlichen Kriterien, an diesen vornehmlich orientiert, ihre betriebliche Gewinnmaximierung anstreben. Wenn nach diesen Kriterien – so Buck – Investitionsentscheidungen getroffen werden, müssen die Preise, die ja die Investitionsberechnungen stark beeinflussen, ökonomisch relevant sein, wie auch das „Nutzeffektkriterium der ‚Rückflußdauer des Kapitals' und der ‚Produktionsfondsabgabe' (Kapitalzinssorrogat)" einen richtigen „Auslese- und Stimulationseffekt" haben muß. Beides ist jedoch Buck zufolge nicht gegeben, weder handelt es sich bis 1970 um Knappheitspreise noch um ein Investitionskriterium, das dem Verhältnis von „Kapitalangebot" und „Kapitalnachfrage" entspricht. Konsequenz: Kapitalfehlleitungen, Übernachfrage nach Investitionsmitteln, Konkurrenz zwischen zentralen und dezentralen Investitionsträgern, Verteuerung im Investitionswesen.

auch der Fall sein, jedoch läßt sich die Problematik nicht nur auf die ökonomisch falschen zentralen Entscheidungen, denen dann irrationales Verhalten der unteren Ebenen korrespondiert, reduzieren. Dezentralisierungsmaßnahmen in Form von ökonomischen Hebeln, Parametern, Effektivitätskennziffern und monetären Normativen können selbst dann nur bedingt den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn das System der indirekten Steuerung die mittlere Entscheidungsebene auf die zentral festgelegten und vorgegebenen Präferenzen hin orientiert. Wie bedingt, hängt davon ab, inwieweit die zentral festgelegten „gesamtgesellschaftlichen Interessen" mit den betrieblichen und individuellen umfassend verbunden sind bzw. sich verbinden lassen. Völlig harmonisch, d.h. optimal kann – abgesehen von der Frage, inwieweit gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsrechnung heute dazu überhaupt technisch-ökonomisch gesehen in der Lage ist – eine solche Verbindung schwerlich sein, weil nicht alle zentralen Entscheidungen in ihren Einzelheiten im Interesse aller Betriebe und Individuen sein können.

Umso gravierender wird die Frage, ob die Art des Anschlusses an die – überkommen gesellschaftlich bestimmten – Privat- bzw. Einzelinteressen diese tendenziell aufbricht oder aber verlängert. Die Antwort hierauf ist, soweit sie aus der hier untersuchten Thematik gegeben werden kann, weitgehend negativ. Wurden im Planungssystem vor 1963 diese Privatinteressen negiert, indem man ihnen keinen offiziellen Spielraum für Entscheidungen beließ, so wurde nach 1963 mit der Privatheit gerechnet, indem man siemediasiertund damit aber auch verlängert. Dieses Anschlusses bedarf es umso mehr, je weniger die Planungs- und Leitungsprozesse vergesellschaftet werden.

Durch die Entscheidungen auf zentraler Ebene und die spezifische Gestaltung der Mittel soll allerdings erreicht werden, daß in Verfolg privater Interessen die gesamtgesellschaftlichen eingelöst werden; insofern werden die Privatinteressen nicht ungebrochen verlängert, da sie sich nicht naturwüchsig entwickeln und die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse nur bedingt prägen können. Durch den Anschluß an die privaten Interessen, der instrumental zur bewußten Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Strukturen dienen soll, müssen Konflikte zwischen oberer und mittlerer Entscheidungsebene auftreten, die in der Regel als ökonomische Mängel sich bemerkbar machen und in der Regel auch nur als solche behandelt werden. Wenn die Mittel des Anschlusses an die Privatheit der Interessen Strukturen reproduzieren, die die Individuen weitgehend in ihrer Privatheit belassen – was doch bedeutet, daß sie nur per Zwang die gesellschaftlichen Interessen im privaten Streben mitberücksichtigen, so privates Streben und gesellschaftliche Interessen nicht zufällig zusammenfallen – , kann auch nicht annäherungsweise optimale gesamtwirtschaftliche Effizienz das Ergebnis sein. Insofern bedingen sich Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse und gesamtwirtschaftliche Effizienz.

Im Kapitalismus fallen diese Interessen durchaus zusammen, insofern hier die dominierenden privaten Interessen die sich artikulierenden gesellschaftlichen Interessen sind. Gerade die ökonomischen Schwierigkeiten in der DDR sind auch ein Beweis dafür, daß die Zentrale sich noch nicht aus ihrem Legitimationszusammenhang gegeben hat, indem sie im enger ökonomischen und sozialen Sinne durchaus versucht, nicht naturwüchsigem Streben nachzugeben. Nichtsdestotrotz muß festgestellt werden, daß Herrschaft erneut weitgehend zu einer besonderen Funktion mit durchaus anderem Inhalt wurde, der Vergesellschaftungsprozeß der Planung und Leitung nur unzulänglich eingeleitet ist, womit die Privatheit der Interessen erhalten wird, weshalb sie mit irgendwelchen Mitteln überspielt werden müssen. Von hierher läßt sich der für eine konkrete Kritik entscheidende Nachweis begründen, daß ein Mehr an

gesamtwirtschaftlicher Effizienz und verstärkte Vergesellschaftung der Planung und Leitung langfristig zusammenfallen. Die ökonomische Organisation der DDR kann infolgedessen nicht (verkürzt ökonomisch betrachtet, so wichtig die Frage im entsprechenden Gesamtkontext ist) daran gemessen werden, ob es gelingt, widerspruchsfreie Maßnahmen zu finden und durchzuführen. Das Problem kann nicht auf die ökonomisch-technische Ebene abgeschoben werden, wenn man sieht wie die Betriebe die Lücken im System dieser Hebel als Mittel indirekter Zentralisierung (was keineswegs unbedingt identisch ist mit Widersprüchen) sich zu nutze machten, um betriebliche Gewinne ohne dementsprechende betriebliche Leistung zu erzielen[89]). Hiermit wird klar, daß die Problematik langfristig auch dadurch nicht abgebaut werden kann, daß man auf Mechanismen zurückgreift, die am einzelwirtschaftlichen Gewinnstreben orientiert sind und dabei zugleich gesamtwirtschaftliche Vorteile sichern sollen. Vielmehr wird das angeschnittene gesellschaftliche Problem dadurch auch perpetuiert.

So scheinen solche Dezentralisierungsmaßnahmen, die die gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen zwischen mittlerer und zentraler Ebene wie gerade auch innerhalb des Betriebes nicht tangieren, demzufolge nichts mit Demokratisierung, mit Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungssysteme zu tun haben, auch ökonomisch nur bedingt wirksam sein zu können. Zu erwarten, die Betriebe würden unter diesen Bedingungen – selbst wenn sie objektiv gesehen dazu in der Lage sein sollten – ihre Gewinninteressen optimal auf betriebliche Rentabilität oder gar gesamtwirtschaftliche Effizienz hinorientieren, ist vermessen. Das Zurückgreifen auf Mechanismen, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt haben, ist vielmehr langfristig zumindest dann gefährlich, wenn nicht gleichzeitig der Versuch unternommen wird, herkömmliche bürgerliche Formen der Arbeitsteilung, die Trennung zwischen führender und ausführender Tätigkeit, aufzuheben, soweit der Stand der Produktivkräfte dies zuläßt. Ansonsten verlängern sie den ohnehin aufgrund bestimmter historischer Bedingungen der Veränderung hinterherhinkenden Bewußtseinsstand, der so kaum mehr die Bedeutung der Veränderungen begreift, weil sie überlagert werden von stark hierarchischen Entscheidungsstrukturen weitgehend herkömmlicher Arbeitsteilung und Mitteln bzw. ökonomischen Hebeln, die überkommene menschliche Beziehungen und damit die Privatheit der Interessen dann partiell verfestigen. Solange zumindest nicht die Entscheidungsstrukturen und damit verbunden auf unterer Ebene die herkömmliche Form der Arbeitsteilung offiziell in Frage gestellt und – soweit möglich – vergesellschaftet werden, Herrschaft nicht als besondere und damit zu negierende Funktion kenntlich gemacht, womit ökonomische Hebel als vielleicht unumgängliche, aber eben doch widersprüchliche Mittel von vornherein deutlich würden; solange also Widersprüche unreflektiert erfahren, aber nicht bekannt und diskutiert werden können, solange wird wohl immer wieder einer Phase der notwendigen Dezentralisierung ein gewisses Maß an Konsolidierung durch stärker zentrale Methoden und umgekehrt folgen müssen.

Auf abstrahierter ökonomischer Ebene wäre von der hier skizzierten Position aus ebenfalls als ein besonders wichtiges Problem die Schaffung eines Informationssystems zu nennen. Einesteils handelt es sich dabei um ein technisches Problem, wenn man die Informationsmenge bedenkt, die hier bewältigt werden soll, die so groß bzw. so klein gehalten werden muß, wie nötig, die nicht in bürokratischen Aufwand umschlagen darf, die schnell und flexibel umgesetzt werden muß,

89) Vgl. Heft 5/1972 der Zeitschrift Wirtschaftswissenschaft

wobei der Zeitfaktor bzw. die Anpassungsfähigkeit sich als ein besonderes Problem erweist. Neben diesen schwierigen, mit den heutigen Mitteln kaum zu lösenden, aber für ein gut funktionierendes gesamtgesellschaftliches Planungssystem zentraler oder dezentraler Natur unabdingbaren technischen Fragen ist natürlich, wie soeben angesprochen, gerade das Problem richtiger, notwendiger, objektiver, möglichst eingehender Informationen nicht nur ein technisches, sondern zentral ein gesellschaftliches Problem.

Desweiteren brachte die strukturpolitische Konzeption Schwierigkeiten mit sich. Umfassend gesehen scheint es sinnvoll, die wichtigsten langfristig die gesamte Entwicklung bestimmenden Aufgaben zentral auch gebrauchswertmäßig zu planen, also nicht nur mittels der Kategorien wirtschaftlicher Rechnungsführung, um so ein den dezentralen Maßnahmen als Gegengewicht korrespondierendes Mittel zu haben. Enger ökonomisch gesehen, scheint ebenfalls einiges für eine solche Lösung zu sprechen, insofern man sich leistungsfördernde Auswirkungen auf die übrigen Branchen, Aufgaben, technologische Entwicklungen etc. verspricht. Diese Konstruktion impliziert jedoch die Gefahr, daß isoliert betrachtet weniger wichtige Bereiche vernachlässigt werden, deren Vernachlässigung jedoch aufgrund der totalen Verflochtenheit auf all die anderen Bereiche negativ zurückschlägt (Vernachlässigung der sog. Zulieferindustrie.) Jedoch scheint das weniger ein prinzipielles Problem zu sein, als vielmehr der spezifischen Lösungsform anzulasten.

Ein weiteres Problem verbindet sich mit der strukturpolitischen Konzeption, insofern als die Betriebe, die nicht aufgrund dieser Konzeption der zentralen Leitung unmittelbar unterstanden, frei waren in der Verwendung der eigenerwirtschafteten Mittel und, bis zu einem gewissen Grad, auch in der Programmgestaltung und Produktionsverlagerung. So stand neben einem gebrauchswertmäßig geplanten und damit festgelegten Bereich ein indirekt mittels Wertkategorien gelenkter. Die spezifische Gestaltung dieses Verhältnisses führte immer wieder zu Störungen. Diese Situation wurde dadurch begünstigt, daß den Banken eine Doppelfunktion zugedacht war. Einesteils sollten sie mittels Nutzeffektivitätskriterien die Betriebe kontrollieren, somit gesellschaftliches Bewußtsein repräsentieren und wecken, andererseits war ihr Gewinn und damit die Prämie bestimmt durch die Kredite und Zinsen, die sie gaben bzw. einnahmen, somit völlig auf die Privatheit der Interessen abgestellt. Daß dieser nichtangesprochene Widerspruch in tradierter Weise „gelöst" wird und die Kreditvergabe nicht die Kontrollfunktion hatte, die ihr zugedacht war, ist einsichtig. Weiterhin wird es verständlich, daß die Frage der Höhe des Zinssatzes, die ebenfalls unter stärker gesamtwirtschaftlichem Aspekt bestimmt werden sollte, vom einzelwirtschaftlichen Gewinninteresse abhing. Gesamtgesellschaftliche Forderungen und Aspekte gerinnen unter solchen Bedingungen zu moralischen Appellen.

Dies alles verbunden mit der Tatsache, daß die Außenhandelsbetriebe ebenfalls einerseits die Betriebe kontrollieren sollten, andererseits aber ihr Gewinn und damit die Prämien von der Höhe des Exports abhängig waren, führte zum einen zu einem übersteigerten Investitionsmittelbedarf und zum anderen zu verstärkten Importen, womit letztlich auch die Strukturpolitik in Frage gestellt wurde.

Trotz dieser schwerwiegenden Einwände darf damit nicht die Tatsache übersehen werden, daß der Perpetuierung der Privatinteressen der Versuch, diese mit technischen Mitteln zu überspielen, korrespondiert, was in der Handhabung sämtlicher Wertkategorien aufgezeigt werden kann, in besonderem Maße jedoch am Zins- und Preissystem. Die Tatsache, daß das Festhalten am Planungsprinzip gerade am Preis- und Zinssystem aufgezeigt werden kann, ist nicht zufälliger oder willkürlicher Natur. Damit sind vielmehr zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses angesprochen. Mittels der Zinspolitik wird neben der Strukturpolitik die Art der Investitionen, die langfristig über die gesamtgesellschaftliche Struktur entscheiden, bestimmt. Mittels des Preissystems werden die wirtschaftlichen Strukturen, die Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen, die Lenkungen der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, der Ausgleich zwischen den Klassen und Schichten, die Strukturierung der Bedürfnisse als Bedarf im Sinne der zahlkräftigen Nachfrage bestimmt. Die Gestaltung der Hebel Zins und Preis trägt somit entscheidend zur Gestaltung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen bei.

Daher kann man sich trotz des Nichtfunktionierens des Zinssystems nicht auf die Implikationen der Kritik von H. Buck einlassen, da sie zur Folge hätten, daß man auf bewußt gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Planung verzichtet, die langfristigen Entscheidungen über die gesellschaftliche Entwicklung Marktmechanismen überläßt. Die Naivität der bürgerlichen Kritiker und ihrer Empfehlungen überrascht, da ja nicht – in Anbetracht von Währungskrisen, Inflation, dem Verhältnis von privatem Reichtum und öffentlicher Armut etc. – behauptet werden kann, daß die Mechanismen, die sie empfehlen, in der kapitalistischen Wirtschaft funktionierten, ganz zu schweigen von den gesellschaftlichen Implikationen.

Demgegenüber ist die Konzeption von Bettelheim, wie sich das aus der eingangs erfolgten Darlegung versteht, ganz anders gelagert. Er skizziert zuerst einmal die Aufgaben, die die Zinsgebung im von ihm abgelehnten dezentralen Modell hat. Zentral wird demnach – entsprechend einer der beiden Hauptaufgaben von Planung, nämlich Schaffung eines Gleichgewichts – das Investitionsvolumen so festgelegt, daß es Vollbeschäftigung garantiert. Die Höhe des Zinssatzes wäre infolgedessen vom Zentralbüro so festzulegen, daß die Unternehmen auch tatsächlich diese Summe für Investitionszwecke leihen. Liegt das Investitionsvolumen unter dem vorhergesehenen, womit sich Unterbeschäftigung (!) verbindet, muß der Zinssatz gesenkt werden, liegt er über ihm, womit sich inflationäre Tendenzen (!) verbinden, muß er angehoben werden. Damit wird das zentrale Planungsbüro in dieser Hinsicht auf ein reines ex post Verhalten reduziert, das Preise und Zinsen im nachhinein so gestalten soll, daß Gleichgewichtsbedingungen eintreten. Was im Bettelheimschen Modell fehlt, weshalb dies eine Vorstellung eines dezentralen Modells ist, die so nicht mehr akzeptierbar ist, ist eine Mischung von ex ante und ex post Maßnahmen. Seine Konstruktion hingegen ist in idealtypischer Form von idealtypischen kapitalistischen Vorstellungen übernommen.

Mit der Bettelheimschen Konstruktion dürfte H. Buck, was seine Forderungen an den Preis des „Kapitals" anbelangt (Zins), zufrieden sein. Der Unterschied liegt weitgehend nur noch darin, daß Bettelheim das Verhältnis von Investition und Vollbeschäftigung betont, während Buck das von Investition und Wachstum, denn die Frage der Vollbeschäftigung ist in der kapitalistischen Gesellschaft zuerst einmal eine Frage der Definition, nämlich wieviel Prozent Arbeitslosigkeit man akzeptiert bzw. sogar für notwendig erachtet, um dennoch von Vollbeschäftigung sprechen zu können.

Bettelheim ist somit nur zu reinen Lösungen in der Lage, entweder eine reine Lösung mittels Wirtschaftsrechnung ex ante oder eine solche mittels Wirtschaftsrechnung ex post plus Globalsteuerung. Dies kommt insbesondere dann zum Ausdruck, wenn er einseitig problematisiert, daß eine Mindestrentabilitätsnorm als „fiktiver Zinssatz", eine Mindestrentabilitätsnorm bzw. „Wiedererlangungszeit"

bzw. „Rücklfußdauer der Investitionsmittel“ zwecks Eliminierung eines Investitionsbooms nur willkürlich festgesetzt werden kann, so man nicht wie in der kapitalistischen Gesellschaft einen Kapitalmarkt mit automatischer Bildung von Profitrate und Zinssatz kennt[90]). Die Gewinnung einer objektiven Mindestrentabilitätsnorm scheitert für Bettelheim vornehmlich daran, daß eine Beziehung zwischen der Rentabilität der jeweils einzelnen Investition und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz nicht gegeben ist.

Dies ist insofern eine einseitige Problematisierung, als Bettelheim umgekehrt seinen eigenen Lösungsvorschlag kaum problematisiert. Da Bettelheim nämlich um die Gewichtigkeit der Argumentation von bürgerlicher Seite aus weiß, die gerade an diesem Punkt aufzeigen will und immer wieder aufzuzeigen versucht, daß eine rationelle Planung deshalb nicht möglich ist, weil sie über keinen „Kapitalmarkt“, keinen „Zinssatz“ und damit auch über kein „rationelles“ Kriterium der Einschränkung des Bedarfs an Produktionsmitteln, keine Nutzeffektivitätskriterien gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftsrechnung verfügt[91]), versucht er, die Effizienz der Investitionen auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffes zu berechnen [92]). Er weicht somit modellplatonisch für – die Realität nicht brauchbar – auf eine reine Wirtschaftsrechnung ex ante aus.

Die Schwierigkeit für sozialistische Staaten wie die DDR besteht aber gerade darin, daß sie nicht zu einer ausschließlichen Wirtschaftsrechnung ex ante in der Lage sind, Nutzeffektivitätskriterien für den gesamten Reproduktionszyklus nicht im voraus bestimmen können, andererseits ihn aber auch nicht von Marktschwankungen abhängig machen können – der Plan würde ansonsten weitgehend funktionslos. „Angebot“ und „Nachfrage“ müssen infolgedessen ex ante und ex post zugleich bestimmt werden. Bettelheim ist demzufolge zuzustimmen, daß die Gewinnung einer objektiven Mindestrentabilitätsnorm, somit eines fiktiven Zinssatzes scheitert, da eine Beziehung zwischen der Rentabilität der jeweiligen Investitionen und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz nicht gegeben ist.

Da diese Beziehung insbesondere ab einer bestimmten Phase auch im zentralen Planungssystem vor 1963 nicht gegeben war, wurde im ÖSS das Problem nicht mittels eines fiktiven Zinssatzes, der immer noch an die Berechnung auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffes erinnert, zu lösen versucht, sondern mit der Strukturpolitik und mit den Banken als Organe doppelter Wirtschaftsrechnung. Warum diese Politik nicht zum Erfolg führte, wurde bereits formuliert. Abgesehen jedoch von der Problematik des spezifischen Anschlusses an private Interessen und dem korrespondierenden Versuch ihrer technischen Überspielung – einerseits werden private Interessen perpetuiert und andererseits läßt man ihre naturwüchsige Entfaltung nicht zu – weshalb von einer ungebrochenen Perpetuierung nicht gesprochen werden kann, – ist hier die Frage nach der inneren Funktionslogik von Maßnahmen zu stellen, wie Brus das nennt. Diese innere Funktionslogik muß auch dann bezweifelt werden, wenn man einen anderen Bewußtseinsstand voraussetzen könnte. Die Koppelung des Gewinns der Banken an die Einnahmen (beruhend auf der Vergabe von Krediten und damit verbundener Zinsen) steht in jedem Falle ihrer Funktion als Organe der Wirtschaftsrechnung ex ante entgegen. Hier wird ein Interessenkonflikt mittels eines ökonomischen Hebels nicht nur perpetuiert, sondern installiert. Der Gewinn bzw. die Prämien müßten anders gekoppelt werden können.

Die Problematik der Funktionslogik stellte sich auch in anderen Bereichen und wird sich auch in Zukunft stellen, da die reinen Modelle nicht zu verwirklichen sind – entweder sind sie es aufgrund mangelnder Vergesellschaftung und/oder mangelnder technisch-ökonomischer Mittel nicht oder die Verwirklichung führte zur kapitalistischen Restauration mit anders gearteten wirtschaftlichen Problemen. Insofern stellt sich die Frage, ob Maßnahmen direkter und indirekter Zentralisierung besser zu einem System zusammengeschlossen werden können als es in der DDR geschah, oder ob sich hier gegenseitig ausschließende Maßnahmen gegenübertreten, Widersprüche entstehen, die auch nicht zu einer widersprüchlichen Einheit verschmolzen werden können. Abgesehen von der Frage der Verbindung von Strukturpolitik einerseits und Eigenerwirtschaftung der Reproduktionsmittel andererseits und des Doppelcharakters der Banken haben auch, wie weiter oben ausgeführt, die AHB diesen Doppelcharakter von Organen, die sich zum einen an Gewinnkriterien ausrichten, wie die Produktionseinheiten, die sie kontrollieren sollen, und zum andern unmittelbar an den gesamtwirtschaftlichen Präferenzen bezogen auf einzelwirtschaftliche Entscheidungen. Bei den Betrieben hingegen wird nicht erwartet, daß sie sich bewußt an gesamtgesellschaftlichen Präferenzen orientieren, vielmehr wird davon ausgegangen, daß sie, indem sie sich auf die betriebliche Gewinnmaximierung orientieren, gesamtwirtschaftlich effizient handeln [93]). Da die hiermit unterstellte Interessenidentität durchgängig selbst nicht geglaubt wird, sollen die Banken die AHB und z.T. die VVB, obwohl sie alle Organe mit wirtschaftlicher Rechungsführung und damit verbundenem Gewinn sind, Kontrollfunktionen wahrnehmen, sie verkörpern die doppelte Wirtschaftsrechnung in sich selbst, damit aber auch deren Problematik. Wirtschaftsrechnung ex post soll durch sie – soweit möglich – zu Wirtschaftsrechnung ex ante werden.

Während sich bei den bisher aufgeführten Teilbereichen die Frage der Funktionslogik an dem Doppelcharakter der Maßnahmen entzündet, scheint mir die Preisproblematik z.T. anders gelagert zu sein. Bekanntermaßen konnte die Preisgestaltung, z.B. die Bestimmung über die Preisbildung für neu- und weiterentwickelte Erzeugnisse[94]), womit der technische Fortschritt stimuliert werden sollte, ungerechtfertigte Gewinne nicht verhindern. Derartige Gewinne waren insofern ungerechtfertigt, als z.B. nur eine scheinbare, zumindest für den Verbraucher nicht erforderliche Weiterentwicklung von Produkten ausschließlich zu dem Zweck unternommen wurde, um höhere Preise und damit höhere Gewinne ohne eigene sinnvolle Leistung erzielen zu können. Solche Probleme, wie überhaupt die aufgetauchte Problematik der Preissteigerungen sind zumindest teilweise auf Widersprüchlichkeiten bzw. auf Unstimmigkeiten innerhalb der ökonomischen Hebel zurückzuführen, wobei es fraglich ist, wieweit ein solchen System überhaupt in sich stimmig gestaltet werden kann, ohne daß damit der Legitimationszusammen-

---

90) Bettelheim war früher selbst davon ausgegangen, daß ein solches Verfahren der Berechnung der Rentabilität möglich sei, wenn man eine mittlere Gewinnrate berechnet, um dann die Investitionsvariante auszuwählen, die den niedrigsten „Produktionspreis“ erzielt, „wobei sich dieser Produktionspreis aus dem Herstellungspreis plus einem fiktiven Zinssatz errechnet, der sich aus der Anwendung der mittleren Profitrate ergibt“ (Fn 3, S. 115).

91) Vgl. Buck (Fn 43), Hensel, Mises, Raupach (Fn 2)

92) Zur Problematik einer „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ vgl. R. Damus: Die „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ und die Planung der Preise in der DDR, in diesem Heft; zum andern gehen in das Modell von Bettelheim viel zu wenige Faktoren ein, wie auch das Zeitproblem nicht genügend bedacht ist.

93) Vgl. das Zitat in vorliegendem Text hinsichtlich der Eigenerwirtschaftung (S. 28)

94) Anordnung über die Preisbildung für neu- und weiterentwickelte sowie veraltete Erzeugnisse der chemischen Industrie, vom 7. November 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 977

hang verlassen wird. Ansonsten hing das Problem der Preissteigerung sicherlich auch mit der Möglichkeit der Verfügung über Investitionen zusammen, der nicht einfach mit der weiteren Übernahmen von Wertkategorien (z.B. Zinspolitik) begegnet werden konnte.

Ein solcher Mechanismus wäre ein dem „Marktmechanismus" von Angebot und Nachfrage überlassener Zinssatz gewesen, der bei dem allgemeinen Investitionsbedürfnis der Betriebe sich erhöht hätte, womit umgekehrt das Bedürfnis reduziert würde. Diesen idealtypisch am kapitalistischen System gewonnenen und von bürgerlichen Kritikern empfohlenen Weg hat die DDR nicht beschritten, womit sie davon ausging, daß allein mit monetären Kategorien eine indirekte Zentralisierung hin auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen nicht erreicht werden kann. Denn dies würde nicht nur die Aufgabe der Wirtschaftsrechnung ex ante, sondern auch die Aufgabe der gelenkten Wirtschaftsrechnung ex post zugunsten naturwüchsiger Prozesse bedeuten. Naturwüchsige Prozesse sind es auch dann noch, wenn die Zinssätze von der Zentrale gehoben und gesenkt werden, da sie eindeutig nur im nachhinein reagiert. Naturwüchsigkeit hat jedoch nichts mit Dezentralisierung zu tun. Es ist ein Unterschied, ob Wertkategorien – wenn auch unzulänglich – gebraucht werden oder ob die Zentrale nur noch auf sie reagiert. Gebrauchte Wertkategorien sind eigentlich eine contradictio in adjecto. Dieser immanente Widerspruch muß jedoch ausgehalten werden, seine Setzung zeigt bereits eine andere Qualität der Wertkategorien an. Die andere Qualität besteht darin, daß diese Wertkategorien in ihrem Gebrauch zu Kategorien der Produktionssphäre werden sollen und auch werden, somit zu Kategorien der gesellschaftlichen Rechnungsführung – wenn auch in partiell verzerrter Form, da von einem unmittelbarem Charakter der gesellschaftlichen Arbeit nicht gesprochen werden kann.

Aus den hier skizzierten Maßnahmen und den dahinterstehenden Überlegungen wird m.E. deutlich, daß in der DDR auf oberster Ebene ein stärkeres Bewußtsein um die Problematik der Übernahme bestimmter Mechanismen als Mittel zur bewußten Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung vorhanden ist, als bei der geringen Neigung zur expliziten Problematisierung zum Ausdruck kommt. Die Maßnahmen nur daraus erklären zu wollen, daß die Partei ihren Machtanspruch [95])nicht in Frage gestellt wissen will, hieße entweder behaupten, daß Dezentralisierungsmaßnahmen unbedingt etwas mit Demokratisierungsmaßnahmen (=Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse) zu tun haben, während sie sich doch weitgehend auf die Anwendung von ökonomischen Hebels zwecks indirekter Zentralisierung beschränken. Oder aber man geht davon aus, daß die Restauration überkommener Verhältnisse zwischen den Individuen, indem man Mechanismen aus dem Kapitalismus als ökonomische Hebel übernimmt, somit die Tatsache der Verstaatlichung der Produktionsmittel ungenügend in eine Wirtschaftsrechnung ex ante umzusetzen versucht, ohne weiteres die Position der Partei in Frage stellt. Beides ist unrichtig.

III. Das ÖSS seit den Rezentralisierungsmaßnahmen vom Herbst 1970[96])

Auf zweierlei Weise konnte man den Mängeln begegnen, die sich mit der Strukturpolitik aufgrund der auf sie zurückschlagenden Vernachlässigung anderer Bereiche,

95) Vgl. Scherzinger-Ruger, Jahresplanung . . . (Fn 56), S. 191
96) In Anbetracht des Zweckes des Aufsatzes soll auch hier nicht jede Detailbestimmung Erwähnung finden.

mit dem Preissystem, das auf Preissenkungen orientieren sollte und Preissteigerungen nicht verhindern konnte, mit der freien Entscheidung über Investitionen verbunden mit Produktionseinstellungen, mit der übermäßigen Neigung zu Investitionen und zu Importen seitens der Betriebe einstellten. Daraus waren – insbesondere dadurch, daß die finanzwirtschaftliche Lenkung nicht einmal die gebrauchswertmäßigen Voraussetzungen der Strukturpolitik hinsichtlich Produktion, Investition und Außenwirtschaft[97]) sichern konnte – schwere Störungen, Wachstumschwierigkeiten, Disproportionen und Versorgungslücken entstanden.

Es bestand die Möglichkeit, die den Dezentralisierungsmaßnahmen partiell entgegenstehenden, gegengewichtig gedachten Maßnahmen abzubauen. Eine solche Vorgehensweise entspräche den Vorstellungen der bürgerlichen Kritiker, die die Strukturpolitik, d.h. die Einheit von finanzieller und materieller Planung bemängeln und für die Störungen der Proportionen z.T. verantwortlich machen. Neben der Strukturpolitik wird von ihnen desweiteren vornehmlich das Preissystem und die Zinspolitik verantwortlich gemacht, da sich in beiden nicht die Knappheit, nicht das Verhältnis von Angebot und Nachfrage widerspiegelt[98]). Mit anderen Worten heißt das, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR im Ablauf des Jahres 1970 von den hier angesprochenen Kritikern mit einem zu Wenig an Dezentralisierungsmaßnahmen (besser: an Marktmechanismen), einer mangelnden Konsequenz bei ihrer weiteren Verfolgung erklärt werden, während die getroffenen Dezentralisierungsmaßnahmen nicht für die aufgetretenen Mängel verantwortlich gemacht werden.

Zum andern bestand die Möglichkeit bzw. die Notwendigkeit, falls man die soeben skizzierte Position nicht als eine Möglichkeit betrachtet, einige der Dezentralisierungsmaßnahmen in ihrer bestimmten Form wieder zurückzunehmen. Daß diese Zurücknahme nicht im Sinne eines Zurückgreifens auf das Planungssystem vor 1963 zu verstehen ist, wird sofort deutlich, wenn die Maßnahme, die beibehalten bzw. die verändert wurden, dargelegt werden. Daß die Zurücknahme aber auch nichts darüber besagt, daß man nicht erneut versuchen wird, mit dezentralen Mitteln die Wirtschaft zu lenken, zeigen die Diskussionen z.B. um den weiter oben erwähnten gemischten Preistyp[99]), der für die Perspektivplanperiode 1976-1980 im Gespräch ist. Die augenblicklichen stärker administrativen Maßnahmen z. B. auf dem Gebiet der Preise sind so als vorübergehende Konsolidierungsmaßnahmen[100]) zu betrachten; vorübergehend deshalb, weil das Bewußtsein vorhanden ist, daß ein so komplexes System ebenso wenig administrativ verwaltet werden kann, wie auf Zwangsmechanismen bewußter Natur bei der Herstellung der Gesellschaftlichkeit der Produktion nicht verzichtet werden kann. Das macht die Maßnahmen jedoch nicht weniger problematisch, denn der „Zwang", in einen gewissen Wechsel von Dezentralisierungs- und Zentralisierungsmaßnahmen als Konsolidierungsmaßnahmen einzutreten, falls man kein in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel zu-

97) Melzer/Rüger: Wirtschaftssysteme III. Die Folgen der Dezentralisierung für den volkseigenen Betrieb. In: Die Wirtschaftswoche 6/1972, S. 32. „Die vorgegebenen Richtungskoeffizienten veranlaßten die Betriebe, im Rahmen ihrer Dispositionsmöglichkeiten jenen Exporten Vorrang einzuräumen, die den betrieblichen Gewinn am günstigsten beeinflußten. Da diese nicht unbedingt mit der zentral geplanten Exportstruktur übereinstimmten, konnten vom Plan abweichende regionale Verzerrungen der Exportströme eintreten."
98) Vgl. die Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung (DIW) (z.B. 5/1971, 22/1971, 24/1971, 47/1971, 36/1972).
99) R. Kindler: Arbeitskräftefonds und fondsbezogener Preistyp. In: Wirtschaftswissenschaft 1/1972, S. 47 ff.
100) P. Mitzscherling: Zunehmender Dirigismus oder Ausbau des neuen ökonomischen Systems? In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. 2/1969, S. 227 ff.

stande bringt und sich auch nicht zu weitergehenderen „dezentralen" – besser dann: natürwüchsigen – Mitteln entschließt, ist natürlich mit gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden. Wenn der Versuch gelingen soll, die mittlere Entscheidungsebene durch abgestimmte Parameter auf die zentral vorgegebenen Präferenzen indirekt hinzulenken, dann bedarf es dazu einer gesicherten längerfristigen Dispositionsfähigkeit der Betriebe mit einer gewissen Sicherung dahingehend, daß sie nicht sehr schnell wieder mit Veränderungen rechnen müssen. Solche Unsicherheit hinsichtlich der Stabilität der getroffenen Maßnahmen trägt noch verstärkt dazu bei, daß die Betriebe sich einzelwirtschaftlich auf ihre Gewinnmöglichkeiten kurzfristig orientieren zu Lasten längerfristiger Überlegungen. Zum andern impliziert ein Wechsel der Maßnahmen eine Flut von neuen Bestimmungen und Informationen, die ebenfalls nicht zu einer flexibleren Anpassung an die jeweiligen Bedingungen beitragen.

Während im Mai 1970 fast nur finanzwirtschaftliche Kategorien vorgegeben wurden, wird seit Ende 1970 wieder verstärkt auf eine gebrauchswertmäßige Planung zurückgegriffen[101]), wobei die wertmäßige nicht durch die gebrauchswertmäßige Planung ersetzt werden soll – das wäre in der Tat eine Rückkehr zu administrativen Methoden. Vielmehr sollen beide Momente, wertmäßige und gebrauchswertmäßige, finanzielle und materielle Planungsmomente sich verbinden. Die Begründung, die durchgängig in der Literatur zu finden ist[102]), lautet, daß mit langfristigen Normativen und der Orientierung am Nettogewinn allein – wenn auch in einem durch staatliche Normative und Kennziffern weitgehendst finanzwirtschaftlicher Natur abgesteckten Rahmen – gewünschte Sortimentsstrukturen in verschiedenen Preisklassen, Bedarfsgerechtigkeit und proportionale Entwicklungen nicht gesichert werden können, folglich auch eine gebrauchswertmäßige Steuerung notwendig ist. Daher gewinnt die Kennziffer Warenproduktion[103]) an Bedeutung.

Wenn man danach fragt, was von den „Reformen" erhalten geblieben ist, so kann man in einem ersten Durchgang grob die meisten Maßnahmen zwischen 1963 und 1970 nennen. Sie müssen jedoch in einem zweiten Durchgang bei der Frage nach den Veränderungen nach 1970 ebenfalls zumeist genannt werden, da sie bedeutende Veränderungen erfahren haben. Folgende zwischen 1963 und 1970 eingeführten Maßnahmen bleiben grundsätzlich erhalten

– das Optimierungs- statt des Maximierungsprinzips und damit keine Rückkehr zur Bruttoproduktion[104])
– der Gewinn als Leistungsmaßstab und Leistungsstimulus
– damit verbunden das Prinzip der Eigenerwirtschaftung

101) Vgl. Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dezember 1970. GBl. der DDR, II, 1970, S. 731
102) Vgl. prinzipiell Die Wirtschaft (Jahrgänge 1971/72) und Wirtschaftswissenschaft (1971/72).
103) Die Kennziffer Warenproduktion eignet sich nur sehr bedingt als Rentabilitätskennziffer, da sie nicht auf eigener Leistung zu basieren braucht. Vgl. hierzu Scherzinger-Rüger, Jahresplanung . . . (Fn 56), S. 196/197, 201.
104) Vgl. hierzu K.C. Thalheim: Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus. Gesamtwirtschaftliche Würdigung. In: B. Gleitze/K. C. Thalheim/H. Buck/W. Förster: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 68. Vgl. zu dieser Kennziffer, die die Frage des „Wie" und damit den technischen Fortschritt nicht berücksichtigt und die zum andern insofern kein Maßstab betrieblicher Leistung sein kann, als Vorleistungen in diese Kennziffer eingegen. Abgesehen von dieser betrieblich orientierten Problematik war die Kategorie Bruttoproduktion auch volkswirtschaftlich problematisch, als sie dazu führte, daß dieselben Werte mehrmals aufgeführt werden konnten. Vgl. Übergangsperiode . . . (Fn 35), S. 32 f. Es besteht folglich – so Gleize – die Gefahr, daß man sich „reich" rechnet.

– damit verbunden betriebliche Kostenrechnungen, die das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis kalkulieren
– die Umgestaltung ver Banken zu Wirtschaftsorganen, damit auch die Kreditfinanzierung
– das Bestreben, im Preissystem den gesellschaftlichen Kosten Ausdruck zu verleihen und aus ihm einen ökonomischen Hebel hinsichtlich Selbstkostensenkung, technischen Fortschritts etc. zu machen
– Ware-Geld-Beziehungen zwischen den Betrieben, somit das System von Wirtschaftsverträgen
– das System materieller Anreize
– die Produktionsfondsabgabe, wobei die Beibehaltung dieser Maßnahme insofern sehr problematisch bzw. ungünstig ist, als der fondsbezogene Industriepreis gestoppt wurde; zumindest in fondsintensiven Bereichen ist der Gewinn damit kein Leistungsmaßstab mehr[105])
– das einheitliche Betriebsergebnis, d.h. der Einbezug der außenwirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe bei der Bemessung der Leistung.

Diesem Festhalten an bestimmten Prinzipien der Regulierung stehen Veränderungen gegenüber:

– der fondsbezogene Industriepreis, der den Gewinn als Prozentsatz auf die eingesetzten Fonds bezog und somit die fondsintensiven, d.h. auch den technischen Fortschritt stimulierenden Branchen fördern sollte, wurde partiell gestoppt[106])
– das Industriepreisregelsystem[107]), das dafür sorgen sollte, daß sich die Preise dynamisch den Bedingungen anpassen – jedoch im Sinne von Preissenkungen, damit nicht immer wieder in bestimmten Abständen ruckartig ein neues Preissystem geschaffen werden muß, wurde ebenfalls gestoppt, da ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu verzeichnen waren
– während bis 1970 das Normativ der Nettogewinnabführung[108]) in Prozentsätzen – somit anteilig – gekoppelt mit einem Mindestbetrag vorgesehen war, womit eine Steuerung zukünftiger volkswirtschaftlicher Strukturen verbunden war, wird seit 1970/71 der Betrag in Mark – somit als absoluter Betrag ausgedrückt
– erheblich größere Vorschriften und Festlegungen, was die Investitionsmöglichkeiten anbelangt[109]). Projekte dürfen erst begonnen werden, wenn sie den zentralen Anforderungen entsprechen, was seine Bestätigung darin findet, daß die Projekte in staatliche Titellisten aufgenommen werden. Das Produktionsprogramm wird somit festgelegt. Damit kann man zwar nicht behaupten, daß der betriebliche Entscheidungsspielraum wegfällt, er wird nur vorverlagert und dann festgelegt, was eine flexible Anpassung an neue Bedingungen und Möglichkeiten erschweren kann. Zugleich wird mit dieser Neuregelung der Investitionskompe-

105) Vgl. weiter oben S. 25
106) Vgl. den folgenden Aufsatz
107) Vgl. den folgenden Aufsatz
108) Vgl. weiter oben S. 27
109) Vgl. weiter oben S. 27 ff, 31 ff

tenzen der formal beibehaltene Stimulus Gewinn in seiner Wirksamkeit brüchig[110])
- der Gewinn wird als Plangewinn (Nettogewinn = staatliche Plankennziffer) je nach geplanten und akzeptierten Investitionen festgelegt
- die Kreditvergabe [111]) wird strenger gehandhabt, auch diese Finanzierungsquelle soll der Einheit von materieller und finanzieller Planung dienen
- dem Versuch, mittels weicher Pläne und mittels Übererfüllung der Plankennziffer Nettogewinn an zusätzliche Mittel für Investitionen heranzukommen, sind ebenfalls enge Grenzen gesetzt. Der Mehrgewinn kann nämlich insofern nicht willkürlich für Investitionen verwandt werden, als Investitionsmittel über die Kennziffer Investitionsvolumen hinaus nur zur Verwirklichung von Neuerervorschlägen, die der Rationalisierung dienen und einen Aufwand von 10 000 M [112]) je Vorschlag nicht übersteigen, verwandt werden können. Ansonsten wird der Mehrgewinn genützt für Verbesserungen der Arbeitsorganisation, Kredittilgungen, Prämienfonds, Kauf gebrauchter Produktionsmittel, Eigenherstellung von Automatisierungs- und Rationalisierungsmitteln
- die Bedeutung der Richtwerte, der Kennziffern für Rentabilität, Produktivität hat zugenommen. Die Richtwerte und Kennziffern sollten – wie weiter oben ausgeführt– den Rahmen abstecken, innerhalb dessen sich die Gewinnmaximierung abwickeln sollte. Indem die Bedeutung des Gewinns eingeschränkt wurde, da sich gerade die Annahme der Relevanz der Rahmenbedingungen als nur bedingt stichhaltig erwies, nehmen konsequenterweise die Kennziffern einen größeren Raum ein
- die Außenhandelsbetriebe haben einen bestimmten Valutaaufkommensplan. Mit diesem Plan sind die Prämienleistungen verknüpft wobei die Abrechnung wie auch in anderen Bereichnen ungünstigerweise monatlich geschieht und bei Untererfüllung der Monatsaufgaben Kürzungen des Prämienfonds im Gefolge hat. Diese Maßnahme stellt sicherlich keine ökonomisch günstige Regelung dar
- der Prämienfonds ist analog der Tatsache, daß der Nettogewinn in absoluter Höhe geplant ist, ebenfalls in absoluter Höhe festgelegt, womit die Gefahr weicher Pläne sich erneut stellt. Zum andern hängt er – abgesehen von der Erfüllung der Kennziffer Nettogewinn – auch noch von der Erfüllung zweier weiterer Aufgaben ab, die der Betrieb vorher ausgewählt hat[113])
- die Reduzierung der Bedeutung der Kennziffer Gewinn, deren Ablösung durch eine Kennziffer, die sich auf die Selbstkosten bezieht, in der Diskussion ist[114]), soll wohl z.T. durch den Leistungsfonds[115]) gefördert werden. Diesem Leistungsfonds sollen jedoch bei Planerfüllung nur dann Mittel zugeführt werden können, wenn die entsprechenden Aufgaben bereits bei der Planausarbeitung übernommen wurden, womit man wohl der Gefahr weicher Pläne begegnen will. Dieser Fonds ist, weil er m.E. den Abbau der Bedeutung der Kennziffer Gewinn ermöglichen soll, ohne daß das betriebliche Interesse an Leistung abklingen soll, weniger zur individuellen materiellen Befriedigung gedacht als vielmehr zur Erfüllung von sozialen Aufgaben, innerbetrieblichen Verbesserungen, die jedoch keine Erweiterungsinvestitionen implizieren dürfen
- die Relativierung der ökonomischen Hebel, insofern als die Lenkung nicht mehr nur mit finanzwirtschaftlichen Mitteln erfolgt, vielmehr eine Einheit von materieller und finanzieller Planung vorgesehen ist zwecks Sicherung einer proportionalen Entwicklung; damit zusammenhängend gewinnen die naturalen Bilanzen an Bedeutung[116]).

Mit den angeführten Maßnahmen werden also nicht alle Veränderungen zwischen 1963 und 1970 beseitigt, ihr indirekter Charakter wird jedoch eingeschränkt, insofern die monetären Mittel entweder nicht in Prozentsätzen, sondern in absoluten Größen festgelegt werden und/oder mit materiellen Vorgaben und Aufgabenstellungen verknüpft werden. Den Betrieben sind infolgedessen die Ziele wesentlich stärker vorgegeben, zumindest innerhalb eines bestimmten Zeitablaufs, d.h. daß die Betriebe in einer früheren Phase auf diese Ziele Einfluß nehmen müssen, dann allerdings inhaltlich festgelegt werden. Indem diese Festlegung auch noch mit einer monatlichen Erfüllung gekoppelt wird, wird hier sicherlich eine Bestimmung getroffen, die insofern Schaden anrichtet, als die Betriebe versuchen werden, irgendwie den Forderungen nachzukommen – sicherlich u.U. auch unter Außerachtlassung von Rentabilität und Effizienz. Solche vorgegebenen und festgelegten Aufgaben sind
- „Abschluß termingerechter und sinnvoll gestalteter Beschaffungs- und Lieferverträge;
- Erzielung einer effizienten Nutzung von Rohstoffen und Materialien (dabei ist er genötigt, bestimmte Materialverbrauchsnormen wie Materialausnutzungskooffizienten, Materialverlustnormen, Normen der Materialrückgewinnung und andere einzuhalten);
- bedarfs-, qualitäts- und termingerechte Herstellung der geplanten Erzeugnisse, wobei dem Betrieb die Aufstellung von Marktanalysen vorgeschrieben ist, um absatzinadäquate Produktionen zu vermeiden;
- verbesserte Nutzung der Produktionsanlagen (beispielsweise über Mehrschichtenbetrieb) und der Umlaufsmittelbestände;
- zweckmäßiger Einsatz und eine ständige Weiterbildung der Arbeitskräfte;
- Durchführung sinnvoller Rationalisierungsmaßnahmen, die Weiterentwicklung beziehungsweise verbesserte Kombination bisheriger Erzeugungstechniken und die Entwicklung neuer oder verbesserter Produkte;
- Senkung der Verarbeitungskosten.

Die Gestaltung dieser Aufgaben und die Konkretisierung der vorgegebenen Planziele finden ihren Niederschlag in dem vom Betrieb zu erstellenden Betriebsplan. Dieser enthält Festlegungen über alle materiellen Ziele und finanziellen Aktivitäten der kommenden Planperiode. Neben dem Produktionsplan, in dem eine Aufgliederung aller Produktionsziele– nach Menge, Qualität und Termin – auf die einzelnen Ab-

110) BUCK: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 104. „Rationalisierungs- und Komplettierungsinvestitionen (dürfen) mit der Folge von Kapazitätserweiterungen nur noch dann genehmigt werden, wenn sie den staatlichen Investitionsschwerpunkten für die Erneuerung des Produktionsapparates entsprechen, sämtliche Zulieferungen im voraus vertraglich abgesichert sind, die Zuliefer- und Baubetriebe unveränderbare verbindliche Preisangebote abgegeben haben, eine hohe Selbstfinanzierung möglich ist, alle Rationalisierungsmöglichkeiten nachweislich ausgeschöpft sind und die vorhandenen Anlagen für die betreffenden Produktionen bereits mehrschichtig ausgenutzt werden.“
111) Vgl. weiter oben S. 31 ff
112) entfällt
113) Vgl. Die Wirtschaft 17/1972, S. 11 f. Die Wirtschaft 24/1972, S. 13
114) Vgl. weiter oben S. 27 ff. Vgl. Die Wirtschaft 12/1972, S. 7 f; 34/1972, S. 2; 32/1972, Beilage 12
115) Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Leistungsfonds der volkseigenen Betriebe vom 14. Juli 1972. GBl. der DDR, II, 1972, S. 467. Vgl. hierzu Die Wirtschaft 26/1972, S. 3-5. Vgl. den Wochenbericht 36/1972 des DIW.

116) Vgl. den Wochenbericht 47/1971 des DIW.

teilungen, Meisterbereiche und Arbeitsbrigaden des Betriebs erfolgt, stehen weitere wichtige Teilpläne, die sich beispielsweise auf die Investitionstätigkeit, die Auslastung der Anlagen, den Arbeitskräfte- und Materialeinsatz, die Aufteilung der Lohnsumme, Verbesserungen der Kostenstruktur, Steigerungen der Arbeitsproduktivität und schließlich den Absatz beziehen."[117])

Mit Hilfe dieser Maßnahmen konnte zweifelsohne eine gewisse Konsolidierung z.B. des Verhältnisses von strukturbestimmenden Aufgaben und Zulieferindustrie erreicht werden. Sie reichen jedoch andererseits nicht aus, um entstandene Disharmonien und bestimmte bis dahin überhaupt noch nicht gelöste Probleme aufzuheben. Ja sie haben sogar bestimmte Probleme verstärkt und erneut ins Spiel gebracht.
Probleme, die von der Planwirtschaft – der Wirtschaftsrechnung ex ante – bisher theoretisch noch nicht gelöst wurden:

– das Problem der Bilanzierung des Plans, dem man mit Verflechtungsbilanzen nahekommen will bzw. mit Teilverflechtungsbilanzen, deren geringem Fassungsvermögen an Daten jedoch ein Vielfaches an Daten in der Realität gegenübersteht. Hinzu kommt, daß der Zeitfaktor nur unzulänglich in diesen Verflechtungsbilanzen bisher Berücksichtigung findet. Planung ohne Zeitfaktor ist jedoch ein Unding. Dieses Problem stellt sich bei stärkerer Zentralisierung vermehrt, ist aber auch ansonsten gegeben. Es stellt sich dort insofern stärker, als auf zentraler Ebene mehr bilanziert werden muß. Zum andern ist die Bilanzierung materieller, wertmäßiger und finanzieller Natur, womit die Frage aufgeworfen ist, ob hierin nicht effizienzmindernde Zielkonflikte insofern enthalten sind, als diese Teilziele sich nicht immer decken.
– das Problem eines Informationssystems. Ein Versuch zur Lösung dieses Problems wurde 1968[118]) initiiert, dann jedoch aufgrund der weiteren Ereignisse vorläufig abgebrochen. Der Informationsbedarf muß gut strukturiert sein, nach Möglichkeit stark aggregiert werden (so Planung nicht bürokratisch ausufern soll), schnell abrufbar sein, doppelte Arbeit ersparen, d. h. aber auch, daß der Informationsfluß nicht nur vertikal, sondern auch sehr stark horizontal verlaufen muß, um vielfache Arbeit bezogen auf dasselbe oder ein ähnliches Problem zu vermeiden etc. Auch dieses Problem ist in einer Planwirtschaft allgemeiner Natur, wenn es sich auch in einer stärker zentral orientierten ähnlich wie die Bilanzproblematik vermehrt stellt, da die Zentrale einen größeren Teil der Entscheidungen direkt an sich zieht und nicht bei Steuerung mittels indirekter Hebel den mittleren Entscheidungsebenen überläßt
– das Problem der Nutzeffektskriterien. Läßt sich überhaupt und wenn ja, rechtzeitig ausmachen, ob einzelwirtschaftliche Rentabilität und gesamtwirtschaft Effizienz zusammenfallen? Bis jetzt jedenfalls ist dieses Problem noch nicht gelöst. Andererseits kuliminiert in ihm die Frage nach den Möglichkeiten von Planwirtschaft, nach der Möglichkeit einer im voraus zu bestimmenden gesamtwirtschaftlichen Effizienz.

Probleme, die stärker gesellschaftspolitischer Natur sind:

– die Schaffung eines Informationssystems muß hier ebenfalls angesprochen werden, da man es hier nicht nur mit einem technischen, sondern auch einem gesellschaftlichen Problem zu tun hat, nämlich inwieweit die Betriebe bereit sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Optimalplanangebote zu liefern. Da die Zentrale ohne Informationen von „unten" nicht auskommt, bestimmen die Betriebe mit ihren Angeboten insgesamt die Planziele
– das Informationsproblem ist Ausfluß der Tatsache, daß von einer Interessenidentität nicht ausgegangen werden kann. Je mehr die Interessenidentität als angeblich vorhanden gesetzt wird, umso stärker wird wohl das Problem ihrer Nichtvorhandenheit. Dieses Problem stellt sich im ganzen gesehen stärker bei einer zentral geplanten Wirtschaft und weniger bei einer über finanzwirtschaftliche Mittel gelenkter.

Probleme, die stärker ökonomischer Natur sind:

– hiermit ist vor allem die Frage der logischen Konsistenz zentraler Vorgaben und Kennziffern gemeint. Beispielsweise ist das System der ökonomischen Hebel eben gerade nicht ein in sich geschlossenes System gewesen, insofern der Preistyp und die mit ihm verbundenen Maßnahmen (IPRS) Preissenkungen initiieren sollten, in Wirklichkeit jedoch Preissteigerungen ermöglichten[119]). Auch nach 1970 ist dieses System nicht in sich konsistent, insofern man die Kennziffer Gewinn zugunsten der Kennziffer Warenproduktion reduzierte. Diese Kennziffer ist jedoch kaum geeigneter, als Leistungsmaßstab zu dienen, da sie – das hat sie mit der Kennziffer Gewinn gemein – ebenfalls nicht auf eigener Leistung zu basieren braucht[120]). So wird das Interesse an der Produktion solcher Waren größer, die hohen Vorleistungen anderer Bereiche implizieren;
– die Beibehaltung der Produktionsfondsabgabe bei gleichzeitiger vorläufiger Stornierung des fondsbezogenen Industriepreises[121]).

IV. Zur Bewertung planwirtschaftlicher Versuche am Beispiel der DDR

Ob verstärkt indirekte oder direkte Maßnahmen eingesetzt werden sollen, ist nicht nur eine enger ökonomische Frage, sondern auch eine Frage der Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen. Schätzt man die Problematik so ein, daß das Schwanken zwischen stärker direkt zentralen bzw. indirekt zentralen Mitteln auch dadurch entsteht, daß die Privatheit der Interessen kaum aufgebrochen bzw. verlängert wird, da Herrschaft erneut zu einer besonderen Funktion wurde, wenn auch durchaus anderen Inhalts, so kann man sich – und hier verbindet sich das Problem der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums mit dem der Vergesellschaftung – nicht für verstärkt zentralisierte Maßnahmen aussprechen, trotz der Gefahren, die sich mit indirekter Zentralisierung verbinden.

Zentrale Planung kann nicht als solche angestrebt werden, vielmehr ist neben den ökonomischen Implikationen auch die Frage zu stellen, wie zentrale Entscheidungen zustande kommen, wie es um ihre Beeinflußbarkeit steht, inwieweit zentral mit gesamtgesellschaftlich usw. synonym gesetzt werden kann. Das Letztere muß stark in Zweifel gezogen werden, denn die Dezentralsierungsmaßnahmen haben an dem hierarchischen Leitungsgefüge trotz Produktionskomitees, gesellschaftlichen Räten, Produktionsberatungen[122]) kaum etwas geändert, haben folg-

117) Melzer/Rüger, Wirtschaftssysteme III (Fn 97), S. 34
118) Vgl. Planangebote . . . (Fn 76)
119) Vgl. den folgenden Aufsatz
120) Vgl. Wirtschaftswissenschaft 5/1972, weiter oben S. 48, Fn 104
121) Vgl. weiter oben S. 25
122) Vgl. B. Rabehl: Eine Reise in die DDR. Gespräche und Notizen. In: Kursbuch 30, Dezember 1972, S. 39 f. Weiterhin R. Damus: Demokratischer Zentralismus im ökonomischen System der DDR. In: Bauwelt 25/26. Stadtbauwelt 30, Juni 1971, S. 115 ff.

lich nicht zur Demokratisierung, d. h. zur Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse beigetragen, weder innerhalb des Betriebes noch zwischen mittlerer und zentraler Entscheidungsebene. Es herrscht das Prinzip einer strengen Einzelleitung auf den verschiedensten Ebenen; der Sinn dieses Prinzips der Einzelleitung ist wohl weniger ein ökonomischer, sondern dient vielmehr der Sicherung der Verantwortlichkeiten. Das hat jedoch ökonomisch nicht die Früchte gebracht, die man sich vielleicht davon erhoffte, weil zur Kontrolle der Entscheidungen eine Menge Informationen gehören, die den Kontrollorganen im Vergleich zum Kontrollierten gerade nicht zur Verfügung stehen, zumindest hängt dies zu einem gehörigen Maß von den Kontrollierten selbst ab, die derart in ihrer Privatheit gelassen auch nach ihr handeln. Das Prinzip der Einzelleitung zahlt sich infolgedessen hinsichtlich gesamtwirtschaftlicher Effizienz nicht aus, noch umfassender betrachtet ist es ohnehin indiskutabel.

So scheint das Prinzip der Einzelleitung, auf dem das hierarchische Leitungsgefüge aufgebaut, mehr politischer Natur zu sein, im Sinne eines Stabilisierungsfaktors für gegebene Verhältnisse. Wenn jedoch eine stärkere Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse kaum intendiert wird, so fragt es sich, wie man annehmen kann, daß die Betriebe nicht jeweils versuchen werden, Gewinne jenseits gesamtwirtschaftlicher Effizienz und auch partiell betrieblicher Rentabilität zu erzielen. Jedenfalls wurden noch nicht Mittel gefunden, die die Betriebe auf die gesamtgesellschaftlichen zentral festgelegten Präferenzen uneingeschränkt hinzwingen könnten. Abgesehen davon wäre eine solche Lösung nicht wünschenswert, weil sie Mittel hinter dem Rücken der Beteiligten einsetzen, die Verhältnisse zwischen den Individuen hinterrücks regeln würde. Von bewußter Gestaltung könnte keine Rede sein, damit aber auch nicht von einer Planwirtschaft.

Ziele lassen sich nicht mit völlig konträren Mitteln erreichen. Gelänge es überhaupt, solche ökonomisch-technische Mittel zu finden, die hinter dem Rücken der Individuen diese auf die dann nicht gesamtgesellschaftlichen, vielmehr zentral festgelegten Ziele hinlenken, dann wäre dies – abstrakt planwirtschaftlich gesehen– zweifelsohne ein Erfolg. Mit den ursprünglichen Intentionen hat das allerdings nur noch wenig gemein, denn der Terminus Planwirtschaft beinhaltet mehr als technisch-ökonomisches Funktionieren. Mit Planwirtschaft ist der dauernde Versuch gemeint, die Verhältnisse der Individuen untereinander bewußt zu gestalten, was bedeutet, daß diese allmählich immer mehr von diesen selbst bewußt gestaltet werden. Denn langfristig ist es eine contradictio in adjecto, wenn eine Zentrale stellvertretend für die Betroffenen die Verhältnisse zwischen ihnen bewußt gestalten will. Hält sie daran fest, schlägt dies um in verkrustete Entscheidungsstrukturen, denen die verkürzte Suche nach technisch-ökonomischen Mitteln zur Beherrschung der wirtschaftlichen Abläufe, damit aber auch zur Beherrschung der Individuen korrespondiert.

So scheint der Versuch, wirtschaftliche Effizienz einmal stärker mit direkt zentralen, zum andern stärker mit indirekt zentralen Mitteln erreichen zu wollen, seine Grenzen zu haben. Diese Grenzen sind sicherlich bei einem zentraleren Modell in Anbetracht der heute zur Verfügung stehenden Mittel deutlicher sichtbar, abgesehen davon, daß in solch zentraleren Modellen, wie sie heute in den osteuropäischen Staaten gegeben sind, die Identität von zentralen Entscheidungen und gesamtgesellschaftlichen Präferenzen eine Setzung darstellt, die nichts über den Charakter der Entscheidungsstrukturen aussagt.

In beiden Modellen, so wie sie in der Praxis ausgeformt worden sind, wird

unzulänglicher, als es möglich erscheint, der Vorteil einer Planwirtschaft ausgenutzt, nämlich der einer bewußten Mitgestaltung auf den verschiedensten Ebenen. Dazu gehört jedoch ein allgemeines Bewußtsein um die widersprüchlichen Bedürfnisse und das Bewußtsein von der erst einmal gegebenen Nichtidentität der Interessen in ihren Einzelheiten. Je harmonischer zum einen, von sog. objektiven Gesetzmäßigkeiten bedingt zum andern das Bild heutiger Realität offiziell beschrieben wird, je mehr spielen sich die Disharmonien auch mit negativen ökonomischen Folgen unkontrolliert ab.

Renate Damus:

Die „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ und die Planung der Preise in der DDR[1])

1.

Die Beschäftigung mit dem Preissystem ist keineswegs einem zufälligen individuellen Interesse zuzuschreiben. In der DDR werden vielmehr die Preise als eine der wichtigsten Nahtstellen für das Funktionieren des ökonomischen Systems im Sinne der Zielvorstellungen, nämlich als ökonomische Hebel gehandhabt. In der gegenwärtigen [1a]) Gestaltung der Preise finden folgende gesellschaftlich-ökonomische Überlegungen ihren Ausdruck:

1. Im Preis soll die zur Herstellung einer Ware „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit zum Ausdruck kommen, wobei die keineswegs einheitlich beantwortete Frage auftaucht, wie der „gesellschaftlich notwendige“ Aufwand zu definieren und zu ermitteln ist. (sog. Meßfunktion)
2. Der Preis dient als Instrument der planmäßigen Verteilung des „Nationaleinkommens“ (Einfluß auf die Proportionen der Verteilung des Nationaleinkommens, sog. Verteilungsfunktion).
3. Dem Preis kommt eine stimulierende Funktion zu, vornehmlich dadurch, daß sog. „planmäßige Abweichungen“ vom Wert vorgenommen werden (sog. Stimulierungsfunktion).

Von einer Anwendung des Wertgesetzes oder auch einer Anwendung der Arbeitswerttheorie wird in der DDR dann gesprochen, wenn der Preis, wie unter 1.) genannt, Ausdruck der in der Ware enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit ist, wenn er auf diese Weise also seine Meßfunktion erfüllt. Von einer sozialistischen Wertmodifikation dagegen wird dann gesprochen, wenn durch planmäßige Abweichungen des Preises von dem wie oben bezeichneten Wert (Arbeitsaufwand) dem Preis Stimulierungs- und Verteilungsfunktionen zugedacht sind (vgl. Punkt 2. und 3.). Dabei verwirrt der Begriff der sozialistischen Wertmodifikation insofern, als er die Vorstellung suggeriert, es gäbe auch eine kapitalistische Wertmodifikation, was insofern ein Unsinn ist, als der Wert überhaupt nur in der Preisform in Erscheinung tritt und der Preis nicht mit der tatsächlich pro Ware aufgewandten Arbeitszeit identisch ist (vgl. die Kategorie des Produktionspreises und des Marktproduktionspreises). Zum anderen stutzt man aber vor allem deshalb, weil den Preisen in der DDR ja innerhalb eines gesellschaftlichen Plans bewußt bestimmte Funktionen zugedacht sind (messen, stimulieren, verteilen), während es sich bei der Preisbildung im Kapitalismus um einen Vorgang handelt, in welchem sich der gesellschaftliche Zusammenhang den Individuen gegenüber in der Form eines unbegriffenen Naturgesetzes geltend macht.

Dieser Problematik soll im folgenden weiter nachgegangen werden. Dabei geht es u.a. um die Herausarbeitung der These, daß die Marxsche Werttheorie in den sozialistischen Ländern als Preisbildungstheorem mißverstanden worden ist, und daß dieses Mißverständnis, wie immer man es aus den gesellschaftlichen Verhältnissen erklären mag, selbst wieder negative Auswirkungen mit enormen gesellschaftlichen Kosten im Gefolge hatte. Gesellschaftlicher Reichtum wurde mit Wertreichtum verwechselt mit der Konsequenz, daß die gesellschaftliche Rechnungsführung,

---

1) Hiermit möchte ich Christel Neusüß für ihre vielfältigen und wertwollen Anregungen herzlich danken. Die Verantwortung für eventuelle inhaltliche wie sprachliche Mängel liegt nichtsdestotrotz ebenso bei mir wie die für den Gang der Argumentation.

1a) Vgl. Fußnote 33

der sparsame Umgang mit dem gesamtgesellschaftlichen Arbeitsaufwand, insbesondere mit dem vergegenständlichten, vernachlässigt wurde. Weiterhin geht es darum aufzuzeigen, daß eine Anwendung der Arbeitswerttheorie gar nicht möglich ist, weshalb die sozialistischen Staaten auf eine gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post verwiesen sind. Nur weil das so ist, gewinnt die Gestaltung eine richtigen Preissystems – ein Preissystem, das die betrieblichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen orientiert, einen solch wichtigen Stellenwert.

Die Problematik der Preisbildung ist von zentraler Bedeutung hinsichtlich der zu schaffenden wirtschaftlichen Strukturen, der Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen, der Lenkung der kollektiven wirtschaftlichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, des Ausgleichs zwischen den Schichten, der Strukturierung der Bedürfnisse als Bedarf im Sinne der zahlkräftigen Nachfrage etc.

Hinweise auf die Marxschen in der Kritik des Gothaer Programms entwickelten Vorstellungen von der Abschaffung des Geldes zugunsten von Scheinen, die sich auf die geleisteten Arbeitsstunden beziehen, bleiben notwendigerweise abstrakt. Vergröbert formuliert kann man diese Rezeption der Marxschen Ausführungen dahingehend charakterisieren, daß Geld per se kapitalistisch ist und Stundenzettel per se sozialistisch sind. Die Verwendung von Wertkategorien im Zuge der Wirtschaftsreformen genügt dann bereits, um sich ein Urteil über diese Maßnahmen zu bilden. Statt dessen wäre umgekehrt zu fragen, ob die Wirtschaftsreformen nicht eine Antwort – und zwar eine partiell durchaus negative – darauf sind, daß die Probleme, die Marx nur beiläufig erwähnte, nicht gelöst werden konnten, weil sie objektiv extrem schwer lösbar sind.

Es gelang nicht, Planung so zu gestalten, daß von unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit gesprochen werden konnte. Äußeres Zeichen für diesen Sachverhalt sind Planänderungen, Versorgungslücken bei gleichzeitiger Überproduktion im Planungssystem vor 1963. Äußeres Zeichen nach 1963 ist die stärkere Verwendung von Wertkategorien. Planung präformiert, gestaltet den Rahmen, gibt die Ziele etc. vor für ansonsten eben doch noch isolierte Verausgabung der Arbeit. Insofern ist der Rückgriff auf eine stärkere Verwendung von Wertkategorien ein adäquater – wenn auch partiell negativer – Ausdruck eben dieses Sachverhalts, wobei die partiell isolierte Verausgabung von Arbeit nicht als genuin und daher als Ausgangspunkt der Analyse zu betrachten ist, vielmehr Ergebnis der Schwierigkeiten, einer positiven Umsetzung dessen darstellt, wozu die Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Voraussetzung darstellt, nämlich unmittelbare Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, Aneignung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch die assoziierten Individuen, Aufhebung des auf sein individuelles Interesse ausgerichteten Privatindividuums der bürgerlichen Gesellschaft.

Die Frage soll nun gestellt werden, was bei Marx mit der äußeren Ersetzung des Geldes durch Stundenzettel inhaltlich-gesellschaftlich gemeint ist und was er dabei u.U. an Problemen simplifiziert hat. Marx begründet in seiner Kritik am Gothaer Programm nicht, warum denn nach einer Revolution das Geld, das dann nicht mehr das „reale Gemeinwesen“ darstellt, nicht in eingeschränkter Form vorläufig – wegen der Notwendigkeit doppelter Wirtschaftsrechnung – erhalten bleiben kann. Dies wäre durchaus denkbar, zumal er hervorhebt, daß diese Gesellschaft noch mit den Muttermalen der alten behaftet ist, so z.B. mit dem Leistungsprinzip, das, da es die Anwendung eines gleichen Maßstabes für Ungleiches beinhaltet, nach wie vor Recht der Ungleichheit ist. Wenn für Marx die Ablösung des

Geldes so selbstverständlich ist, dann macht er stillschweigend eine Voraussetzung, die ein grundsätzliches und wichtiges Problem in den Übergangsgesellschaften als von vornherein gelöst voraussetzt, nämlich den unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit.

Diese Voraussetzung ermöglicht ihm die Ersetzung des Geldes durch Stundenzettel, die, wie Marx selbst feststellt, „offenbar dasselbe Prinzip"[2]) zum Ausdruck bringen, nämlich das Prinzip des Äquivalententausches. Gleichheit bedeutet lediglich die Anwendung des gleichen Prinzips, des gleichen Maßstabs. Das Prinzip des Äquivalententausches in der Verteilungssphäre verdeutlicht noch einmal die Tatsache, auf die Marx selbst in vorliegendem Zusammenhang verweist, daß er nicht wie viele andere Sozialisten bei seiner Analyse des Kapitalismus in der Verteilungssphäre ansetzt; Sozialismus reduziert sich damit für ihn nicht auf eine Frage der Distribution. Denn dem „offenbar selben Prinzip", nämlich dem Austausch gleichwertiger Leistungen (wenn auch nicht mehr mittels Geld) liegt der Inhalt zugrunde: daß „niemand mehr etwas geben kann außer seiner Arbeit" und „nichts in das Eigentum des Einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln".[3])

Mit diesen Ausführungen, die hinsichtlich ihres wahren Kerns weiter unten auf die Situation in der DDR, jedoch keineswegs nur auf die Phase nach 1963 bezogen werden müssen, hat Marx einige Probleme entweder überhaupt nicht bedacht, stillschweigend als leicht lösbar vorausgesetzt oder simplifiziert:

- er setzt den unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit voraus und kennzeichnet ihn nicht als Ziel eines mühsam und langwierig verlaufenden Prozesses;
- er simplifiziert das Verteilungsproblem. In einer Gesellschaft, in der die Ausbildung von der Gesellschaft getragen wird, aber nur einem Teil der Gesellschaft Ausbildung ermöglicht wird, während ein anderer Teil aufgrund ökonomischer Bedarfskriterien von der Ausbildung ausgeschlossen ist, ist das Leistungsprinzip nicht einfach nur als Muttermal der alten Gesellschaft anzusehen. Vielmehr wird es – gerade auch beim gesellschaftlich notwendigen Ausschluß von der Qualifizierung zu mehr Leistung – in einer solchen Gesellschaft besonders brüchig. „Scheine" würden dieses Problem nur verschleiern und verobjektivieren, insofern sind die Wertkategorien viel eher zur Bezeichnung des Problems geeignet. Da nach wie vor auch bei den Scheinen eine mangelnde Gleichheit der Individuen hinsichtlich ihrer Bedürfnisbefriedigung zu konstatieren ist, da zum andern die Scheine noch verstärkt den Eindruck hervorrufen, als ob hier Leistung genau quantifizierbar sei – statt zu sehen, daß dort, wo die Gesellschaft die Ausbildung übernimmt, das Leistungskriterium noch besonders brüchig wird, da die einen für die gesellschaftlich finanzierten Vorteile der Ausbildung dann auch noch zeitlebens besonders honoriert werden – scheint die Beibehaltung der Wertkategorien in dieser Hinsicht sinnvoll bzw. legitimierbar zu sein.
- mit der unproblematischen Problematisierung des gleichen Rechts in Form des Austausches gleichwertiger Leistungen – Arbeitsstundenzettel gegen Konsumtionsmittel – problematisiert Marx zu wenig die Feststellung, daß hier niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit. Die Voraussetzungen, wie es zu dieser „seiner" Arbeit kommt, sind dabei nicht hinterfragt.

2) K. Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: Karl Marx: Politische Schriften, Zweiter Band, Hg.v.H.-J.Lieber, Darmstadt 1960, S. 1023
3) ebd.

- Marx unterschätzt weiterhin die Problematik der wirtschaftlichen Rechnungsführung, z.B. die Relationen zwischen Äquivalenten für geleistete Arbeit. Hier müßte komplizierte auf einfache Arbeit exakt reduzierbar sein. Dies ist aber nicht nur eine Problematik hinsichtlicher der Gestaltung der Äquivalente für geleistete Arbeit, sondern auch hinsichtlich des rechnerischen Werts (Wertgröße) der Konsumtionsmittel und natürlich auch der Produktionsmittel (der ganze Reproduktionszyklus müßte in Arbeitsstunden berechnet werden). Er hat weiterhin z.B. die Schwierigkeit der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeitszeit auf die verschiedensten Bereiche wie überhaupt die Bewältigung des Problems der Ökonomie der Zeit unterschätzt. Diese Unterschätzung der Schwierigkeiten gesellschaftlicher Rechnungsführung ist der direkte Ausfluß der stillschweigenden Annahme vom unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit nach der Expropriation der Expropriateure. Von einem solchen könnte nur gesprochen werden, wenn es gelänge, Optimierungsrechnungen auf gesamtökonomischer Ebene durchzuführen, wenn also das Problem der Wirtschaftsrechnung gelöst wäre. Da diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, sind die Produktionseinheiten partiell unabhängig wirtschaftende Subjekte, deren Bedarf wie deren Ergebnisse zur weiteren Bedarfsdeckung quantitativ wie dynamisch vorhergehenden Berechnungen nur bedingt zugänglich sind. Insofern ergibt sich der Zwang zu einer doppelten Wirtschaftsrechnung, nämlich einer Wirtschaftsrechnung ex ante, die in den Plänen ihren Ausdruck findet, und einer ex post, deren Ausdruck die Wertkategorien sind.[4])
- Marx hat desweiteren die gesellschaftliche Problematik dieses Reduktionsproblems hinsichtlich der Befriedigung historisch entwickelter Bedürfnisse unterschätzt. Handelt es sich um einen strengen Äquivalentenaustausch zwischen Arbeitsstundenzetteln und Konsumtionsmitteln, die der in ihnen vergegenständlichten Arbeitszeit entsprechen, dann bringt die Senkung der Arbeitszeit bei einigen Gütern die ganze Balance zwischen Zetteln und Menge der vorhandenen Mittel zur Bedürfnisbefriedigung durcheinander. Die Individuen teilen ihre Zettel anders auf, damit entsprechen ihren Wünschen aber nicht mehr die gegebenen Möglichkeiten. Sollte man nun abgehen vom strengen Austausch von Äquivalenten, sollte man das Problem bürokratisch-zentralistisch lösen und verteilen oder findet man einen Mechanismus, der den gesellschaftlichen Vorstellungen genügt?

Teilt man infolgedessen nicht die stillschweigende Voraussetzung vom unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und sieht vielmehr die Notwendigkeit doppelter Wirtschaftsrechnung, dann bleibt – bezogen auf die DDR – vornehmlich der von Marx prognostizierte ganz andere Inhalt des Austausch von Äquivalenten zu problematisieren, nämlich die Feststellung, daß „niemand mehr etwas geben kann außer seiner Arbeit".[5]) Zwar kann niemand mehr etwas geben außer seiner Arbeit, zwar hat jeder seine Arbeit auch zu geben, aber die „Äquivalente" für erbrachte Leistung, die auf der Überkommenen – wenn auch stark reduzierten – Struktur der Lohndifferenzierungen basieren, sind zu problematisieren. Insofern wäre die Feststellung, daß die inhaltliche Bestimmung des Äquivalentenaustausch sich so geändert habe, wie Marx dies intendiert hatte, und nur seine äußere Hülse den Wertkategorien verpflichtet bleibt, zu einfach. Jedoch ist das ein Problem, das hier nicht weiter diskutiert werden muß. Derartige mit dem Leistungsprinzip nicht mehr legitimierbare Lohndifferenzierungen müssen ihrerseits als Auswirkungen anderer Faktoren und zwar außerhalb des Produktionsprozesses begriffen werden. Was heute sich

4) Vgl. Ch. Bettelheim: Theorie und Praxis sozialistischer Planung, München 1971, S. 17
5) Marx, Kritik ... (Fn 2), S. 1023

in der spezifischen Gestaltung der Wertkategorien – und nicht in ihrer Existenz überhaupt – an gesellschaftlich negativ zu bewertenden Tendenzen ausdrückt, hatte vor den Wirtschaftsreformen, also in Phasen starker Zurückdrängung der Wertkategorien, nur andere Ausdrucksformen. Die Probleme, die sich heute in der Verwendung von Wertkategorien ausdrücken, sind eben nicht erst durch die Verwendung dieser Kategorien erzeugt, sondern im Gegenteil: die stärkere Verwendung von Wertkategorien nach 1963 ist selbst Ausdruck tieferliegender Schwierigkeiten der sozialistischen Staaten.

Keineswegs behaupte ich, daß Wertkategorien gänzlich instrumental betrachtet werden können, vielmehr bezeichnet ihre Verwendung nicht nur ein technisches, sondern auch ein gesellschaftliches Problem. Denn gerade die Tatsache des noch nicht unmittelbar gegebenen gesellschaftlichen Charakters der Arbeit verweist auf die Mangelhaftigkeit der gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen untereinander. Es muß jedoch gesehen werden, daß auch im früheren Planungssystem dieser Mangel ökonomisch evident zu tage trat und daß außerdem die gesellschaftlichen Beziehungen der Individuen nicht bereits qualitativ anderer Naturwaren, schon deswegen nicht, weil das streng zentralistische Planungs- und Leitungssystem die Individuen weitgehend auf den privaten Bereich reduzierte. Das Problem ergab sich folglich nicht erst mit der etwas stärkeren Stimulierung materieller Interessiertheit nach 1963. Wenn der stärkeren Betonung der Wertkategorien größere Mitplanungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten korrespondiert hätten, dann wäre durchaus ein stärkeres Aufbrechen der Privatinteressen denkbar gewesen, als es im Planungsystem vor 1963 je gegeben und denkbar war.

Die weiter oben angesprochene und als notwendig herausgestellte doppelte Wirtschaftsrechnung zeigt an, daß die Wertkategorien in der DDR eine andere Qualität als in der kapitalistischen Gesellschaft erhalten haben. Schon allein die Tatsache, daß Preise und damit gesellschaftliche Beziehungen und Strukturen bewußt gestaltet und nicht über den Markt bzw. die Kapitalbewegungen reguliert werden, daß die Kennziffer Gewinn bewußt eingesetzt wird, um die Betriebe indirekt auf gesamtgesellschaftliche Erfordernisse hin zu orientieren, deren unmittelbare Bestimmung der Zentrale nicht möglich ist, daß somit der Gewinn nicht Ausdruck sich selbst verwertenden Werts ist, sollte zeigen, von welch anderer Qualität diese gebrauchten Wertkategorien bereits sind. Wertkategorien bewußt einzusetzen – diese Tatsache zeigt bereits als solche an, daß sie nicht von vornherein verschleiernder Ausdruck bestimmter Aneignungsprozesse und damit bestimmter Herrschaftsverhältnisse sind. Werden die wirtschaftlichen Proportionen, Preise und Löhne anhand bestimmter gesellschaftlicher Zielvorstellungen geplant, verliert die Problematik, deren Ausdruck die Wertkategorien im Kapitalismus sind, weitgehend an Relevanz, sie wird sekundär. Die Kritik an gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen ist in einer gewußt geplanten Wirtschaft und Gesellschaft, in der auch die Wertkategorien bewußt gestaltet werden, (tauto)logischerweise nicht grundsätzlich am bewußt Gestalteten als Naturwüchsigem festzumachen und nicht mit den Kategorien Wesen/Erscheinung zu analysieren.

Aus den bisherigen Ausführungen wird deutlich, daß ich nicht wie andere sozialistische Kritiker der osteuropäischen Staaten bzw. wie die offizielle DDR-Position selbst der Meinung bin, daß sich hinsichtlich der gesellschaftlichen und/oder ökonomischen Probleme „Marxsche" Kategorien rezipieren und dann „anwenden" ließen. Vielmehr sind die Kriterien der Beurteilung aus der Untersuchung selbst zu erschließen, ansonsten hätte man, bevor man sich an die

konkreten Probleme begibt, bereits die Position zu ihrer Beurteilung festgelegt. Man braucht sich damit entweder nicht mehr den Problemen zu stellen oder ihre spezifische Lösung als gültig nicht mehr in Frage zu stellen.

2.

Bevor auf spezielle Probleme der Preisplanung in den letzten Jahren eingegangen und dort die Frage nach der 'Anwendung der Arbeitswerttheorie' gestellt wird, soll zuerst grundsätzlicher problematisiert werden, ob in einer „Übergangsgesellschaft" von einer Anwendung des Wertgesetzes gesprochen werden kann. Theoretiker wie z.B. W. Brus[6]), die sicherlich nicht in den Verdacht kommen können, sie wollten Ware-Geld-Beziehungen abschaffen, bezweifeln, daß überhaupt vom Wertgesetz im Sozialismus gesprochen werden kann. Es stellt sich somit die Frage, ob die DDR- Theoretiker, wenn sie vom sozialistischen Wertgesetz sprechen bzw. sprachen, unzulänglich reflektieren, was in der Praxis geschieht. Wenn nämlich in der „politischen Ökonomie des Sozialismus" in der DDR von der Anwendung des Wertgesetzes gesprochen wurde und wird, handelt es sich lediglich um die Frage der „richtigen" Gestaltung der Preise, in der neben anderen Aspekten die Ökonomie der Zeit zum Ausdruck kommen und die zur Ökonomie der Zeit anhalten soll.
Bei Marx, in der Kritik der politischen Ökonomie, also in der Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft, stellt zwar auch langfristig die Summe der Preise die Summe der Werte dar, die „Wertschöpfungslehre" läßt sich demzufolge nicht einfach vom „Wertgesetz " trennen, wie W. Hofmann[7]) dies tut. Nichtsdestotrotz kommt den Erörterungen über den Wert weitergehende Bedeutung zu. Denn bei seiner Kritik der politischen Ökonomie geht es Marx vornehmlich nicht um die Frage, was produziert wird, sondern um die gesellschaftliche Form, in der produziert wird, folglich um die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen in der Produktion und damit um die bestimmte Form der Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse, die in der Produktion immer von neuem reproduziert werden. Gegenüber einer oeconomia pura, die sich in doppeltem Sinne wertfrei gab und gibt – frei vom Wert, indem sie einzelwirtschaftlich den Produktionsprozeß als Produktionsprozeß von Sachen und nicht als immer wieder produziertes gesellschaftliches Verhältnis ansieht und zugleich frei von Werten im Sinne der wissenschaftlichen Werturteilsfreiheit, womit sie unter dem doppelten Schein der Wertfreiheit zugunsten wissenschaftlicher „Exaktheit" die bestehenden Verhältnisse zementiert – hat Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus die Klassenverhältnisse analysiert und ihnen „ökonomisch" in der „Werttheorie" Ausdruck verliehen.

Sich beziehend auf die Marxsche Kritik leuchtet es nicht ein, warum die DDR-Ökonomie so sehr das Wertgesetz betont, denn was die Ökonomen meinen, würde sinnvollerweise mit Gebrauchswert-Kosten-Analyse bzw. als Verhältnis von Aufwand und Ergebnis bezeichnet und damit das betreffen, was Marx unter der Beachtung des Grundsatzes der Ökonomie der Zeit versteht.[8]) M.a.W. ist die

6) W. Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft, Frankfurt 1971 (Warschau 1961)
7) W. Hofmann: Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, Berlin 1968, S. 109 ff., insbes. S. 117 f. Desweiteren ders.: Das ‚Wergesetz' in der Erwerbsgesellschaft unserer Tage und in der sozialistischen Planwirtschaft. In: Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital'. Hg. A. Schmidt/W. Euchner, Frankfurt 1968, S. 263 ff.

Praxis einerseits in dieser Hinsicht weiter fortgeschritten als die DDR-Theorie, die ja eigentlich eine planerische ist, andererseits kann an der skizzierten Problematik klar werden, warum die Probleme – z.B. die Preisprobleme – nicht besser bewältigt werden. Wenn von der Anwendung der Arbeitswerttheorie, vom sozialistischen Wertgesetz in einer starken Verkürzung der Marxschen Intention gesprochen wird, dann wird aus der Marxschen Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft eine Theorie bzw. eine Theorem gemacht, das auch für die Gesellschaft der „Übergangsperiode" gilt. So verfahren auch die Kritiker sozialistischer Staaten, die ihre Kritik anhand der Wertkategorien entfalten. Indem jedoch die Marxsche Kritik zum zeitlos gültigen Theorem erhoben wird, wird Marx auch zum sogenannten Klassiker erhoben, auf den man sich – auch wenn bei der Preisbildung in sehr unterschiedlicher Weise, wie noch zu zeigen sein wird – , beruft und der so als Klassiker gegen Kritik immun ist bzw. diejenigen, die sich auf ihn berufen, gegen Kritik immunisieren soll.

So sinnvoll es demzufolge ist, auf die genannten Aspekte, vornehmlich auf den auch und gerade im Sozialismus wichtigen Aspekt des ökonomischen Umgangs mit der gesellschaftlichen Arbeitszeit hinzuweisen vor allem in Anbetracht der Tatsache, daß ein Teil der Mängel des wirtschaftlichen Systems[9]) auf der Nichtbeachtung der Ökonomie der Zeit basierte, so wenig sinnvoll ist es, die damit ange-

8) „Gemeinschaftliche Produktion vorausgesetzt, bleibt die Zeitbestimmung natürlich wesentlich. Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie bei einem einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit ihrer Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf. Ebenso muß die Gesellschaft ihre Zeit zweckmäßig einteilen, um eine ihren Gesamtbedürfnissen gemäße Produktion zu erzielen; wie der Einzelne seine Zeit richtig einteilen muß, um sich Kenntnisse in angemessenen Proportionen zu erwerben oder um den verschiedenen Anforderungen an seine Tätigkeit Genüge zu leisten. Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz."(K. Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 89). Allerdings sind diese Äußerungen von Marx bezogen auf eine Gesellschaft, die keine Ware-Geld-Beziehungen mehr kennt, was jedoch nicht daran hindert, sie im „Wörterbuch der Ökonomie, Sozialismus" (Berlin 1969, S. 319 f) unter dem Stichwort Gesetz der Ökonomie der Zeit – als eines unter vielen anderen – zu zitieren. Ähnlich äußert sich F. Engels (Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Berlin 1960, S. 385 f): „Sobald die Gesellschaft sich in den Besitz der Produktionsmittel setzt und sie in unmittelbarer Vergesellschaftung zur Produktion verwendet, wird die Arbeit eines jeden, wie verschieden auch ihr spezifisch nützlicher Charakter sei, von vornherein und direkt gesellschaftliche Arbeit ..... Es kann ihr (der Gesellschaft, R.D.) also nicht einfallen, die in den Produkten niedergelegten Arbeitsquanta, die sie alsdann direkt und absolut kennt, noch fernerhin in einem nur relativen .... früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken und nicht in ihrem natürlichen .... Maß, der Zeit. .... Die Nutzeffekte der verschiedenen Gebrauchsgegenstände, abgewogen untereinander und gegenüber den zur ihrer Herstellung nötigen Arbeitsmengen werden den Plan bestimmen." Vgl. hierzu auch F. Oelßner: Die Rolle der Staatsmacht beim Aufbau des Sozialismus. In: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften. Berlin 1959, S. 11-65, bes. S. 64, wo Oelßner Engels Ausführungen – was vom Wertbegriff bleibe, sei die Abwägung von Nutzeffekt und Aufwand – positiv hervorhebt. Dies hat jedoch nichts mit einem sozialistischen Wertgesetz zu tun.
Vgl. auch K. Marx: Das Kapital, Bd. III, Berlin 1967, S. 859: „Zweitens bleibt, nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher denn je wird."

9) Vgl. H. Mann: Notwendige Veränderungen des Preissystems der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, 11/1962, S. 1601 ff.

sprochene Problematik unter die umfassendere Problematik des Wertgesetzes zu subsumieren. Diesem Mißverständnis korrespondiert das „Mißverständnis" hinsichtlich der Anwendung der Marxschen „Arbeitswerttheorie" in der Preisbildung. Zeitigte das erste Mißverständnis „nur" langfristig negative gesamtgesellschaftliche Folgen, so das zweite unmittelbar verheerende ökonomische Folgen. Wenn z.B. ein Teilnehmer der Konferenz zur Übergangsperiode in der ökonomischen Situation der DDR von 1955 das Problem referiert[10]), ob der gesamte Arbeitsaufwand, d.h. der volle Wert des Produktes Grundlage der Preisfestsetzung bei den Produktionsmitteln sein solle oder nicht besser nur die Selbstkosten (=Verarbeitungskosten minus Materialkosten) zuzüglich mäßiger Gewinne und – sich wohl selbst distanzierend – äußert, daß sich die Genossen für den zweiten Vorschlag entschieden, damit die Produktionsmittel nicht als Ware anerkannt würden, dann zeigt dies ein gefährliches Nicht-Verstehen dessen an, was bisher erreicht wurde. Solche Beiträge demonstrieren dagegen nicht, wie P. Mitzscherling in ähnlichem Zusammenhang meint, daß „ideologische Determiniertheit" und ökonomische Effizienz sich bis zu einem gewissen Grad unversöhnlich gegenübertreten, womit der Beweis erbracht wäre, daß das System, solange es sich an seine Prämissen hält, ökonomisch nur bedingt – und immer schlechter als das kapitalistischen – lebensfähig ist[11]). Auch wenn die Preise nicht die Selbstkosten zum Ausdruck bringen, sondern den vollen „gesellschaftlichen Arbeitsaufwand"[12]), erhält damit das Wertgesetz keineswegs bereits die Rolle des Regulators der Produktion und Reproduktion[13]), weil die gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. die kapitalistischen Grundstrukturen beseitigt wurden, in denen der gesellschaftliche Zusammenhang sich unbewußt, naturwüchsig vermittelt über das Wertgesetz, durchsetzt.

3.
Die einzelnen Preistypen und ihre Funktionen
3.1.

Wurde bisher versucht, auf einer allgemein theoretischen Ebene die Problematik der

10) W. Brus, in: Die Übergangsperiode ... (vgl. Fn 13), S. 156

11) Vgl. P. Mitzscherling: Zunehmender Dirigismus oder der Ausbau des neuen ökonomischen Systems? Hintergründe, Entwicklung und Erfolge der Wirtschaftsreformen in der DDR. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 2/1969, S. 252. Sowie ders.: Die Wirtschaft der DDR. Bestandsaufnahme und Praxis: In: Deutschland-Archiv, 12/1971, S. 1290

12) Dazu Marx selbst (Kapital, Bd. III, S. 185): „Unterstelle, die Arbeiter seien selbst im Besitz ihrer respektiven Produktionsmittel und tauschten ihre Waren miteinander aus. Diese Waren wären dann nicht Produkte des Kapitals. Je nach der technischen Natur ihrer Arbeiten wäre der Wert der in den verschiedenen Arbeitszweigen angewandten Arbeitsmittel und Arbeitsstoffe verschieden; ebenso wäre, abgesehen von dem ungleichen Wert der angewandten Produktionsmittel, verschiedene Masse derselben erheischt für gegebene Arbeitsmasse, je nachdem eine bestimmte Ware in einer Stunde fertiggemacht werden kann, eine andre erst in einem Tag etc. Unterstelle ferner, daß diese Arbeiter im Durchschnitt gleich viel Zeit arbeiten, die Ausgleichungen eingerechnet, die aus verschiedner Intensität etc. der Arbeit hervorgehn. Zwei Arbeiter hätten dann beide in den Waren, die das Produkt ihrer Tagesarbeit bilden, erstens ersetzt ihre Auslagen, die Kostpreise der verbrauchten Produktionsmittel. Diese wären verschieden je nach der technischen Natur ihrer Arbeitszweige. Beide hätten zweitens gleich viel Neuwert geschaffen, nämlich den den Produktionsmitteln zugesetzten Arbeitstag. Es schlösse dies ein ihren Arbeitslohn plus dem Mehrwert, der Mehrarbeit über ihre notwendigen Bedürfnisse hinaus, deren Resultat aber ihnen selbst gehörte."

13) Vgl. Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Protokoll der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955. Berlin, 1955, S. 156

Vorstellungen von der „Anwendung des Wertgesetzes", der „Anwendung der Arbeitswerttheorie" in der DDR aufzuzeigen, so soll im folgenden anhand der Analyse der historisch in der DDR gegebenen verschiedenen Preistypen der Versuch gemacht werden, exemplarisch die anfangs entwickelten Probleme zu verdeutlichen. Erst die genaue Darstellung und Analyse einer sogenannten „Wertkategorie" wie z.B. der des Preises ermöglicht es, dem Problem näher zu kommen, was denn nun der wirkliche Unterschied zwischen solchen Kategorien im Kapitalismus und in einer sich sozialistisch nennenden Gesellschaft ist, und ob es berechtigt ist, die Ausdehnung der Verwendung bestimmter Wertkategorien schlechthin identisch zu setzen mit der Hereinnahme kapitalistischer Elemente, um dann den Schluß – Rückkehr zum Kapitalismus – daraus abzuleiten.

Der hier zuerst darzustellende Preistyp ist von einer ganz anderen Qualität als die den ökonomischen Reformen seit 1963 folgenden. Dies darf bei der nun nacheinanderfolgenden Skizzierung nicht außer acht gelassen werden. Ein großer Unterschied ist darin zu sehen, daß dieser erste Preistyp nicht als Mittel einer umfassenderen Planungspolitik diente. Das Gegenteil ist der Fall, weil im Planungssystem vor 1963 versucht wurde, Wertkategorien und Warenproduktion möglichst zurückzudrängen. Dieses abstrakt – nämlich rein intentional – von einer sozialistischen Position aus betrachtet sinnvolle Wollen schlug sich z.B. im weitgehenden Festhalten an den Preisen auf dem Stand von 1944 nieder. Damit entsprach der Preis nicht mehr dem Arbeitsaufwand (Kosten) auf dem Entwicklungsstand der DDR und er sollte dies, zumindest bezogen auf die Produktionsmittel, auch nicht, weil die Produktionsmittelproduktion nicht unter die Warenproduktion fallen sollte. Mit dem positiv zu wertenden Versuch der Zurückdrängung der Warenproduktion wurde somit aber auch – verbunden mit anderen Maßnahmen – die gesellschaftliche Rechnungsführung, der sparsame Umgang mit den gesellschaftlichen Ressourcen und ihre planmäßige rationale Verteilung auf die verschiedenen Produktionszweige vernachlässigt und gesellschaftlich schädliches einzelbetriebliches Verhalten sozusagen erzwungen.

Da der betriebliche Reproduktionszyklus nach einem Jahr unterbrochen wurde, mußten die Betriebe jährlich neu die Mittel zur Reproduktion anfordern. Hatte nun z.B. die Betriebsspitze das Leistungsvermögen des Betriebes niedriger angegeben, als es der betrieblichen Realität entsprach, womit dann die quantitativen zentralen Planauflagen geringer ausfielen, so entsprachen die jährlichen staatlichen Zuweisungen bzw. Subventionen diesem angegebenen Leistungsvermögen. Steigende Arbeitsproduktivität bedeutete unter diesen Bedingungen zusätzlicher Bedarf der Betriebe an staatlichen Zuweisungen, was sich dann als sinkende Rentabilität ausdrückte. Die staatlichen Zuweisungen waren deshalb Zuweisungen, weil die betriebliche Weiterentwicklung nicht von der eigenen Leistung abhing, da Eigenerwirtschaftung und Eigenbestimmung der betrieblichen Reproduktion zwecks Zurückdrängung der Warenproduktion, d.h. zwecks Durchsetzung zentraler Planung, negiert wurde. Um Subventionen handelt es sich deshalb, weil die eingefrorenen Preise den betrieblichen Arbeitsaufwand (Kosten) nicht wiedergaben und der Gewinn – er existierte also schon vor 1963 – nicht, wie gleich noch zu zeigen sein wird, auf den gesamten Arbeitsaufwand bezogen wurde. Der Betrieb war also von daher gar nicht in der Lage, seine weitere Reproduktion selbst zu finanzieren.

Nutzten nun, um das begonnene Beispiel weiter auszuführen, die Arbeiter die Maschinen stärker aus, erhöhten somit die Arbeitsproduktivität und damit den Ausstoß an Gütern, reichten die staatlichen Zuweisungen und Subventionen nicht

aus, da der laufende Aufwand (Rohstoffe, weiterverarbeitete und weiterzuverarbeitende Produkte, Gemeinkosten) sich erhöht hatte. Der Betrieb mußte infolgedessen ein größeres Maß an Zuweisungen anfordern. Steigende Arbeitsproduktivität erschien offiziell als sinkende betriebliche Rentabilität.[14])

Ein sehr wichtiger Unterschied gegenüber späteren Preistypen ist folglich bei diesem ersten Preistyp darin zu sehen, daß mit ihm nicht versucht wurde, indirekt die Betriebe zu wirtschaftlich rentablem Verhalten anzuhalten, sondern daß gerade umgekehrt versucht wurde, jegliche Auswirkungen der Tatsache, daß es abstrakt betrachtet noch „Preise" gab, zurückzudrängen. Wirtschaftlich rentables Verhalten sollte mittels einer (Un) Menge an quantitativen und qualitativen Kennziffern, d.h. vorwiegend mittels einer Orientierung an der Gebrauchswertproduktion erreicht werden.

Ein weiterer wichtiger Unterschied ist damit bereits angesprochen: das Festhalten an einem auf dem Stand von 1944 eingefrorenen Preissystem ist – unbeholfener – Ausdruck des Versuchs, die Wertkategorien völlig zurückzudrängen, sie also auch nicht zu „gebrauchen", was desweiteren darin zum Ausdruck kommt, daß es genau mit dieser Begründung abgelehnt wurde, den gesamten Arbeitsaufwand im Preis auszudrücken. Das heißt aber, daß mit dem Zurückdrängen der Wertkategorien auch wirtschaftliche Rechnungsführung, sparsamer Umgang mit dem gesellschaftlichen Arbeitsaufwand, soweit er vergegenständlicht ist, nicht beachtet wurde. Mit einer solchen „Anwendung" der Marxschen „Arbeitswerttheorie" wird aus der Analyse des Wertes als gesellschaftliches Verhältnis von Menschen, aus den Analysen des I. Bandes des „Kapital" der Versuch eines Preisbildungstheorems gemacht.
Ich versuche also zu unterscheiden zwischen

a) einer früheren Anwendung der Arbeitswerttheorie als einer Theorie, die begründet, daß letztlich nur die Arbeit Wert schafft und von da aus die Preise bestimmt, ohne daß der Unterschied zwischen Wertreichtum und wirklichem Reichtum bedacht würde,
b) einer späteren Anwendung der Arbeitswerttheorie, die vorgibt, im Preis den objektiven Wert der aufgewandten Arbeit auszudrücken unter Einbezug des Wertes der vergegenständlichten Arbeit (Grundfonds und laufende Materialkosten) und
c) einer Anwendung des Wertgesetzes, bei der der Versuch gemacht wird, mittels Wertkategorien – z.B. des im späteren Teil dieses Aufsatzes skizzierten Preissystems – die Betriebe indirekt zu rentablem Wirtschaften anzuhalten.

Auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die in der Gestaltung der Preistypen zum Ausdruck kommen, werde ich weiter unten nach der Darlegung und Problematisierung der Preistypen erneut eingehen, wobei es im vorliegenden Aufsatz vornehmlich um Punkt b) gehen soll, während c) überwiegend dem Aufsatz zur Wirtschaftrechnung vorbehalten bleibt.

Bezugsbasis des Gewinns (Reineinkommensrate)[15]) war im ersten Preistyp „v" in Form des Lohnaufwands, da nur die Arbeit Wert schaffe. Ein derartiges Verständnis der „Arbeitswerttheorie" – der sog. Wertpreis – läßt sich in folgender Formel ausdrücken

$$p = c + v + vk_1$$ [16]).

14) Vgl. die Ausführungen des Ministers für Schwerindustrie Fritz Selbmann auf derselben Konferenz, a.a.O., S. 36 f.

Beim „Wertpreis“ wird demzufolge überhaupt nicht reflektiert, daß „c“ (also die Grundfonds und auch die laufenden Mittel) vergegenständlichte Arbeit, folglich Arbeitsaufwand vergangener Arbeitsprozesse ist, mit dem sparsam umzugehen ist. In „c“ kommt der gesellschaftliche Arbeitsaufwand nicht bzw. durch das Preissystem verzerrt zum Ausdruck. Damit wird weder die Marxsche Kritik am Gothaer Programm noch seine Ausführungen in den Grundrissen begriffen. Marx führt aus, daß die Arbeit nicht die Quelle allen Reichtums, sondern die Quelle des jeweils neu geschaffenen Wertreichtums ist, während der wirkliche gesellschaftliche Reichtum auch z.B. durch Bodenschätze etc. bestimmt wird. Geht es also um gesellschaftliche Rechnungsführung muß sowohl mit dem natürlichen gesellschaftlichen Reichtum wie mit der in früheren Arbeitsprozessen vergegenständlichten Arbeit sparsam umgegangen werden. Da die Unterscheidung zwischen Wertreichtum und gesellschaftlichem Reichtum nicht begriffen wurde, wurde auch nicht sparsam mit den gesellschaftlichen Ressourcen umgegangen und damit auch keine gesellschaftliche Rechnungsführung betrieben. (Hinsichtlich der Entwicklung in der UdSSR müßte dieses Problem auch als ein Problem der Forcierung der Industrialisierung um jeden Preis – z.T. aufgrund der außergesellschaftlichen Situation analysiert werden.) Genausowenig wurden andere Ausführungen in der Kritik am Gothaer Programm begriffen. Marx führt hier aus, daß der Arbeiter eben kein Recht auf individuelle Auszahlung des ungekürzten Arbeitsertrages hat, da z.B. die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds nötig sind. Demzufolge ist der Lohn nicht identisch mit

---

15) Vgl. O. Spitzner: Wirtschaftsverträge – sozialistische Wirtschaftsleitung. Rolle und Bedeutung der Wirtschaftsverträge im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Berlin 1965, S. 177 ff. Spitzner unterteilt in vier Etappen der Entwicklung des Preissystems (danach folglich heute in fünf):
1) Von 1945 bis 1948:notwendige administrativeMaßnahmen des Preisstopps, um angesichts des Warenmangels und des Kaufkraftüberhangs inflationistische Tendenzen zu begegnen. Die Preise hatten keine lenkende Wirkung auf den Austauschprozeß, vielmehr vollzog sich dieser aufgrund administrativer Verteilungsanweisungen.
2) Von 1948-1953: Spitzner meint, daß unter Ausnutzung der mittels der Währungsreform vorgenommenen Kaufkraftreduzierung feste betriebsindividuelle Preise gebildet worden seien.
3) Von 1953-1964: Einführung einheitlicher Festpreise; dabei wurde die Gesamtpreissumme der Waren beibehalten, womit das vorgefundene durchschnittliche Preisniveau übernommen wurde. Weiterhin wurde eine umsatzabhängige Produktionsabgabe eingeführt, deren Abführung im Gegensatz zur Gewinnabführung, die bei jedem einzelnen Betrieb erfaßt wird, erst in den weiterverarbeitenden Produktionsstufen erfolgt.
4) Seit 1. April 1964 (wohl auch im Sinne Spitzners bis 1968/69 zu terminieren:) Umbewertung der Grundmittel und Industriepreisreform. Der sog. gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand soll Grundlage der Preisbildung werden. Anders ausgedrückt: das „Wertgesetz“ soll zur Anwendung kommen. Die Preise sind weiterhin als Festpreise gedacht, sollen jedoch kontinuierlich überprüft werden. Weiterhin wird das Reineinkommen nicht mehr jährlich zentralisiert, vielmehr innerhalb der VVB als Produktionsverband stärker realisiert.

16) M. Melzer: Preispolitik und Preisbildungsprobleme in der DDR. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 3/1969, S. 325, wobei
„p = Preis des Produkts
c= Materialkosten + Abschreibungen je Produktionseinheit
v=Lohnkosten je Produktionseinheit
c+v = Selbstkosten je Produktionseinheit
k=vorgegebene Gewinnrate, die bei den verschiedenen Preistypen unterschiedlich ist
K=Produktionsfonds je Produkteneinheit (=Kapital + Umlaufmittel)”.
Vgl. desweiteren F. Haffner: Das sowjetische Preissystem. Berlin 1968

ler wirklich geleisteten Arbeit,[17]) so daß der sogenannte Wertpreis auch immanent nicht dem Wert gleich kommt. Darüberhinaus kann man feststellen, daß ein solcher Preistyp zum Ausdruck bringt, daß mittels der Preisbildung keine Steigerung der Arbeitsproduktivität initiiert wurde, und – wie bereits erwähnt – auch nicht initiiert werden sollte. Der Preistyp sollte nicht positiv etwas bewirken – z.B. sparsamen Umgang mit vergegenständlichter Arbeit –, sondern negativ etwas verhindern, nämlich das Wirken der Wertkategorien. Ansonsten wurde der Betrieb weitgehend mittels Kennziffern am Güterausstoß orientiert. Im Zusammenhang damit, daß das Kennziffernsystem weder in sich stimmig war, noch Rentabilität wirksam förderte, noch verhindernkonnte, daß die Betriebe im eigenbetrieblichen Interesse das Kennziffernsystem weithin untergruben, wirkte sich der Preistyp jedoch dahingehend aus, daß der technische Fortschritt vernachlässigt wurde. „v“ wurde nicht durch „c“ substituiert, da dies, wie das Beispiel zeigte, negative Konsequenzen hinsichtlich des jährlichen Rentabilitätsausweises gehabt hätte. Hinzukommt, daß die jährliche Unterbrechung des Reproduktionszyklus eine solche Substitution, eine solche Umstellung, die aufgrund der Umstellung erst auch einmal Verluste mit sich bringen mußte, nicht nahe legte.

Einerseits ist dieser Preistyp für den mangelnden technischen Fortschritt nicht verantwortlich, weil er dafür nicht gedacht ist. Andererseits kann aber doch gezeigt werden, daß jegliche Überlegungen hinsichtlich der Steigerung des technischen Fortschritts auf betrieblicher Ebene, somit gesamtgesellschaftlich gesehen sinnvolle betriebliche Aktivitäten, abgetötet werden, solange die Gewinnrate bzw. Reineinkommensrate sich lediglich auf „v“ in Form des Lohnaufwands bezieht. Substitution von „v“ durch „c“ kann zwar technischen Fortschritt implizieren, bedeutet aber zugleich, daß der Gewinn, der sich auf die Lohnkosten bezieht, sich prozentual verringert und damit vor allem die Prämien, denn in ihnen wirkte sich der Gewinn positiv für den Betrieb aus. In Anbetracht des in der DDR auch schon zu dieser Zeit vorhandenen Arbeitskräftemangels wird der Widersinn des sogenannten Wertpreises auch unter diesem Aspekt offenkundig.

.2.

Im Gegensatz zu dem soeben skizzierten Preistyp wurde im NÖS (also seit 1963) dem Preis durchaus eine positive Funktion zugedacht. An die Stelle des „Administrierens“ mittels einer Masse an Kennziffern trat ein System von ökonomischen „Hebeln“, das die Betriebe indirekt zu wirtschaftlicher Rentabilität und auf die zentralen Setzungen hin verpflichten sollte. Zu solchen Hebeln wurden die Wertkategorien wie Gewinn, Preis, Kredit, Zins, Lohn, Prämie erkoren. Sie wurden infolgedessen nicht zurückgedrängt, indem man sie nach Möglichkeit negiert, vielmehr

---

7) Vgl. W. Hofmann: Das Wertgesetz ..... (Fn 7), S. 287: „Es ist allerdings sehr schwer, die Lohnproportionen nach Wertgesichtspunkten – oder sagen wir besser: nach Arbeitsaufwand – zu korrigieren, weil jede Korrektur nur im Sinne von Lohnerhöhungen geschehen könnte und weil dies praktisch für die Volkswirtschaft eine kolossale, eine schlagartige Erweiterung der Lohnsumme bedeuten würde; diese Lohnsumme müßte entsprechend durch Konsumgüter abgedeckt sein.“ Daß dem so ist, kommt auch in dem Vorschlag von R. Kindler (Arbeitskräftefonds und fondsbezogener Preistyp. In: Wirtschaftswissenschaft, 1/1972, S. 47 ff. z.B. S. 50) zum Ausdruck, bei der Einführung einer Arbeitskräftefondsabgabe, den einmaligen Fondsaufwand nicht aus dem Reproduktionsaufwand (sprich: Lohnkosten) zu berechnen, sondern von den gesellschaftlich notwendigen Bildungskosten auszugehen.

bewußt benutzt. Damit tauchte selbstverständlich die Frage auf, inwieweit gesamtgesellschaftlich planerisch gestaltend Wertkategorien gebraucht und jegliche negativen Auswirkungen verhindert werden können oder inwieweit diese Kategorien nicht doch eine solche Eigendynamik gewinnen, daß durch sie bewußte gesamtgesellschaftliche Planung negiert wird. Zwischen diesen Alternativen gibt es eine Fülle von Abstufungen und genau diese Abstufungen stellen die reale Problematik im Rahmen der Wirtschaftsreformen in der DDR dar.

Im Preistyp, der diesen Tendenzen entspricht, wurden die Selbstkosten (= laufender Aufwand) zur Bezugsbasis des Gewinns bestimmt, der nun weitgehend die Fülle der früher gebrauchswertorientierten Kennziffern ersetzte und somit zur wichtigsten Kennziffer wurde. Der kostenbezogene, d.h. hier auf den laufenden Aufwand bezogene Preistyp läßt sich in der Formel

$$p = c + v + (c+v)\, k_2$$ [18]

ausdrücken. Das bedeutet, daß in der Bezugsbasis des Gewinns auch der laufende Aufwand, der sich nicht auf den Lohnfonds bezieht (Materialien, Gemeinkosten etc.), berücksichtigt wurde – nicht hingegen die Grundmittel (von bürgerlichen Autoren als Anlagekapital bezeichnet, womit sie die stoffliche Form und die Wertform „verwechseln").

Dieser Preistyp scheint von den an ihn gestellten Aufgaben her wenig einsichtigt. Wenn die Betriebe am Gewinn orientiert werden sollen, darf die Bezugsbasis nicht so gewählt werden, daß einzelwirtschaftlich unrentables Verhalten zu betrieblichen Gewinnen führt. Dies war aber durchaus der Fall. Indem der Gewinn auf die Selbstkosten bezogen wird, führen überhöhte Verarbeitungskosten (überhöhter Materialaufwand, teure Materialien) – da sie ohne ein weiteres Korrektiv die Bezugsbasis des Gewinns darstellen – zu größeren Gewinnen. Selbstkostensenkung und damit Erhöhung der Gewinne mittels technischen Fortschritts oder sinnvoller Organisation initiierte dieser Preistyp jedenfalls nicht, vielmehr stellen die so prämierten überhöhten Verarbeitungskosten eine Vernachlässigung eben dieses Fortschrittes dar. Der Gewinn wird damit als ökonomischer Hebel und wichtige Kennziffer fragwürdig.

Gerade am Versagen dieses Preistyps als eines ökonomischen Hebels – u.a. zur Erzwingung eines ökonomischen Umgangs mit den aufgewendeten Produktionsmitteln – läßt sich der grundsätzliche Unterschied zwischen den Kategorien Preis und Gewinn im Neuen ökonomischen System und im Kapitalismus exemplarisch aufzeigen. Aufgrund des Systems der Preisfestsetzung (Bezug einer staatlich festgesetzten Gewinnrate auf einen bestimmten Teil oder auch den Gesamtumfang des zur Produktion einer Ware vergegenständlichten und lebendigen Arbeitsaufwands) fällt der Gewinn nicht etwa bei großzügig - verschwenderischem Umgang mit den Produktionsmitteln, wie dies notwendig im Kapitalismus der Fall wäre, sondern steigt. Dies ist ein Paradoxon: je weniger sparsam mit den Produktionsmitteln umgegangen wird, je höher der Gewinn. Hier zeigt sich grundsätzlich die Schwierigkeit der Konstruktion sogenannter ökonomischer Hebel, die quasi als Zwangsmechanismen wirken sollen, ohne daß der tatsächliche Zwangsmechanismus, der Zusammenhang der arbeitsteilig produzierenden Privatproduzenten über den Zirkulationsprozeß ihrer Waren, der Markt, die Konkurrenz, deren Gesetze allein von ihnen anerkannt werden, wirksam wäre. Anders gewendet: gerade an der

18) Melzer, ebd. (FN 16)

völlig widersprüchlichen und paradoxen Wirkung von als ökonomische Hebel gedachten Gesetzesmaßnahmen zur Preisfestsetzung wird deutlich, wie wenig von der Wirksamkeit eines Marktes, also eines blind wirkenden Wertgesetzes in der DDR gesprochen werden kann. In der Struktur laufen die Probleme, welche im folgenden dargestellt werden, auf die Vermeidung des hier kurz zusammengefaßten Paradoxon hinaus.

Stellt man fest, daß zwischen dem Ergebnis getroffener Maßnahmen und den ihnen verbundenen Intentionen eine so offenkundige Kluft besteht, so sucht man nach Gründen, die sich für diese Maßnahmen anführen lassen. Hier muß sicherlich mitbedacht werden, daß der historische Ablösungsprozeß gegenüber einer ca. 30 Jahre lang gültigen Rezeption der Marxschen Kritik langwierig war, eine Rezeption, die die Wertkategorien als solche ohne sie im jeweiligen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu reflektieren, in der Umgestaltung der Produktionsverhältnisse meinte völlig zurückdrängen zu müssen, ohne dabei zu überlegen, ob diese Kategorien noch dasselbe bezeichnen, nämlich eine bestimmte Form des Arbeitsprozesses als Verwertungsprozeß, Aneignungsbeziehungen, Verkauf der Arbeitskraft unter dem Schein des Äquivalententausches. (Mit dieser Rezeption der Marxschen Kritik war aber auch der Aspekt, der in den Wertkategorien im Kapitalismus in einer bestimmten Form zum Ausdruck kommt, weitgehend negiert worden, der dabei von zeitloser Gültigkeit ist, nämlich der stoffliche, d.h. hier global sparsamer Umgang und optimale gesellschaftliche Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes und zwar auch in seiner vergegenständlichten Natur). Dieser allmähliche Ablösungsprozeß darf dabei nicht nur als mühsamer wissenschaftlicher Umdenkungsprozeß gegenüber der historischen Erstgeburt betrachtet werden, vielmehr muß er auch als politischer Kampf zwischen Parteigruppierungen angesehen werden. Auch die sowjetische Industrialisierungsdebatte, an deren Ende sich das von Stalin artikulierte Verständnis der Marxschen Kritik als offizielle Theorie durchsetzte, war schließlich keine abstrakte wissenschaftliche Diskussion gewesen. Insofern ist die Vorsicht bei der Behandlung dieser Problematik auch unter diesem Aspekt begreiflich. Sie ist desweiteren begreiflich aus der vorhandenen Unsicherheit, inwieweit die offiziell eingeleitete Entwicklung u.U. sich verselbständigen könnte, inwiefern hier Strukturen sich restaurieren, deren Beseitigung gerade das Ziel der gesellschaftlichen Umwälzungen gewesen war.

Ökonomisch betrachtet war ein unmittelbarer Übergang z.B. zum nachfolgend zu skizzierenden Industriepreis, bei dem die Gewinnrate auf die Grundfonds bezogen wurde, womit die vergegenständlichte Arbeit völlig in die Preisbildung einbezogen wurde, auch deshalb nicht möglich, weil der Wert der Grundmittel überhaupt erst einmal zu Wiederbeschaffungspreisen ermittelt werden mußte, wie auch das Industriepreisgefüge dem in ihm vergegenständlichten Arbeitsaufwand (Kosten) annähernd angeglichen werden mußte. Vorher hätte der Bezug der Gewinnrate auf die Grundfonds zu völlig jeglicher wirtschaftlicher Rechnungsführung widersprechenden Ergebnissen führen müssen.

Letztendlich mag man auch davon ausgegangen sein, daß die Notwendigkeit eines Zwangsmechanismus gegenüber den Betrieben nicht gegeben sei. Mit der Abschaffung der Orientierung an einer Unzahl von Kennziffern mag man die Hoffnung auf ein nun rationales Verhalten der Betriebe verbunden haben. Dafür spricht, daß die offizielle Kritik am Planungssystem vor 1963[19]) sich gegen ein Zuviel an

19) Vgl. den Anhang zur Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963. In: GBl der DDR, II, 1963, S. 453
20) entfällt

Administration wendet und weniger gegen die auch durch betriebliches Verhalten hervorgerufenen bzw. verschärften Mängel.

Neben den dem Preistyp anzulastenden überhöhten Verarbeitungskosten und damit verbunden ungerechtfertigten Gewinnen, womit sich technische Stagnation verband, war der Preistyp auch hinsichtlich der fondsintensiven Zweige ein untaugliches Mittel zur – über den Gewinn erfolgenden – Orientierung an wirtschaftlich rentablem Verhalten. Dafür war allerdings der Preistyp auch nicht gedacht und konnte es vor der Industriepreisreform auch nicht sein. Zum anderen spielte die Eigenerwirtschaftung und Eigenbestimmung eine geringere Rolle als in der späteren Phase von 1967 - 1970, so daß die Auswirkungen dieser so bezogenen Gewinnrate auf fondsintensive Zweige weniger ins Gewicht fielen, als bei noch stärkerer Betonung der Eigenerwirtschaftung der Mittel, andererseits zeigt dies die sehr reduzierte Orientiertheit dieses Preistyps an den Wertkategorien an.

Eine genuine Logik wäre dem System infolgedessen dann nicht abzusprechen gewesen, wenn ein Korrektiv vorhanden gewesen wäre, das dem Bezug der Gewinnrate auf die Selbstkosten dahingehend begegnet wäre, daß daraus nicht überhöhte Selbstkosten entstehen. Dem 1969 eingeführten fondsbezogenen Industriepreis wurde genau ein solches Korrektiv an die Seite gestellt, nämlich die Produktionsfondsabgabe. Hierauf gehe ich weiter unten ein.

3.3.

Aus den genannten Gründen – mangelnde Stimulierung des technischen Fortschritts, Benachteiligung der fondsintensiven Zweige, verschieden geartete Orientierung an den Wertkatgeorien – hat man im Laufe der Entwicklung des NÖS/ÖSS von 1967 - 1969 eine Reihe neuer Maßnahmen entwickelt. Die wichtigsten Bestandteile des Komplexes dieser aufeinander bezogenen Maßnahmen sind:

- der fondsbezogene Industriepreis*, bei dem die Bezugsbasis für eine einheitliche Gewinnrate die gesellschaftlich notwendigen Grundfonds darstellen[21])
- die 6%ige Produktionsfondsabgabe*, die einen sparsamen Gebrauch von Grund- und Umlaufmittel garantieren soll
- das Industriepreisregelsystem*, das einschnitthafte administrative Preisveränderungen zugunsten gleitender Preisveränderungen abschaffen soll, womit sich Kriterien für Ober- und Untergrenzen der Fondsrentabilität verbinden
- das Normativ der Nettogewinnabführung*, das als Prozentsatz auf den insgesamt zu erwirtschaftenden Nettogewinn (=Bruttogewinn-Prdouktionsfondsabgabe) vorgesehen war[22])

Aber auch:

- Preisformen und Vertragsbeziehungen[23])

---

21) Vgl. zu den angekreuzten Aspekten nach der Behandlung der grundlegenden Preistypen die Ausführungen unter Punkt 4, S. 85 ff.

22) Vgl. hierzu die Änderungen im Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dez. 1970, GBl. der DDR, II, S. 731. Unter den „staatlichen Plankennziffern" ist in Punkt 6 ein „Nettogewinnabführungs*betrag* an den Staat (*in Mark*)" und unter den „staatlichen Normativen" das "Normativ der Nettogewinnabführung (*für Übererfüllung der Kennziffer Nettogewinn*) in Prozent" zu finden (Hervorh. v. mir).

23) Vgl. die Anordnung Nr. Pr. 12 über die Preisformen bei Industriepreisen vom 14. November 1968. GBl. der DDR, 1968, S. 971, Desweiteren O. Spitzner (FN. 15), S. 179-189 und Melzer (Fn 16) S. 341.

- die Preisbildung* für neu- und weiterentwickelte sowie für veraltete Erzeugnisse zwecks Stimulierung des technischen Fortschritts[24])
- Preisrelationen bei Substituierbarkeit von Gütern[25])
- Preisprognosen[26])
  die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreisplanung[27])
- das Bilanzierungssystem[28])

Vor der Einführung der soeben aufgezählten Prinzipien der Preisgestaltung waren bereits mit der Umbewertung der Grundmittel[29]) und der Industriepreisreform[30]) (nicht Industriepreisregelsystem) die Voraussetzungen geschaffen worden für:

- die Eigenerwirtschaftung der Mittel zur Finanzierung der Reproduktion und zwar auch der erweiterten[31])

---

24) Vgl. die Anordnung über die Preisbildung für neu- und weiterentwickelte sowie veraltete Erzeugnisse der chemischen Industrie vom 7. November 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 977. Dieser Punkt unterliegt heute einer stärkeren Kontrolle, da mit Hilfe dieser Bestimmung die Betriebe sich ungerechtfertigte Gewinne aneigneten, indem sie an Produkten unwichtige und für den Verbraucher unnötige Veränderungen vornahmen, um dadurch zu höheren Preisen und damit zu höheren Gewinnen zu gelangen.

25) Vgl. E. Heyde/K. Reiher/G. Hartmann: Fragen und Antworten zur Industriepreispolitik, Berlin 1969, S. 154 ff

26) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 346-348

27) Vgl. die Anordnung Nr. Pr. 13 über die Ermittlung der ökonomischen Planinformationer für die Industriepreisplanung im Perspektivplanzeitraum 1971-1975 vom 30. September 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 29

28) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 349:
„Die Preise werden damit Bestandteil eines wirtschaftspolitischen Systems, das im Rahmen der Planung
– über den Gewinn die betriebliche Leistungsfähigkeit mißt,
– mit der Produktionsfondsabgabe eine verbesserte Nutzung der Kapital- und Umlaufmittel anregt,
– den Betrieb vermittels des ihm verbleibenden Nettogewinns – als Grundlage sowohl des Prämienfonds als auch des Finanzierungsspielraums für seine Investitionstätigkeit – zu Leistungsverbesserungen veranlaßt,
– mit der Preisdynamisierung betriebliche Kostenminderungen induziert,
– über Prognosen sowohl sich entwickelnde als auch dringend notwendige Strukturänderungen erkennbar werden läßt und
– mit strukturpolitischen Maßnahmen (z.B. Festlegung der Normative der Ober- und Untergrenzen der Fondsrentabilität sowie vor allem der Sätze der Nettogewinnabführung) dort eingreift, wo die Entwicklungstendenzen der Betriebe nicht der staatlich gewollten Struktur entsprechen."

29) Vgl. GBl. der DDR, Teil II, 1962, S. 34 und GBl. der DDR Teil II, 1964, S. 118. Die Umbewertung der Grundmittel bzw. des Brutto-Anlagevermögens zu 1963 entstehenden Wiederbeschaffungspreisen erfolgte im volkseigenen Bereich im Verlauf des Jahres 1963. Dies war die Voraussetzung dafür, um den tatsächlich entstehenden Aufwand in den Preisen ausdrücken zu können, was sich nach den Erfahrungen mit dem System vor 1963 als dringend erforderlich erwies.

30) Die Reform wurde von 1964 bis 1967 durchgeführt, womit die Höhe des Gewinns von der eigenen betrieblichen Leistung abhängig gemacht werden sollte.

31) Zu den Fragen, die hier auftauchen müssen (Wie kann der Gewinn verwandt werden? Können Investitionen beliebig vorgenommen werden? Wird die proportionale Entwicklung ausschließlich von den eigenverantwortlichen Betrieben und deren Investitionspolitik bestimmt? Was wird durch die zentrale Planung vorgegeben? etc.), vgl. den vorstehenden Aufsatz.

– den Ausweis der betrieblichen Effektivität
– die Forderung des Kosten-Nutzen-Denkens bzw. überhaupt erst eine sinnvolle Ermöglichung solchen Denkens, da nun nicht mehr mit Nachteilen verbunden
– eine Einsparung von Materialien[32])

Mit der Ausdehnung des Prinzips der Eigenerwirtschaftung der Mittel zur weiteren Finanzierung der Reproduktion, mit dem sich konsequenterweise auch die Möglichkeit von dezentralisierten Investitionen verbindet, mit der verstärkten indirekten Lenkung mittels der Wertkategorien bzw. mit der oben charakterisierten „Anwendung des Wertgesetzes" ergab sich die Notwendigkeit eines Preistyps, der die Grundmittel berücksichtigt, womit auch die fondsintensiven Zweige und die Stimulierung des technischen Fortschritts in die indirekte Lenkung einbezogen werden. Wenn hier von Eigenerwirtschaftung und betrieblichen Investitionsmöglichkeiten gesprochen wird, so darf das sehr relativierte Ausmaß hinsichtlich der erweiterten Reproduktion dabei nicht aus dem Auge gelassen werden, sonst werden diese durchaus problematischen Maßnahmen, die auf eine gewisse Verselbständigung der Produktionseinheiten verweisen, leicht (und gern) als kapitalistische Restauration abqualifiziert, statt zu sehen, daß diese „Reformen" unter Kontrolle gehalten werden, wenn auch bisweilen erst nach negativen Auswirkungen.

Der fondsbezogene Industriepreis wurde 1969/70 eingeführt; allerdings bereits Ende 1970 für die Industriebereiche, in denen er noch nicht eingeführt war, gestoppt.[33])Die Einführung des fondsbezogenen Industriepreises bedeutete, daß als gesellschaftlich notwendiger Aufwand nicht mehr nur der laufende Aufwand (=Selbstkosten) angesehen, sondern zum gesellschaftlich notwendigen nunmehr zusätzlich der einmalige Aufwand (Grundmittel) gezählt wurde, um so endgültig den Gesamtaufwand im Preis zu erfaßen. Der fondsbezogene Industriepreis setzt sich demzufolge aus den gesellschaftlich notwendigen Kosten und einem Gewinn zusammen, der nur auf die Höhe der gesellschaftlich notwendigen Produktionsfonds (=Grund- und Umlaufmittel) bezogen wird. Die Lohnfonds gehen infolgedessen durchaus in den Preis ein, der Gewinn wird allerdings auf die angewandte vergegenständlichte Arbeit bezogen. Um den fondsbezogenen Industriepreis jedoch einführen zu können, ohne damit Preiserhöhungen zu verbinden, bedurfte es planmäßiger Industriepreissenkungen.[34]) Wie andererseits, um überhaupt die einzelnen Betriebe zu motivieren und nicht wegen eventueller Gewinneinbußen abzuschrecken, ein Industriepreisände-

32) Aufgrund der Tatsache, daß ein Großteil der Preise auf dem Stand von 1944 eingefroren wurden, gingen die Betriebe verschwenderisch mit den Ressourcen um, die andererseits sehr knapp waren. Sie gingen desweiteren verschwenderisch mit den Ressourcen um, da sie nur am quantitativen Plansoll orientiert waren, während das „Wie", die Frage, mit welchen Mitteln das Ziel erreicht werden kann, nicht zur Disposition stand.„Wenn zum Beispiel die Stahlwerke ein Plansoll für gewalzten Stahl in Tonnen erhielten, bestand die Tendenz, schweren Stahl großflächiger und dicker zu walzen; wenn das Plansoll dagegen in numerischen oder linearen Maßen festgesetzt wurde, überwogen die leichten Formate." Vgl. H. Bravermann, in: Bettelheim/Dobb/Foa/Hubermann/Robinson/Mandel/Sweezy u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Hg. v.P. Strotmann, Berlin 1969, S. 51

33) Vgl. den Beschluß über die Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968. GBl.II,1968, S. 433.Wobei gesagt werden muß, daß das hier zu skizzierende System seit Dez. 1970 in Frage gestellt ist. Zumindest verläßt man sich nicht einfach auf die eingebauten Regelungen, vielmehr unterliegen Preisveränderungen stärker einer Genehmigungspflicht. Vgl. zu der Frage der Einschätzung der Änderungen von Ende 1970 K. Erdmann: Abkehr vom bisherigen Modell des ökonomischen Systems des Sozialismus. In: Deutschland-Archiv, 8/1971, S. 816 ff. Zur Einschätzung dieses Aufsatzes muß allerdings gesagt werden, daß sich die durchaus informativen Beiträge Erdmanns seit 1967 – seitdem also das NÖS zum ÖSS weiterentwickelt wurde – allgemein dadurch auszeichnen, daß für ihn die eingeführten Maßnahmen gleichzusetzen sind mit einem Zu-Grabe-Tragen des NÖS bzw. der marktwirtschaftlichen Hoffnungen, die Interpreten wie Erdmann mit den NÖS verbanden. Demgegenüber weist H. Buck m.E. zurecht nach, daß bis Herbst 1970 die Bemühungen der DDR darauf hinausliefen, das NÖS und seine Lenkungsmechanismen zu vervollkommnen. In dieselbe Richtung der Interpretation bis 1970 und der Maßnahmen vom Herbst 1970 als stärker vorübergehende Konsolidierungsmaßnahmen weisen die Interpretationen von P. Mitzscherling: Zunehmender Dirigismus oder Ausbau des neuen ökonomischen Systems? In: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung. 2/1969, S. 227 ff. Ders.: Die Wirtschaft (Fn 11, S. 1264 ff) und Wochenberichte des DIW 5/1971 (Konsolidierung durch Wachstumsverzicht? Die Wirtschaft der DDR an der Jahreswende 1970/71), 47/1971 (Verstärkte Zentralisierung: Änderungen im Planungssystem der DDR).
Seit Ende des Jahres 1970 sind eine Reihe von Anordnungen und Gesetze erlassen worden, die neben den „monetären" Lenkungsmitteln (neben der wertmäßigen Planung) erneut verstärkt „güterwirtschaftliche" Lenkung (materielle und wertmäßige Übereinstimmung der Planung) vorsehen, so z.B. die Verordnung über Material-, Ausrüstungs- und Konsumgüterbilanzierung - Bilanzierungsverordnung vom 20. Mai 1971 (GBl. der DDR, II, 1971, S. 377), Das bedeutet, daß die monetären bzw. wertmäßigen Lenkungsmittel, selbst wenn und wo sie bestehen bleiben, in ihrer Wirkung eingeschränkt werden sollen,was umgekehrt besagt, daß sie nicht oder begrenzt die Funktionen zur Erreichung bestimmter Ziele erlangt haben, die ihnen bei ihrer Einführung zugedacht waren. Mit der Problematik, „einseitigem Gewinnstreben" der Betriebe durch die „Sicherung der Einheit von materieller und finanzieller Planung" zu begegnen, beschäftigt sich Heft 5/1972 der Wirtschaftswissenschaft.
Z.B. ist die als äußerst wichtig angesehene Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises und der staatlichen normativen Regelung für die planmäßige Senkung von Industriepreisen in den Jahren 1969/70 (GBl. der DDR, Teil II, S. 497) vom 26. Juni 1968 gestoppt worden,– zumindest dort, wo diese Preise noch nicht eingeführt waren, während für die bereits auf diesen Preistyp festgelegte Produktion der Preistyp beibehalten wurde. Schon die Tatsache der partiellen Beibehaltung wie die Tatsache, „daß unter den staatlichen Normativen die 'Rate der Fondsrentabilität mit Toleranzen für VVB und den Ministerien direkt unterstellte Kombinate sowie (das) Normativ der Ober- und Untergrenze der Fondsrentabilität für Erzeugnisgruppen zur Anwendung des Industriepreisregelsystems' (GBl. der DDR, Teil II, 1970, S. 732 RD) festgelegt wurde" (Mitzscherling, Die Wirtschaft, S. 1279), wie zum andern die Tatsache, daß der fondsbezogene Preistyp unter Einschluß des Arbeitskräftefonds auch für die Jahre 1976 - 1980 ernsthaft diskutiert wird (vgl. Kindler, Fn. 17), zeigt an, daß die administrativen Bestimmungen gegen und die Kritik an unerlaubten Preiserhöhungen, wie sie Ende 1971 von Honecker zu hören war, nicht als Beendigung der Versuche anzusehen sind, über den Preismechanismus, über den ökonomischen Hebel des Preissystems u.a. sowohl ein einigermaßen exaktes Verhältnis von Aufwand und Ergebnis zu erzielen wie die Knappheit der Ressourcen, mitzubedenken. Insofern behält auch die Beschäftigung mit den teilweise gestoppten Maßnahmen ihre Aktualität, als die Aufgabenstellung hinsichtlich der Preisgestaltung dieselbe geblieben ist. Vgl. K. Ambree/H. Mann: Die Vervollkommnung der planmäßigen Preisbildung zur Sicherung der Einheit von materieller und finanzieller Planung. In: Wirtschaftswissenschaft 11/1972, S. 1642 ff.

34) Vgl. weiter unten S. 85 ff.

rungsfonds eingeführt wurde, der sich aus der Differenz der zu Betriebspreisen des Planjahres und des Basisjahres bewerteten Planproduktion ergibt.[35])
Während einerseits als Vorteile dieses Preistyps ein einheitlicher Maßstab der Fondsrentabilität sowie für fondsintensive Betriebe die Sicherung des Investitionsbedarfs feststehen, ist es andererseits bereits fragwürdig, ob dieser Preistyp wirklich in der Lage ist, einen ökonomischen Orientierungsmaßstab für Investitionsentscheidungen zu bieten. Offenkundige Nachteile liegen darin begründet, daß die gezwungenermaßen stärker arbeitsintensiven Zweige benachteiligt sind, daß zum andern die Knappheit der Arbeitskräfte nicht mitreflektiert wird, was in dem Ressourcenpreisvorschlag z.B. von Kindler jedoch Berücksichtigung findet, in dem das Problem der Substitution zwischen produktiven Fonds und Arbeitskräften bedacht wurde.[36])

Die Förderung des technischen Fortschritts und ein sparsamer Umgang mit den vorhandenen Grund- und Umlaufmittel schien mit dem fondsbezogenen Industriepreis, bei dem der Gewinn auf die zur Produktion gesellschaftlich notwendigen Grund- und Umlaufmittel bezogen wird,

$$p = c + v + K \cdot k_3$$ [37])

gesichert. Auch dieser Preistyp wird aus den schon erwähnten Gründen nicht – falls das überhaupt möglich ist – den an ihn gestellten Aufgaben gerecht. Darauf verweist die Diskussion um den gemischten Preistyp, der für den Planzeitraum 1976 – 1980 im Gespräch ist und sichern soll, daß mit den Arbeitskräften sparsamer umgegangen wird. Dies soll mittels eines Arbeitkräftefonds[38]) neben dem Grundmittelfonds – z.B. in Form von Bildungsfonds – und nicht in Form von Lohnfonds, da eine solche Summe als zu klein angesehen wird, insofern der Arbeitende nicht das erhält, was in ihn „investiert" wurde, erreicht werden, womit man nachträglich zugibt, daß der Wertpreis schon allein von diesem Aspekt aus nicht einmal dem eigenen Anspruch entsprach. Anders ausgedrückt heißt das, daß nicht nur der technische Fortschritt und die grundmittelintensiven Zweige bei der Preisbildung bedacht werden sollen, sondern daß die Preisbildung so vorgenommen wird,

---

35) Heyde u.a. (Fn 25, S. 51) geben ein Beispiel:
"Beispiel: Planung des Preisänderungsfonds für 1970 beim Herstellerbetrieb
Planproduktion zu Betriebspreisen

Basisjahr	1300
Planjahr	1265
Differenz (= Preisänderungsfonds)	35

Bei den Abnehmern werden die Auswirkungen der Industriepreisänderungen aus den Vorstufen beim Nettogewinn berücksichtigt. Die sich aus der Differenz des planmäßigen Verbrauchs an Erzeugnissen und Leistungen zu Einstandspreisen des Basisjahres und des Planjahres ergebende Gewinnänderung aus Preisänderungen der Vorstufen ist von den Abnehmern zu ermitteln. Die bei der Planausarbeitung so ermittelte Gewinnänderung gilt in dieser Höhe auch für die Plandurchführung und Planabrechnung.
Der Nachweis der Auswirkungen aus den Vorstufen und die Berücksichtigung derselben bei der Planung hat jedoch von den Abnehmern nur dann zu erfolgen, wenn der wertmäßige Anteil der von Industriepreisänderungen betroffenen Erzeugnisse und Leistungen aus Vorstufen an den Gesamtselbstkosten ihrer Produktion zu Industriepreisen des Planjahres 3 Prozent übersteigt."

36) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 328. Melzer betont den Vorteil für „kapitalintensive" Betriebe, weiterhin die Verbesserung der Orientierungsmaßstäbe für Investitionen, den einheitlichen Maßstab der „Kapitalrentabilität". Als Nachteile hebt er die Verwendung der tatsächlich gegebenen Höhe der Grund- und Umlaufmittelbestände hervor, da sowohl Betriebe mit mangelnder Kapazitätsauslastung, mit technisch veralteter Ausrüstung als auch mit zu hohen Umlaufmittelbeständen sich überhöhte Gewinne aneignen können. Auch die Orientierung des „Kapitaleinsatzes" an den günstigst wirtschaftenden Betrieben ist keineswegs unproblematisch, da sie nicht unbedingt ihre Reserven offenlegen. Zum andern werden die gezwungenermaßen stärker arbeitsintensiven Zweige vernachlässigt.
Negativer beantworten R. Maaß/Weisheimer: Preisverflechtungsmodell des gesellschaftlichen Gesamtprodukts (I). In: Sozialistische Finanzwirtschaft, 24/1969, S.17 ff die Frage, inwieweit der skizzierte Preistyp als Orientierungsmaßstab für Investitionsentscheidungen angesehen werden kann, weshalb sie verschiedene Varianten untersuchen. Variante 1: Reineinkommen proportional den produktiven Fonds, die sich aus dem Bruttowert der Grund- und Umlaufmittel zusammensetzen. Variante 2 und 3: Zurechnungsbasis für das Reineinkommen sind fiktive produktive Fonds. Variante 4:70% der Reineinkommensmasse auf Basis der produktiven Fonds (Variante 1), die restlichen 30 % proportional zu den Lohnsummen. Demgegenüber will Kindler den Teil des Reineinkommens, der auf den Arbeitskräftefonds bezogen wird, nicht auf die Lohnsummen als Teil des laufenden Aufwandes, sondern auf die gesellschaftlich notwendigen Bildungskosten, somit auch auf den „einmaligen Aufwand" (analog zu den produktiven Fonds) bezogen wissen.
37) Melzer (Fn 16), S. 325
38) Kindler (Fn 17)

daß der sinnvollste Einsatz aller Mittel, also auch der Arbeitskräfte bewirkt wird.[39])
Beim sogenannten Preistyp, wie er für 1976 - 1980 im Gespräch ist, wird – wie schon erwähnt – das Reineinkommen zumindest auf Arbeitskräftefonds und Grundmittelfonds

$$p = c + v + K \cdot k_a + v \cdot k_b$$ [40])

zugleich bezogen sein, falls nicht noch andere Ressourcen, z.B. in Gestalt einer Bodenfondsabgabe, hinzugezogen werden. Ein derartiger Preistyp wäre insofern vorteilhaft, als die Betriebe genauere Überlegungen anstellen müßten, ob sie Produktionsmittel durch lebendige Arbeit bzw. umgekehrt ersetzen. Die Frage bleibt allerdings, wie hier richtig dosiert wird, in welchem Verhältnis Produktionsmittel und lebendige Arbeit jeweils zueinander als gesellschaftlich notwendig anzuerkennen sind[41]) und wie dies berechnet werden soll, denn was einzelwirtschaftlich betrachtet rentabel ist, braucht gesamtwirtschaftlich gesehen noch keineswegs am effizientesten zu sein.

Eine weitere Gefahr birgt der eingeführte fondsbezogene Industriepreis insofern, als eine zu hohe Fondsausstattung zu überhöhten Gewinnen führen kann. Dem kann entgegengewirkt werden, indem normativ ein jeweils notwendiger Fondsaufwand festgestellt wird;[42]) wie der allerdings ermittelt werden soll, stellt eines der Hauptprobleme der Planwirtschaft schlechthin dar.[43]) (Um zu verhindern, daß unnötig hohe Fondsausstattung bzw. unnötig hohe Umlaufmittel, also volkswirtschaftlich schädliches Verhalten zu Extragewinnen, folglich unplanmäßigen Gewinnen führt, wurde eine 6%ige Produktionsfondsabgabe eingeführt, denn es sollen nur die produktiven Fonds berücksichtigt werden, die in den betreffenden Industriezweigen gesellschaftlich notwendig sind.) Eine stringente sog. Anwendung der Arbeitswerttheorie müßte hier Berechnungen auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffes durchführen – ein Verfahren, das von Bettelheim in seinem Buch „Theorie und Praxis sozialistischer Planung“[44]) vertreten wurde. Da dies nicht möglich ist, sich eine ausschließliche Festlegung von Nutzeffektivitätskriterien ex ante also als unmöglich erweist, ergibt sich das Problem der doppelten Wirtschaftsrechnung – einer Wirtschaftsrechnung ex ante und ex post. Damit die Wirtschaftsrechnung

39) Vgl. H. Nick: Warum fondsbezogener Preistyp? Berlin 1968. Desweiteren G. Ebert/ G. Koch/F. Matho/H. Milke: Ökonomische Gesetze im gesellschaftlichen System des Sozialismus. Berlin 1969. Weiterhin K. Ambree/J. Bösche/F. Matho: Theoretische Grundlagen der Entwicklung des Preissystems im ökonomischen System des Sozialismus. In: Wirtschaftswissenschaft, 7/1970, S. 992 ff. Sowie G. Ebert/ F. Matho/H. Milke: Optimalpreis und fondsbezogener Preis. In: Wirtschaftswissenschaft, 11/1968. Aus dem zuletzt erwähnten Aufsatz geht hervor, was sich durchgängig sagen läßt, daß nämlich die Frage des Arbeitskräftefonds primär von Vertretern der Optimalpreistheorie gestellt wurde, bei der im Vordergrund die Knappheit der Ressourcen steht, nicht dagegen der sog. gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand. D.H.: sie gehen nicht von einer Anwendung des Wertgesetzes aus.
Vgl. auch Melzer (Fn 16), S. 323-325, S. 329-331. Zur Frage des Verhältnisses von Produktionsfonds und Arbeitskräftefonds beim fondsbezogenen gemischten Preistyp vgl. die Kritik von Kindler (Fn 17) an Nick.

40) Melzer (Fn 16), S. 329

41) Vgl. R. Kindlers Ausführungen in bezug auf den von Nick gemachten Vorschlag, für die Bezugsbasis der Reineinkommensrate zu 70 % den Produktionsfonds und zu 30 % den Lohnfonds zu wählen. Ob dieser Vorschlag dem gegebenen Verhältnis der beiden Ressourcen gerecht wird, bleibt fraglich.

42) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 328 und Maaß/Weisheimer (FN 39) Variante 2 und 3

43) Vgl. den vorstehenden Aufsatz.

44) Bettelheim, Theorie ...... (Fn 4)

ex post eine wirkliche Wirtschaftsrechnung ist und nicht bedingt durch die Einbettung in eine Wirtschaftsrechnung ex ante einerseits und irrationale Reaktionen der „Basis“ andererseits noch hinter die kapitalistische Sicherung der einzelwirtschaftlichen Rentabilität zurückfällt, bedarf es eines durchdachten Preissystems, das die Betriebe zur gesellschaftlichen Rechnungsführung anhält.

Statt diesen hinsichtlich der Funktionsmöglichkeiten der Planwirtschaft problematischen Zusammenhang zu reflektieren, womit die Notwendigkeit des Gebrauchs von Wertkategorien transparent würde, „wendet“ die DDR vorgeblich das Wertgesetz im Sinne der Feststellung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes (und zur proportionalen Verteilung) an. Wie kann jedoch festgestellt werden, was gesellschaftlich notwendig ist? Wird das, was als gesellschaftlich notwendig anerkannt wird, normativ festgelegt? Wie werden dann die Kriterien für die normative Festlegung gewonnen? Andere Schwierigkeiten kommen hinzu, wie die, daß die Produktion sich nicht nur am Gewinn (sprich dann Profit), sondern auch an der Notwendigkeit bestimmter Gebrauchswerte in bestimmten Mengen orientieren muß, wodurch zeitweilig auch Betriebe, die ohne ihr Verschulden unrentabel arbeiten, erhalten bleiben müssen. Diese Betriebe bedürfen dann jedoch gewisser Subventionen, sollen sie nicht für mangelnde Rentabilität, für die sie nichts können, bestraft werden, was dem Prinzip: jedem nach seiner Leistung, zu widerliefe.

Wenn die Industriepreise nur dann bestimmte Hebelfunktionen haben, falls sie den gesellschaftlich notwendigen Aufwand richtig messen und als gesellschaftliche Norm strenge Maßstäbe für seine Entwicklung setzen, ist dann der gesellschaftlich notwendige Aufwand als ein unter normalen Bedingungen anerkannter notwendiger Aufwand zu verstehen und wenn ja, kann er dann als gesellschaftliche Norm strenge Maßstäbe für die Entwicklung, für den technischen Fortschritt setzen. Dies ist doch wohl nur in Bezug auf die Betriebe möglich, die unter der Norm liegen, was bedeutet, daß damit nicht gerade der technische Fortschritt stimuliert würde. Im Gegensatz hierzu wird im Kapitalismus über das Streben nach Profit der technische Fortschritt weitergetrieben; diejenigen, die nicht nachkommen, gehen ein, d.h. der gesellschaftlich notwendige Aufwand sinkt. Somit hätte das planerische Orientieren um Durchschnitt keineswegs etwas mit einer Anwendung des Wertgesetzes zu tun, der technische Fortschritt würde nicht stimulliert, vielmehr der vorhandene Zustand fortgeschrieben. Handelt es sich jedoch um eine gesellschaftliche Norm, die anders – jedoch wie? – ermittelt wird, kann ebenfalls nicht von einer Anwendung der Arbeitswerttheorie gesprochen werden. „Mit überbetrieblichen Normativen werden erhebliche Reserven zur Senkung der Gemeinkosten in den Betrieben aufgedeckt. Grundlage überbetrieblicher Normative sollen Bestwerte sein. Die oftmals anzutreffende Auffassung, den überbetrieblichen Normativen Durchschnittswerte zugrundezulegen, wird den an diese Normative zu stellenden Anforderungen nicht gerecht. Mit der Kenntnis der Gemeinkosten im besten Betrieb und dem Wissen um ihre Höhe im eigenen Betrieb werden die Normative zu echten Führungsgrößen für den zielgerichteten Kampf um die Senkung der Gemeinkosten im sozialistischen Wettbewerb.“ [44a])

Eine wesentlich hiervon abweichende Einschätzung und Problematisierung liefern Ambree u.a. [44b]), wenn sie ausführen, daß die wachsende Zahl der Alleinhersteller keinen Vergleich der Produktivität mehr ermöglicht. „Damit wird der

44a) Heyde, Fragen ..... (Fn 25), S. 111 f

44b) Ambree, Theoretische .... (Fn 39), S. 1002

betriebsindividuelle Aufwand immer mehr zur Grundlage für die Höhe der Selbstkosten. Auf dem herkömmlichen Weg ist keine Objektivierung dieser Kosten zu gesellschaftlich notwendigen Selbstkosten mehr möglich."

Die gesellschaftliche Norm kann sich entweder dadurch ergeben, daß auch unrentable Betriebe unter dem Aspekt ihrer Gebrauchswertproduktion mitbedacht werden, wodurch die gesellschaftliche Norm sehr sänke, oder aber man hat dabei vornehmlich den technischen Fortschritt im Auge, wodurch Meß- und Hebelfunktion tendenziell zusammenfielen, und muß Betriebe, die hier nicht mithalten können, zeitweilig von einem solchen Preistyp aussparen – so daß es zweierlei Formen von Anwendung des Wertgesetzes gibt – wie das ja bezogen auf die Einführung des fondsbezogenen Industriepreis gemacht wurde und gemacht werden mußte, wollte man nicht zu stark zum Mittel der Subventionen zurückkehren.

Abgesehen davon, daß es hier darum geht, die sogenannte Anwendung der Marxschen Arbeitswerttheorie nach ihrem Verständnis von Kritik und Theorie zu hinterfragen und aufzuzeigen, daß in der Praxis von diesem Anspruch wenig übrig bleibt, muß eingeräumt werden, daß hier ein ganz grundsätzliches und sehr schwieriges Problem liegt: Wie lassen sich Nutzeffektivitätskriterien für Investitionen und für die Überprüfung der betrieblichen Aufwandes ermitteln? Wie wird sich das Verhältnis von gesamtwirtschaftlicher Effizienz und einzelwirtschaftlicher Rentabilität in solchen Nutzeffektivitätskriterien niederschlagen? Mit diesen noch ungelösten Problemen ist in letzter Konsequenz die Frage nach den planwirtschaftlichen Möglichkeiten gestellt, nämlich danach, inwieweit die Wirtschaftsrechnung tätsächlich ex ante oder inwieweit sie nur ex post durchgeführt wird.

Die Einführung einer Produktionsfondsabgabe ist bedingt durch diese grundsätzlichen Schwierigkeiten. Sie ist das Eingeständnis der Tatsache, daß nicht von vornherein eine Kongruenz zwischen einzelwirtschaftlicher Rentabilität und gesamtwirtschaftlicher Effizienz gegeben ist, die sich in dementsprechenden Nutzeffektivitätskriterien niederschlagen könnte. Um jedoch die Problematik nicht dem Selbstlauf zu überlassen, vielmehr stimulierend zu wirken, ohne ungerechtfertigte Gewinne zu ermöglichen, führte man einen indirekten Mechanismus ein, der die Betriebe zu wirtschaftlichem Verhalten veranlassen soll, weil eben nicht direkt vorgegeben werden kann, was wirtschaftlich optimales Verhalten ist. Zu diesem Zweck soll die Produktionsfondsabgabe, die als wichtiges Korrektiv unabdingbar zum fondsbezogenen Industriepreis gehört, dienen.[45]) Die Produktionsfondsabgabe[46]) soll nicht einfach eine Abführung zugunsten des Staatshaushalts ähnlich anderen Abgaben sein. Vielmehr wurde sie als ökonomische Kategorie im System der wirtschaftlichen Rechnungsführung eingeführt. Sie stimuliert in Ermangelung einer auch nur annähernd von vornherein exakten Feststellung der branchenspezifischen gesellschaftlich notwendigen Produktionsfonds eine bessere Nutzung der produktiven Fonds zwecks Erhöhung des betrieblichen Gewinns, während ohne sie besondere betriebliche Gewinne durch unnötig hohe Fondsausstattung erzielt werden könnten, folglich Gewinne auf Kosten gesamtgesellschaftlicher Interessen und gesamtwirt-

45) Wie wenig gesichert bei der Einführung des fondsbezogenen Industriepreises die Lösung einiger grundlegender Probleme waren, wie wenig somit die Außerkraftsetzung als endgültig angesehen zu werden braucht, zeigen die Fragen nach Einbezug anderer Ressourcen; die Fragen nach Kriterien für eine Differenzierung des Reineinkommens; die Frage, ob die Brutto- oder Nettowerte der Grundfonds zur Bemessung des Reineinkommens heranzuziehen sind; die Frage nach den Methoden zur Ermittlung des gesellschaftlich notwendigen Fondsaufwandes. Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 25, Maaß/Weisheimer (Fn 36), S. 17, Ambree u.a. (Fn 39) S. 1000 ff, Kindler (Fn 17), S. 44 und H. Mann: Volkswirtschaftliche Effektivität und Preis. In: Wirtschaftswissenschaft, 1/1969, S. 49 ff. Für westdeutsche Leser ist das Verhältnis von Produktionsfondsabgabe und fondsbezogenem Industriepreis kurz bezeichnet von dem DDR-Ökonomen D. Klein: Lebendiger Leninismus in der DDR. Frankfurt 1971, S. 73 f.
P. Strotmann hebt dagegen hervor, daß zuerst die Produktionsfondsabgabe eingeführt wurde, weshalb man dann gezwungen war, mit dem fondsbezogenen Industriepreis nachzuziehen, sollten nicht die kapitalintensiven Zweige und damit der technische Fortschritt völlig vernachlässigt werden. P. Strotmann: Die Rolle des Gewinns im ökonomischen System der DDR. Diplom-Arbeit FU Berlin 1971, FB 10. Die zeitliche Reihenfolge von Einführung der Produktionsfondsabgabe (die 1966/67 allmählich in ausgewählten Bereichen eingeführt wurde) und Einführung des fondsbezogenen Industriepreis wird von Strotmann dahingehend interpretiert, daß sich hier eine „Kettenwirkung des Prinzips der materiellen Anreize und der ökonomischen (zeigt), die zu einer immer umfassenderen Wiederbelebung der ökonomischen Kategorien des Kapitalismus führt" (a.a.O., S. 109). Mit dieser „Wiederbelebung kapitalistischer Kategorien" setzt eine Entwicklung ein, die „in Konflikt mit der Marxschen Werttheorie (gerät), nach der allein die lebendige Arbeit Werte schafft" (a.a.O., S.113), „Ein Versuch, die marxistische Werttheorie anzuwenden, wird nicht mehr gemacht"(ebd.). Strotmann hat hier mit denjenigen, die er kritisiert, einen wichtigen Aspekt gemein, er macht genauso wie sie die Marxsche Kritik am Kapitalismus zu einer ahistorischen Theorie, die auch im Sozialismus angewandt werden muß. Die Frage nach der ökonomischen Effizienz stellt sich für ihn nicht, weil für ihn von vornherein die Entscheidung für ein stark zentrales Modell gegeben ist, ohne daß er zentrale bzw. dezentrale Modelle auf ihre Effizienz für die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums bereit ist durchzuspielen. Die unbefragte Betonung der Zentrale wundert insofern besonders, als Strotmann an anderer Stelle eine neue Bourgeoisie bzw. Klassenherrschaft über die Arbeitenden in der DDR festgestellt hat, was konsequenterweise strategisch auf stärker dezentrale Forderungen hinauslaufen müßte.
Solange man jedoch nicht von der völlig undifferenzierten Behauptung einer neuen Bourgeoisie bzw. eines Staatskapitalismus ausgeht und solange man gleichzeitig Ware-Geld-Kategorien kennt, ist die Frage nach dem richtigen Preistyp eine Frage nach seiner Wirksamkeit gemessen an den Funktionen des Preises in einer sozialistischen Gesellschaft und nicht eine Frage der richtigen Anwendung der Kritik am Kapitalismus als Theorie für den Sozialismus. Vgl. zur Frage des Klassencharakters E. Mandel: Zur Theorie der Übergangsgesellschaft (I). Permanente Revolution Materialien Nr. 1 Berlin 1972, S. 71 ff. Mandel betont m.E. zurecht, daß das verstaatlichte bzw. vergesellschaftete Eigentum auch in den „postkapitalistischen" Ländern nicht lediglich als eine juristische Kategorie angesehen werden kann, da es zentrale Entscheidungen über wichtige Investitionen, Preisentwicklung, Löhne etc. beinhaltet.

46) Vgl. den Beschluß über die weitere Anwendung der Produktionsfondsabgabe im Bereich der volkseigenen Industrie und des volkseigenen Bauwesens – Auszug – vom 2. Febr. 1967. GBl. der DDR, II, 1967, S. 115. Vgl. weiterhin die Verordnung über die weitere Anwendung der Produktionsfondsabgabe im Bereich der volkseigenen Industrie und des volkseigenen Bauwesens vom 2. Februar 1967. GBl. der DDR, Teil II, S. 115. Zum Verhältnis von fondsbezogenen Preistyp und Produktionsfondsabgabe vgl. K. Ambree/ F. Matho: Nochmals zur Problematik eines richtigen Preisbildungsprinzips. In: Wirtschaftswissenschaft, 2/1966, S. 216 f. Ambree/Matho setzen sich bereits hier für die Einführung des fondsbezogenen Industriepreises ein, auf den man folglich nicht erst verfiel, als man die Produktionsfondsabgabe eingeführt hatte, wie Strotmann zu behaupten versucht, um aufzuzeigen, daß man immer mehr in kapitalistische Mechanismen aufgrund von „Kettenwirkung" hineinschlittert.
Melzer bezeichnet die Produktionsfondsabgabe als eine auf das „Bruttoanlagevermögen" und die Umlaufmittelbestände bezogene Steuer, während Buck von einem „Kapitalzinssurrogat" spricht. Dem Kapitalzins entspricht die Produktionsfondsabgabe jedoch Melzer zufolge richtigerweise deshalb nicht, weil die Produktionsfondsabgabe nicht als Kostenfaktor verrechnet wird, vielmehr aus dem Gewinn zu finanzieren ist. „Die aus dem Zins resultierenden Kapitalkosten rechnen somit nicht zu den Verarbeitungskosten und sind damit auch nicht Bestandteil der Bezugsbasis des Gewinns. Die Folge ist, daß die Betriebe nach einer Maximierung ihres Nettogewinns (Bruttogewinn abzüglich der Produktionsfondsabgabe) streben, womit sie mit dieser Abgabe sofort zur Verbesserung ihres Kapitaleinsatzes angeregt werden."(Fn 16, S. 332) Bei sparsamem Umgang mit den Grundmitteln steigt also der Nettogewinn.

schaftlicher Effizienz.[47])

Bürgerlichen Kritikern zufolge verweist die volkswirtschaftlich einheitliche Rate des Reineinkommens, bei der der einmalige Aufwand über eine normative Gewinnrate – die das Verhältnis zwischen „volkswirtschaftlich notwendiger" Gewinnsumme und „produktiven" gesellschaftlich notwendigen Fonds ausdrückt – in den Industriepreis einbezogen wird, auf eine Orientierung am Produktionspreis, der von Marx im III. Band des „Kapital" analysiert wurde und der den Ausgleich der Profitraten in sich schließt.[48])

Wenn aber die Produktionsfondsabgabe eingeführt wird, weil die branchenspezifischen gesellschaftlich notwendigen Produktionsfonds nicht annähernd exakt ex ante feststellbar sind, dann hat das bereits unter diesem Aspekt mit der Bildung – und darauf kommt es entscheidend an – des Produktionspreises genausowenig zu tun, wie mit der Anwendung der Arbeitswerttheorie.

Dasselbe Problem wird – wie bereits angedeutet – angeschnitten, wenn man danach fragt, welche Kriterien genannt werden, um den ökonomischen Nutzen messen zu können, nämlich: einmaliger Aufwand, Kapazität, Arbeitsproduktivität, Arbeitskräfte, Materialeinsatz, Selbstkosten, Reineinkommen,[49])wobei nicht im geringsten der Versuch unternommen wird, diese Kriterien auf den Faktor zu reduzieren, der allein Wertreichtum schafft, nämlich auf die Arbeit – zwecks Anwenddung der Arbeitswerttheorie. Vielmehr wird der erreichte Stand der Verausgabung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes – und damit isolierte Faktizitäten – auf den verschiedensten Gebieten unmittelbar zur Beurteilung zugrundegelegt, selbst abgesicherte normative Vorgaben hinsichtlich einzelner Kriterien in einzelnen Branchen können folglich nicht als gegeben angesehen werden. Der Kampf um wirtschaftliche Berechnungskennziffern bei der Kalkulation der Preise geht folglich um die Ermittlung z.B. fortschrittlicher Materialverbrauchsnormen[50]), dieses Problem ist bereits so kompliziert, daß man erst gar nicht den Versuch unternimmt, einen Zusammenhang zwischen vergegenständlichter und lebendiger Arbeit herstellen zu wollen.

Planung soll hierbei das Wirken des Wertgesetzes, das ohne gesamtgesellschaftliche Planung im Konkurrenzkampf „fortschrittlichen" Verbrauch von Material erzwingt, insofern größerer Profit damit verbunden ist, obsolet machen, indem sie einerseits versucht, normative Richtlinien vorzugeben, die die vorhandenen Bedingungen und die auf sie abgestimmten Maßnahmen zur Übereinstimmung bringen sollen, und indem sie andererseits mittels des Gebrauchs von Wertkategorien gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post durchführt. Planung versucht so mittels des geplanten Einsatzes der Wertkategorien diese allmählich in ihrem naturwüchsigen Wirken und ihren Auswirkungen einzuschränken und überflüssig zu machen. Indem das Rekurrieren auf die verschiedenen notwendigen Mittel

47) Vgl. die von Melzer (Fn 16, S. 332) skizzierten Nachteile der Produktionsfondsabgabe bis zur vollständigen Einführung des fondsbezogenen Industriepreises, wobei die Nachteile dadurch entstehen, daß die Produktionsfondsabgabe aus dem Gewinn zu finanzieren ist und nicht als Kostenfaktor verrechnet wird.

48) Vgl. zum Verhältnis Produktionspreis – fondsbezogener Industriepreis: Ambree/Matho (Fn 46), S. 119 ff; H. Mann, Notwendige Veränderungen (Fn 9); Ambree u.a., Theoretische Grundlagen (Fn 39); Heyde u.a., Fragen (Fn 25); Hofmann, Das Wertgesetz (Fn 7); F. Haffner, Das sowjetische . . (Fn 16); ders.: Probleme der zentralen Preisbildung In: Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem. Köln-Graz 1965; J. Rudolph: Die Ausnutzung des Gesetzes der Preisbildung im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. In: Wirtschaftswissenschaft, 7/1963. Autorenkollektiv: Lehrbuch der politischen Ökonomie. Sozialismus. Berlin 1972, S. 390

49) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 138

50) Vgl. Richtlinie (FN 33), S. 497

des Arbeitsprozesses (in der bürgerlichen Ökonomie: auf die Produktionsfaktoren) keine gesellschaftlich verschleiernde Funktion mehr hat, ist die gesellschaftliche Funktion der werttheoretischen Betrachtungsweise kaum mehr gegeben, auf alle Fälle nicht mit dem kategorialen Rahmen von Wesen und Erscheinung. Der fondsbezogene Industriepreis soll aufgrund bestimmter gesellschaftlicher und ökonomischer Zielvorstellungen bewußt geplant werden; er ist intensional den gesamtgesellschaftlichen wie den gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen untergeordnet – ein Unterordnungsverhältnis, das in der Praxis bisweilen umgangen wird. Selbst wenn der fondsbezogene Industriepreis mit dem Produktionspreis übereinstimmen würde, wie bürgerliche Kritiker fälschlicherweise meinen, hätte er mit diesem lediglich die Einzelheiten gemein, da Preis nicht mehr gleich Preis ist. Fondsbezogener Industriepreis und Produktionspreis sind von einer anderen gesellschaftlichen Qualität. Aber auch ihre formale Übereinstimmung ist nicht gegeben, was sich bei der Produktionsfondsabgabe daran zeigte, daß nicht einmal die branchenspezifischen gesellschaftlich notwendigen Fonds, die branchenspezifischen Nutzeffektivitätskriterien hinsichtlich der notwendigen Mittel des Arbeitsprozesses exakt und ex ante ermittelbar sind, ganz zu schweigen von dem Problem der Anwendung der Arbeitswerttheorie, d.h. der Reduktion der gesellschaftlich notwendigen Mittel des Arbeitsprozesses auf lebendige Arbeit.

Melzer z.B. vertritt die Ansicht, daß mit dem skizzierten Preistyp für den Sozialismus der „Produktionspreis" akzeptiert wurde, womit er die Anerkennung der „Produktivität des Faktors Kapital", was im Gegensatz zur Marxschen Arbeitswerttheorie stehe, verbunden sieht.[51]) Abgesehen davon, daß Melzer damit nicht verstanden hat, daß der Produktionspreis[52]) in keinerlei Gegensatz zur Marxschen Wertanalyse steht, weshalb erst die Analyse des Produktionspreises auch die Richtigkeit der Wertanalyse bestätigt; abgesehen davon, daß die bürgerlichen Produktionsfaktorentheoretiker wie Melzer erklären müßten, wie eigentlich der sogenannte Produktionsfaktor Kapital zustande kommt bzw. ob er auf einer grundlegenderen Ebene als eigenständiger Faktor angesehen werden kann, ist die Frage nach dem Faktor „Kapital" bzw. dem einmaligen Aufwand in der DDR ein weitgehend rechnerisches Problem[53]), während der Faktor Kapital in der kapitalistischen Gesellschaft ein gesellschaftlich-antagonistisches Problem darstellt. Durchaus vorhandene Herrschaftsverhältnisse in den osteuropäischen sozialistischen Staaten bedürfen daher einer anderen Erklärung.

Der Einbezug vergegenständlichter Arbeit bzw. der umfassende Einbezug der Produktionsmittel in die Preisbildungsüberlegungen kann nur den als „unmarxistisch" irritieren bzw. konvergenztheoretisch erfreuen, der nicht begriffen hat, daß die Marxsche Aufdeckung der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit, Boden die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zwecks Vermehrung des Kapitals und Erhaltung seiner Herrschaft aufzeigen und nicht der Erklärung der Preisbildung dienen sollte. Auch wenn in der DDR tatsächlich die Preise ex ante so gebildet würden, wie Marx dies im 3. Band schildert, so besagte dies gesellschaftlich betrachtet überhaupt nichts, da sich an dieser spezifischen Preisbildung

51) Vgl. Melzer (Fn 16), S. 327. Desweiteren Haffner, Probleme (Fn 48), S. 196 f; Rudolph, Die Ausnutzung (Fn 48), S. 1041 ff

52) Vgl. Fn 48

53) Daß das aber nicht nur ein rechnerisches Problem ist, zeigen die Maßnahmen vom Herbst 1970, die schärfere Kontrollen gegen betriebliches Gewinnstreben, so es nicht auf wirklicher Leistung beruht, mit sich brachten.

keine gesellschaftlichen Herrschaftsprobleme festmachen[54]), Herrschaft dadurch nicht naturwüchsig perpetuiert wird, rechnerisch-ökonomisch hinsichtlich der Nutzeffektivitätskriterien wäre dies sogar ein Fortschritt.

Daß der Gewinn auf die vergegenständlichte Arbeit bezogen wird, sagt nichts darüber aus, daß nur die lebendige Arbeit Wertreichtum schafft. Von einem Produktionspreis – angenommen der fondsbezogene Industriepreis wäre in den Einzelheiten gleich dem Produktionspreis – kann nur gesprochen werden, wenn der Gewinn eine Aneignungskategorie des Kapitals ist und die vergegenständlichte Arbeit als Neuwertproduzent erscheint. Dies ließe sich in – den dann freilich ehemals – sozialistischen Staaten nur denken, wenn sich die Verstaatlichung des Eigentums an Produktionsmitteln auf Gruppeneigentum reduziert, auf dessen Ebene sich bei vordergründiger Produzentendemokratie Aneignungsprozesse ähnlich denen in kapitalistischen Gesellschaften vollziehen. Die Betriebe sind dann aus dem Gesamtzusammenhang, der fast ausschließlich zu einem solchen ex post wird, entlassen. Der Widerspruch gebrauchter Wertkategorien löst sich, aus tendenziellen Kategorien gesellschaftlicher Rechnungsführung werden Kategorien der Aneignung.

Melzer irrt jedoch auch, was die Gleichsetzung des fondsbezogenen Industriepreises mit dem Produktionspreis hinsichtlich der technischen Konstruktion anbelangt. Erstens ist der Produktionspreis keineswegs der Preis, wie er auf dem Markt erscheint, er differiert also vom Marktpreis, vom Preis kapitalistischer Realität, vom unmittelbar vorhandenen Preis [54a]) und zweitens drücken sich beim Produktionspreis im Gewinn die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals aus.

M.a.W.: es gibt in dieser Hinsicht kein sogenanntes ideologisches Problem bei der Preisbildung. Vielmehr muß allein die Frage gestellt werden, was der Preistyp in seiner Funktion als Meßinstrument, als ökonomischer Hebel und als Verteilungsinstrument bewirken kann und ob hier nicht miteinander kaum vereinbare Forderungen an einen bestimmten „Hebel" – nämlich den Preis – gestellt werden. Zu fragen ist also allein danach, ob der Preis den gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand annähernd ausdrückt – abgesehen von der Frage, ob und wie der überhaupt ermittelt werden soll – , ob er die Wirkungen z.B. auf Hersteller und Abnehmer gleichermaßen erzielt, die er erzielen soll, ob er zu einem sparsamen Umgang mit den verschiedensten Ressourcen (abgesehen von vergegenständlichter und lebendiger Arbeit auch Boden etc.) anhält und ob er die Realisierungsbedingungen, somit u.a. auch die sozialpolitischen Belange, genügend berücksichtigt. Nicht die Frage, ob die Arbeitswerttheorie „angewendet" wird, kann somit als Kriterium zur Beurteilung der Preisbildung gelten; vielmehr ist danach zu fragen, ob die gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post zusammen mit der Wirtschaftsrechnung ex ante gesamtwirtschaftliche Effizienz besser sichert, als wenn man auf die Wirtschaftsrechnung ex post verzichet, ob die gelenkte Wirtschaftsrechnung ex post bereits gewonnene Positionen hinsichtlich der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse in Frage stellt, ob die Kontrolle gegenüber Verselbständigungstendenzen der Wertkategorien gewahrt bleibt, ob besonders lebenswichtige Güter besonders billig sind, ob Lohndifferenzierungen verhältnismäßig gering sind etc.

54) Weder an der spezifischen Preisbildung noch an den Wertkategorien als solchen lassen sich vorhandene Herrschaftverhältnisse festmachen. Gerade weil hier nicht der mit der kapitalistischen Warenproduktion verbundene Schein der Freiheit herrscht, lassen sich die vorhandenen unmittelbar politischen Herrschaftsverhältnisse auch unmittelbar erkennen, es bedarf nicht erst der Reduktion der Erscheinungsebenen auf das Wesen, die Ware bzw. die Arbeit. Herrschaft ist transparent, da sie nicht mehr begründet wird in ökonomischer Machtstellung, das Verhältnis von Politik und Ökonomie ein anderes ist, gesellschaftliche Prozesse als gestaltete erfahren werden, während sie ansonsten als naturwüchsige erscheinen. Damit ist nicht gesagt, daß sich nicht aufgrund des Vorhandenseins von Wertkategorien zusätzlich gesellschaftliche Probleme ergeben.

54a) Der fondsbezogene Industriepreis hingegen differiert nur, wenn der Endverbraucherpreis bezogen auf den einzelnen Käufer bewußt ein anderer sein soll.

Weiter oben war im Zusammenhang mit dem sogenannten Wertpreis von einer Anwendung der Arbeitswerttheorie die Rede, insofern dem Grundsatz – zu einem Grundsatz gerinnt hier nämlich die Marxsche Kritik – „Arbeit allein schafft den Wertreichtum" dadurch Rechnung getragen wurde, daß man den Gewinn lediglich auf „v" bezog und auch ansonsten keine Mechanismen kannte, die einen sparsamen Umgang mit vergegenständlichter Arbeit initiieren sollten. Damit wurden nicht nur gesellschaftliche Auswirkungen aufgrund noch wirksamer Wertkategorien zurückgedrängt, sondern auch wirtschaftliche Rechnungsführung nur sehr unzulänglich gesichert.

Bei den späteren Preistypen sieht man sich mit der Behauptung konfrontiert, daß im Preis die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit zum Ausdruck käme. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, habe ich auf den vorangegangenen Seiten darzulegen versucht, ohne damit in Frage zu stellen, daß prinzipiell in den Preisen die gesellschaftlichen Kosten einen Ausdruck finden müssen.

Etwas anderes ist darüberhinaus noch gemeint, wenn in der DDR von einer Anwendung bzw. Ausnutzung des Wertgesetzes gesprochen wird[55]). Es wird damit intendiert:

– eine Senkung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes
– eine optimale Ausnutzung der „Produktionsressourcen" (Forschung und Entwicklung, maschinelle Ausrüstung, Boden, etc.)
– eine planmäßige Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit
– ein äquivalenter Warenaustausch entsprechend dem in den Waren enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand.

Die Wirkung des Wertgesetzes vollzieht sich danach über die Wertkategorien (z.B. Gewinn, Preis etc.), die planerisch gestaltet und benutzt werden

– zur Planung und Leitung der Volkswirtschaft
– im Rahmen von Rechnungslegung und Kontrolle
– zur materiellen Stimulierung
– zur Produktionsorganisation
– zur Stimulierung des technischen Fortschritts.

Dabei soll die „Hebelwirkung der Wertkategorien" in eine „solch zwingende ökonomische Form"[56]) gebracht werden, daß den Betrieben nur vorteilhaft ist, was gesamtgesellschaftlich ebenfalls von Nutzen ist. Damit wird der Eindruck hervorgerufen, daß über einzelwirtschaftliche Rentabilität ein gesamtwirtschaftliches Optimum zustandekommen kann, was sich selbst dann nicht denken läßt, wenn das Streben nach einzelwirtschaftlicher Rentabilität sich innerhalb des vorgegebenen Rahmens abspielt. Gerade weil man nicht im jeweiligen Fall das gesamtwirtschaftliche Optimum bestimmen kann, ist man zur Lenkung mittels indirekter Mechanismen übergegangen. Gerade weil zentral gesamtwirtschaftlich optimales Verhalten genausowenig bekannt ist wie der jeweilige gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand, stellen die angeführten Maßnahmen den Versuch dar, die Betriebe mit der Orientierung am Gewinn an einzelwirtschaftlicher Rentabilität zu orientieren.

55) Vgl. Wörterbuch der Ökonomie. Sozialismus. Berlin 1969, Stichwort Wertgesetz und Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR. Berlin 1969, S. 277 ff

56) Vgl. die letzten Seiten des vorstehenden Aufsatzes.

Gesamtwirtschaftlich ist dabei der vorgegebene Rahmen, in dem sich betriebliche Aktivitäten entfalten können. In den verschiedenen Formen von Abgaben und ökonomischen Hebeln, die in verschiedenen Zweigen verschieden gebraucht werden können, kann die strukturelle Entwicklung stofflich grundsätzlich zentral determiniert werden, wertmäßig — im Sinne eines sparsamen Umgangs mit der gesellschaftlichen Arbeitszeit — hingegen verläßt man sich auf die durch indirekte Lenkungsmechanismen beeinflußten Aktivitäten der Betriebe.

Nun ist die Verwendung von Wertkategorien in der skizzierten Form nicht unproblematisch; zwar wird damit keineswegs Geld oder gar Kapital zum realen Gemeinwesen, die Gefahren von Verselbständigungstendenzen sind jedoch nicht völlig von der Hand zu weisen, obzwar der ganz andere Inhalt, den die Wertkategorien ausdrücken, gesehen werden muß. Sie drücken zwar nicht — und das können sie in der Tat nicht — einen unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit aus, wie in der DDR behauptet wird, sie drücken aber auch keine Aneignungsprozesse als Ausbeutungsprozesse, keinen formal freien Akt des Verkaufs und den tatsächlichen Zwang des Verkaufs der Arbeitskraft aus, worauf sich Herrschaft gründet. Die Wertkategorien sind nicht mehr bestimmende Form des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, daher kann auch nicht von einer politischen Ökonomie des Sozialismus gesprochen werden. Lohndifferenzierungen, die selbst unter Berücksichtigung des seinerseits brüchigen Leistungsprinzips nicht ausweisbar sind, bzw. einseitige Stimulierung des persönlichen materiellen Interesses sind kein Gegenbeweis, vielmehr Ausdruck der primär politischen Tatsache, daß in den osteuropäischen Staaten noch zu keinem Zeitpunkt — außer vielleicht in der Anfangsphase der UdSSR — von einer Revolution und politischen Macht der Arbeiterklasse gesprochen werden kann. Die Partei handelte und handelt höchstens für die Arbeiterklasse — und das tut sie durchaus in ihrer ökonomischen Politik —, die Arbeiterklasse handelte jedoch kaum durch die Partei. Von Mitentscheidung und Mitplanung kann weitgehend keine Rede sein, selbst die formalen Möglichkeiten werden von den Individuen nur unzulänglich genutzt, wobei kritisch zu fragen wäre, wie es dazu kommt.

Bedenklicher als die Verwendung der Wertkategorien, die weitgehend nur die äußere Hülse mit den Wertkategorien in der kapitalistischen Gesellschaft gemein haben, ist die Interpretation dieser Maßnahmen in der DDR: „In der bewußten Ausnutzung des Wertgesetzes in der dem Sozialismus adäquaten Wertmodifikation .... erweist sich die Richtigkeit und Lebenskraft der marxistischen Arbeitswerttheorie." [57]) Ein andermal werden Ausführungen von Marx über die Grundrente als „geniale" Voraussicht der sozialistischen Wertmodifikation im Rahmen der „sozialistischen Warenproduktion" interpretiert.[58]) Erstens wird hier Marx zwecks Immunisierung gegenüber Kritik, wie schon an anderer Stelle ausgeführt, ahistorisch als „Klassiker" gehandhabt und zweitens wird vor Warenproduktion bzw. Wertgesetz schlicht das Gütezeichen sozialistisch gesetzt oder von einer sozialistischen Wertmodifikation gesprochen. Auch die letztere Vorgehensweise dient der Immunisierung gegenüber Kritik. Ansonsten müßte diskutiert werden, daß die Aufnahme bestimmter Kategorien zwar sinnvoll, jedoch nicht unbedenklich ist. Damit würden offizielle Maßnahmen jedoch zur Diskussion gestellt und die Politik kritikfähig, während „objektive" sozialistische Gesetze — das Wertgesetz wie das Gesetz der Ökonomie der Zeit überhaupt, das Gesetz der proportionalen Entwicklung etc.

57) Politische Ökonomie ... (Fn 55), S. 280
58) a.a.O., S. 279

— der Kritik keinen Spielraum zubilligen. Gegen objektive Gesetze sozialistischer Observanz läßt sich nicht handeln, sie sind zu vollstrecken. So gesehen kann die Politik der Partei gar nicht falsch sein.

Von hieraus wäre m.E. zu diskutieren, wenn man die Entscheidungsstrukturen in der DDR genauer analysieren würde. Nicht die sehr beschränkte Verwendung der Wertkategorien als solche als vielmehr deren Interpretation, die ein Ausdruck der Tatsache ist, daß bestimmte Entscheidungsstrukturen nicht tangiert werden sollen, wäre genauer zu hinterfragen. So gesehen ist bei ökonomischen Analysen nicht in politisch-ökonomischer Absicht vorzugehen, die an ökonomischen „Sachverhalten" gesellschaftliche Beziehungen grundsätzlich festmacht. Es steht keine politische Ökonomie des Sozialismus, sondern die ökonomische Politik einer weitgehend losgelösten „Avantgarde" zur Diskussion, die die Ausübung von Herrschaft erneut zu einer besonderen gesellschaftlichen Funktion erhoben hat (wozu sie auch durch die Ausgangsbedingungen gezwungen war), die sich aber andererseits auch nicht aus ihrem Legitimationszusammenhang gelöst hat. Gerade hierfür ist der Verlauf der Wirtschaftsreformen durchaus ein Beweis.

4.
Andere wichtige Aspekte zur Vervollkommung des Preissystems [59])

Desweiteren muß im Zusammenhang mit dem fondsbezogenen Industriepreis, um die Komplexität der Problematik zu begreifen, die ökonomische Kategorie der Nettogewinnabführung[60]) gesehen werden. Der um die Produktionsfondsabgabe verminderte Gewinn wird als Nettogewinn bezeichnet; werden die Fonds besser genutzt, steigt somit dieser Gewinn, da mit dem gleichen Aufwand an Produktionsmitteln und Arbeitskräften jetzt eine größere Warenmasse produziert wird. Der Gewinn pro Einzelware steigt bei gleichbleibenden bzw. fallenden Preisen durch das Sinken des Arbeitsaufwandes.

Das Normativ der Nettogewinnabführung wird als Prozentsatz auf den zu erwirtschaftenden Nettogewinn vorgegeben, es kann bis zu 56 % des Nettogewinns betragen. Ist der erwirtschaftete Gewinn niedriger als der Mindestbetrag der Nettogewinnabführung, so ist der erwirtschaftete Nettogewinn abzuführen.[61]) Die verschiedene Höhe der Nettogewinnabführung dient vornehmlich einer sinnvollen Strukturpolitik bzw. einer planmäßigen proportionalen Entwicklung der verschiedensten Industriebereiche, der Gewinn ist demzufolge nicht der einzige Indikator für die ökonomische Entwicklung der Einzelbetriebe. Die angestrebte Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes auf die verschiedenen Produktionszweige wird. u.a. über die differierende Höhe der Nettogewinnabführung für die verschiedenen Branchen und Betriebe zu erreichen versucht. Die VVB erhielten für die Jahre 1969/70 Zweignormative, die mit einem jährlichen Mindestbetrag verbunden waren. Damit sollte auch die kurzfristige Planung der Betriebe flexibler gehalten und stärker in die Eigenverantwortung verlegt werden.[62])

59) Vgl. weiter oben S. 70 f.
60) Vgl. Die Anordnung über die Bildung und Verwendung von Fonds aus der Anwendung von Normativen der Nettogewinnabführung und der Amortisationsabführung in den Jahren 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968, GBl. der DDR, II, 1968, S. 494
61) Diese Regelung wurde mit den Maßnahmen vom Dez. 1970 geändert. Vgl. Mitzscherling Die Wirtschaft (Fn 11) und Fn 22
62) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 19. Strotmann macht insbesondere die Zweignormative für zwei Jahre verantwortlich für die Krisen, die im Jahre 1970 zum Ausbruch kamen.

Wesentlich gravierender als das Problem eines Normativs der Nettogewinnabführung, das aus der geplanten Strukturpolitik abzuleiten ist, ist die Frage: wie kann die Starrheit des Preissystems aufgehoben werden, ohne daß die Preise naturwüchsige Veränderungen aufweisen und Eigendynamik gewinnen? Umgekehrt kann gefragt werden: wozu bedarf es denn überhaupt einer solchen Beweglichkeit? An der Notwendigkeit einer solchen Beweglichkeit kann, wenn man nicht wieder nach ein paar Jahren eine Industriepreisreform durchführen will, nicht gezweifelt werden und zwar aus zwei Gründen, die sich gegenseitig bedingen. Einmal ist eine zentrale Planung, die mit Wertkategorien arbeitet, darauf angewiesen, daß die Wertkategorie Preis annähernd die gesellschaftlichen Kosten, die immer schon in Preisen ihren Ausdruck finden, ausdrückt. Das heißt, daß die Preisrelationen stimmen müssen, wenn man auf diesem Weg die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsaufwandes auf die verschiedenen Bereiche bestimmen will. Ohne die Aussagekräftigkeit der Preise hinsichtlich der gesellschaftlichen Kosten läßt sich keine Wirtschaftsrechnung ex ante mit Wertkategorien denken. Weiterhin müssen die Preise planmäßig beweglich – und zwar prinzipiell nach unten im Sinne von Preissenkungen – gehalten werden, damit der Gewinn über die Wirtschaftlichkeit der Betriebe Aussagen macht. Mit der planmäßigen Beweglichkeit der Preise soll so vornehmlich Druck auf eine Senkung der Selbstkosten ausgeübt und damit der technische Fortschritt initiiert werden. Geschieht dies nicht, dann ist der Gewinn kein ökonomischer Hebel, kein Mittel indirekter Zentralisierung und wird zum einzelbetrieblichen Selbstzweck. Eine Wirtschaftsrechnung ex post kann daher die gesamtgesellschaftlichen Erfordernisse

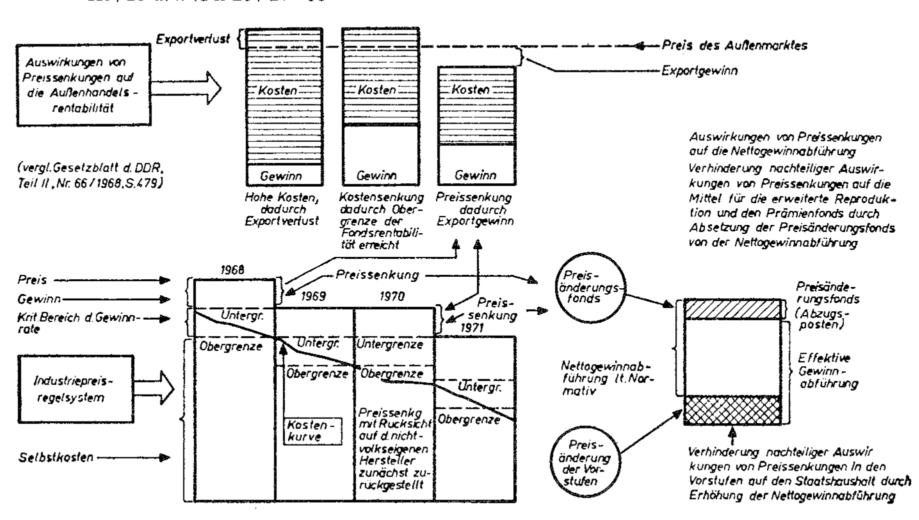
nur dann erfüllen, kann sich nur dann mit der Wirtschaftsrechnung ex ante zwecks gesamtwirtschaftlicher Effizienz verbinden, wenn die Preise umfassend etwas über die Kosten aussagen.

Um das Preissystem also planmäßig beweglich zu halten, entschloß man sich für „Einführung der staatlich normativen Regelung für die planmäßige Senkung der Industriepreise" (IPRS). Durch das IPRS soll – damit ein ständiger Druck auf die Selbstkosten ausgeübt wird – gesichert werden, daß die Fondsrentabilität – durch die Beibehaltung der Preise bei sinkenden Selbstkosten im Laufe der Produktion – nicht übermäßig steigt, wodurch die Produktionsfondsabgabe wie auch das Normativ der Nettogewinnabführung ihren Sinn verlören.[63]) Das IPRS besagt folgendes: wenn die realisierten Gewinne in einer Erzeugnisgruppe die normative Gewinnrate bzw. die Reineinkommensrate über eine bestimmte Toleranzgrenze hinaus übersteigen (= Obergrenze der Fondsrentabilität), sind die Preise zu senken, wobei die Verantwortung für die Senkung je nach Wichtigkeit der Produktion auf den verschiedensten Entscheidungsebenen angesiedelt ist.

Andererseits impliziert die Erreichung der Obergrenze der Fondsrentabilität nicht eine automatische Preissenkung, vielmehr beinhaltet sie den Zwang zur Überprüfung des Preisniveaus, denn es gilt bei der Erwägung, ob eine Preissenkung durchgeführt werden soll, außerdem zu berücksichtigen

„– das Verhältnis von Angebot und Nachfrage
– die Notwendigkeit richtiger Preisrelationen für substituierbare Erzeugnisse
– die Auswirkungen auf nicht-volkseigene Betriebe
– die Auswirkungen auf Struktur von Import und Export."[64])

63) Vgl. die Richtlinie (Fn 33), Abs. 3.1. Vgl. weiterhin den Beschluß des Staatsrates der DDR über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus vom 22. April 1968. GBl. der DDR, I, 1968, S. 223. Vgl. Melzer (Fn 16), S. 338 ff Wirkungsweise der staatlichen normativen Regelung zur planmäßigen Senkung von Industriepreisen am Beispiel einer Erzeugnisgruppe (Industriepreisregelsystem) In: Heyde u.a. (Fn 25) S. 163



64) Heyde u.a. (Fn 25), S. 46. Vgl. Richtlinie (Fn 33), Abs. 3.6

Andererseits kann anstelle nicht durchgeführter Preissenkungen für bestimmte Erzeugnisse innerhalb der VVB für andere Erzeugnisgruppen eine Preissenkung vorgenommen werden. Hier ist an ganz zentraler Stelle – nämlich in bezug auf das sehr wichtige Industriepreisregelsystem – deutlich sichtbar, wie sehr hier die Hebel- und Steuerungsfunktion die Meßfunktion tangiert, wie fragwürdig es daher ist, von einer Anwendung der Arbeitswerttheorie in dem Sinne zu sprechen, daß der Preis die in der Ware verausgabte gesellschaftlich notwendige Arbeit wiedergeben soll. Dies wird auch umgekehrt an der Bestimmung ersichtlich, daß die Fondsrentabilität der VVB insgesamt durch die Preissenkung in einzelnen Erzeugnisgruppen nicht unter die Untergrenze der Fondsrentabilität fallen darf, das sonst das Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel auch für die erweiterte Reproduktion ins Wanken geriete. Infolgedessen kommt im Preis nicht primär die Übereinstimmung der Preise des Einzelprodukts mit dem „Wert", d.h. dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand, zum Ausdruck. Mehr bzw. weniger gewinnbringende Produkte wurden vielmehr in einer Erzeugnisgruppe so abgestimmt, daß die Rentabilität im ganzen nicht zu hoch war, da sonst die betrieblichen nicht mehr auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen hin orientiert gewesen wären.[65]) Ansonsten verlöre das Hebelsystem seine Funktion.

So wird auch klar, was es heißt, daß das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bei der Erwägung von Preissenkungen berücksichtigt werden muß. Diese Berücksichtigung soll weder eine Steigerung bzw. eine Verhinderung der Senkung der Fondsrentabilität und damit überplanmäßige Gewinne zur Folge haben, wodurch die Betriebe nicht zu rentablem Verhalten angehalten würden. Vielmehr soll die Nichtsenkung des Preises für ein „knappes" Produkt durch die Senkung der Preise anderer Produkte innerhalb der Erzeugnisgruppe ausgeglichen werden. Dem Betrieb soll weder aus der Tatsache, daß von einem bestimmten Produkt nicht mehr produziert und es somit teuer gehalten wird, kein Vorteil erwachsen. Noch soll über die Nachfrage einfach eine Produktionsausweitung bzw. eine Gestaltung der Preise bewirkt werden.

Die Preise sind folglich keine sogenannten Knappheitspreise, sie werden nicht durch die Realisierung bestimmt, sondern durch die gesellschaftlichen Kosten und weitergehende Überlegungen; eine naturwüchsige Verteilung der Arbeit auf die Produktionssphären ist damit ausgeschlossen. Die Berücksichtigung von Angegot und Nachfrage besagt infolgedessen primär, daß, bedingt durch die gesellschaftlichen Präferenzen und die Verteilung des Arbeitsaufwandes, der Preis bestimmter Produkte dann nicht gesenkt werden kann, wenn nicht dementsprechend mehr produziert werden soll bzw. kann. Würde der Preis solcher Produkte unabhängig von dem Verhältnis Angebot/Nachfrage festgesetzt, wäre die Gefahr bedeutend größer, daß der „Markt" eine größere Bedeutung gewinnt, z.B. würde eine Preissenkung, der keine größere Warenmasse korrespondiert, sich als verstärkter Zwang zur Konsumorientierung auswirken.

Im ganzen gesehen sollen für die Betriebe weder Vor- noch Nachteile aus dem geschilderten Mechanismus der Preissenkungen entstehen. Die Frage ist nur, ob die Hersteller tatsächlich an Preissenkungen interessiert sind, ob sie sich nicht

65) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 155; Richtlinie (Fn 33), Abs. 3.5. in bezug auf die Regelung innerhalb von Erzeugnisgruppen. Vgl. bezüglich der Einzelpreise die Richtlinie (Fn 33) Abs. 4.2. Die Einzelpreisbildung soll im volkseigenen Sektor auf der Basis der Plankosten des dem Einführungsjahr vorhergehenden Planjahres, im nicht-volkseigenen Sektor kann sie auf der Basis der Ist-Kosten erfolgen.

doch Hintergehungsmöglichkeiten verschaffen,[66]) bzw. ob das IPRS betriebliche Vorteile, die nicht auf besonderer Leistung basieren, ermöglicht – sei es durch Preiserhöhungen oder mangelnde Preissenkungen. Um die Betriebe nicht von vornherein einem solchen System gegenüber abgeneigt zu machen, können Nachteile hinsichtlich des Gewinns, die sich bei der Einführung des IPRS ergeben können, durch Preisänderungsfonds bzw. durch Berücksichtigung bei der Nettogewinnabführung aufgefangen werden. Aber reicht das Auffangen von Nachteilen aus? Es ist auch nicht einsichtig, warum es Extrabestimmungen für die Preisbildung bei neu- bzw. weiterentwickelten sowie bei veralteten Erzeugnissen bedarf.[67]) Das heißt doch, daß das IPRS und damit auch die normative Reineinkommensrate bzw. der Gewinn den technischen Fortschritt nicht bzw. nicht genügend sichern kann.

Nun kann man die Kennziffer Gewinn durchaus durch andere Bestimmungen einschränken, sie müssen sich nur sinnvoll ergänzen. Ergänzt wurde der Gewinn beim fondsbezogenen Industriepreis durch die Produktionsfondsabgabe einerseits, die ein Aufblähen der Grundfonds zwecks höherer Gewinne verhindert, und zum anderen durch das Industriepreisregelsystem, das die Rentabilität zur Sicherung der Selbstkostensenkung und damit des technischen Fortschritts begrenzen soll. Damit müßte bereits gesichert sein, wozu es anscheinend noch der Bestimmung über neue bzw. veraltete Produkte bedurfte, daß nämlich die Hersteller aus der Produktion neuer Produkte ebensolche Vorteile ziehen, wie sie aus der Produktion „veralteter" Produkte Nachteile zu spüren bekommen sollen.

Fraglich ist, ob mit dieser Bestimmung nicht ein Interessenkonflikt zwischen Hersteller und Abnehmer insofern enthalten war, als die Hersteller nicht nur ein Interesse an gesellschaftlich sinnvollen Weiterentwicklungen der Produkte entfalteten, zumal die Bestimmung dessen, was sinnvoll ist, äußerst schwierig ist. Dies war schließlich einer der Gründe, die zur stärkeren Betonung der Wirtschaftsrechnung ex post führten. Die Weiterentwicklung eines Produktes kann infolgedessen aber auch zum Selbstzweck (= einem größeren einzelwirtschaftlichen Gewinn mit negativen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen) gerinnen. Gesellschaftlicher Arbeitsaufwand wird verbraucht für scheinbaren und/oder für die Abnehmer unnötigen technischen Fortschritt zwecks Steigerung bzw. Erhaltung vorhandener Preise bzw. Gewinne. Immer wieder taucht so dieselbe Schwierigkeit auf – nämlich die, daß die Produktionseinheiten mittels der ökonomischen Hebel überlistet werden sollen, gesellschaftlich zu handeln. Dieser Überlistung – Überlistung zu gesellschaftlichem Handeln – funktioniert nur dann einigermaßen, wenn das eigene Interesse damit befriedigt wird. Mit dieser Konstruktion des Anschließens an das private Interesse wird das private Interesse seinerseits verlängert. Es versucht mit allen Mitteln die Lücken im unvollkommenen System der ökonomischen Hebel auszunutzen.

Die nichtidentischen Eigeninteressen von Herstellern und Abnehmern sollen bei der Senkung der Preise als Kategorien der gesellschaftlichen Rechnungsführung benutzt werden. Dazu wurden die Vertragsbeziehungen zwischen Herstellern und Abnehmern ausgebaut; die Tatsache der Vertragsbeziehungen als solche sagt somit nichts über verstärkte Marktbeziehungen aus. Vertragsbeziehungen können vielmehr als Mittel indirekter Zentralisierung ex ante dienen, insofern sowohl die Abnehmer

66) Vgl. Heft 5/1972 der Wirtschaftswissenschaft
67) Vgl. die Anordnung (Fn 24) und die in Fn 24 gemachten Ausführungen.
68) entfällt.

die Hersteller wie umgekehrt die Hersteller die Abnehmer während des ganzen Reproduktionszyklus von der Forschung bis zur Beendigung der Produktion des betreffenden Produkts kontrollieren sollen. Vertragsbeziehungen, die den ganzen Reproduktionszyklus umfassen und insofern Bestandteil des Plans sind, gewinnen an Bedeutung mit der Erkenntnis der Tatsache, daß die Zentrale selbst zur Regulierung der vielfältigen Beziehungen nicht in der Lage ist. Dadurch daß die Vertragsbeziehungen bereits vor der Entwicklung eines neuen Produkts hergestellt werden sollen, verlieren sie ihre Naturwüchsigkeit und gewinnen Plancharakter. Denn vor Beginn der Entwicklung hat der Hersteller mit den Hauptabnehmern die Ziele der Neu- oder Weiterentwicklung abzustimmen. Zum andern sollen bereits in dieser frühen Phase von Herstellern und Abnehmern gemeinsam der ökonomische Nutzen[69]) ermittelt werden, desweiteren die Höhe des Bedarfs, der Zeitpunkt des Produktionsbeginns, die Höhe der Produktionskosten, sowie die Obergrenze des zukünftigen Industriepreises.

Die Vertragsbeziehungen sind insofern ein wichtiger Hebel zur Regelung wirtschaftlicher Prozesse. Wenn der Preis bestätigt wird, wird zugleich festgelegt, wann und wie jeweils der Industriepreis für die jeweiligen Produkte zu senken ist. Mit der Herabsetzung des Industriepreises für „veraltete" Erzeugnisse, somit mit der Senkung des Gewinns sollen planmäßige Neu- und Weiterentwicklungen initiiert werden. Gegen die Gefahr, daß über mehr oder weniger scheinbare, zumindest aber unnütze „Weiterentwicklungen" Preis- und Gewinnsteigerungen durchgesetzt werden, wurde, wie sich herausstellte, jedoch kein hinlängliches Mittel ersonnen; genau dies jedoch trat ein, was u.a. zur Verkündung des Preisstopps führte. Demzufolge schlug die lange vernachlässigte Forderung, den technischen Fortschritt durch das System der Planung zu initiieren, aufgrund zu heftigen Kurswechsels in nicht beabsichtigte Förderung ungerechtfertigter Gewinne um. Einzelinteresse und Gesamtinteresse konnten durch die eingebauten Mechanismen nicht schlüssig auf einen Nenner gebracht werden.

Die Herabsetzung des Industriepreises sollte die Abnehmer initiieren, den Antrag zu stellen, ein Erzeugnis als veraltet einzustufen, um so einen möglichst großen Druck auf den Hersteller auszuüben, seine Selbstkosten zu senken. Damit die Kontrolle des Herstellers durch den Abnehmer jedoch nicht in eine einseitige Interessendurchsetzung des Abnehmers umschlägt, damit seine Interessen nicht einseitig ins Spiel kommen, wodurch die Vertragsbeziehungen als ökonomischer Hebel an Wirksamkeit verlören, soll der gesellschaftlich notwendige Aufwand berücksichtigt werden. Ob dieser gesellschaftlich notwendige Aufwand normativ zu sehen ist, womit er ebenfalls Manipulationsmöglichkeiten eröffnet oder faktisch durchschnittlich, womit er nicht gerade den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beflügelt, bleibt undurchsichtig. Nur im ersten Jahr soll überhaupt der Gewinn in voller Höhe, d.h. hier mit einem Zusatzgewinn aus der Nutzensteilung zwischen Hersteller und Abnehmer – begrenzt auf 30 % des jährlichen ökonomischen Nutzens bedingt durch die Entwicklung des neuen Produkts – möglich sein.[70])

Danach fällt zuerst der anteilige Nutzen, d.h. der Zusatzgewinn weg. Ab dem

69) Vgl. Heyde u.a. (Fn 25), S. 138. Kriterien der Beurteilung des ökonomischen Nutzens sind: „einmalige Aufwendungen (für Investitionen), Kapazität, Arbeitsproduktivität, Arbeitskräfte, Materialieneinsatz, Selbstkosten, Reineinkommen, Exportrentabilität, Produktionsfonds, Qualität".

70) Vgl. a.a.O., S. 143

3. Jahr soll bereits eine solche Preisdegression einsetzen, daß der Gewinn rascher als die Selbstkosten sinkt, so daß er durch Selbstkostensenkung nicht gehalten werden kann. Mit einer derartigen stufenweisen Reduzierung des Industriepreises sollen die Hersteller zur Entwicklung neuer Produkte gezwungen werden. Das heißt andererseits auch, daß ein sehr schneller „moralischer" Verschleiß einkalkuliert ist in fragwürdiger Orientierung an kapitalistischen Mechanismen. Da sich die Betriebe noch stärker als gewollt an diesen orientierten, wurde der skizzierte Mechanismus fürs erste eingestellt.

5.
Theoretische Einwände gegen eine sog. Anwendung der Arbeitswerttheorie

Gegen die Rede von der Anwendung des Wertgesetzes bei der Preisbildung sind auch schon andere als die bisher vorgebrachten Argumente formuliert worden. W. Hofmann beispielsweise stellt zurecht fest, was selbst von einem Teilnehmer auf der Konferenz 1955 zur Übergangsperiode ausgeführt worden war, daß nicht der Wert, sondern nur der Preis der Ware bekannt ist. „Es versteht sich, daß die Arbeitskosten kein Ersatz sind für gedachte Arbeitswerte und deren Proportionen, da die Löhne selbst Preise darstellen, in deren Bestimmung natürlich auch quasi marktpolitische Überlegungen eingehen."[71])Folglich ist nicht der „objektive" Wert bekannt, sondern nur der Geldausdruck. Dies wird in der Literatur insofern indirekt zugegeben, als eingeräumt wird, daß ein Vergleich in Arbeitsstunden bisher nicht durchführbar ist.[72]) Wäre er das, wäre das Rechnen in Preisen nicht mehr nötig, da der Vergleich jedoch nicht möglich ist, ergibt sich der Zwang zum Rechnen mittels Wertkategorien. Anders ausgedrückt: ließe sich der „objektive" Wert feststellen, bedürfte es unter diesem Aspekt der Preis nicht, da er sich nicht feststellen läßt, bedarf es der Preise, folglich kann auch keine Arbeitswerttheorie angewandet werden. Die Faktoren, die bestimmte Preise beeinflussen, bestimmen diese immer schon in Preisform, damit geht die Faktizität bereits in die Bestimmung der Faktizität ein.

Hofmann ist desweiteren recht zu geben, wenn er ein angewandtes Wertgesetz als eine contradictio in adjecto bezeichnet,[73]) denn das Wertgesetz zeichnet gerade die Gesellschaftsformation aus, die eine gesamtgesellschaftliche Planung, somit auch eine Planung der Preise z.B. zur gesellschaftlichen Bewertung der betrieblichen Aufwendungen, nicht kennt.[74]) Im Kapitalismus wirkt das Gesetz als blinder Durchschnitt doch gerade deshalb, weil die Gesellschaft den gesamtgesellschaftlich-ökonomischen Prozeß nicht bewußt reguliert, es ist hier folglich Ausdruck des bewußtlosen gesellschaftlichen Zusammenhangs.

Weiter oben wurde bereits darauf verwiesen, daß die gesamtgesellschaftliche Dimension außer acht gelassen wird, wenn von der Anwendung des Wertgesetzes, d.h. einer planerischen Funktion des Wertgesetzes gesprochen wird. Wenn von der Anwendung des Wertgesetzes gesprochen wird, dann ist damit vornehm-

71) Hofmann, Das Wertgesetz (Fn 7), S. 267. Vgl. z.B. Maaß/Weisheimer, Preisverflechtungsmodell (Fn 36), S. 18: „Die Preise nach den verschiedenen Preistyp-Varianten wurden auf der Pasis des gesellschaftlich notwendigen Aufwands berechnet. Ausgangspunkt waren die Kosten (!) gemäß Plan 1968."

72) Vgl. z.B. W.P. Djatschenko: Die wissenschaftlichen Grundlagen der planmäßigen Preisbildung, Berlin 1971, S. 12

73) Vgl. Hofmann, ebd. (Fn 7)

74) Vgl. dazu die bei DDR-Autoren selten zu findenden Ausführungen von K. Teichmann, Protokoll (Fn 13), S. 173 ff

lich gemeint, daß im Preis annähernd die gesellschaftlichen Kosten zwecks Senkung dieser Kosten zum Ausdruck kommen sollen. Die unbedachte Rede von der Anwendung des Wertgesetzes ist bedenklich, aber immer noch besser als die Vorgehensweise so namhafter Autoren wie Ambree/Bösche/Matho.[75]) Sie behaupten, daß der Wert im positiven Sinne qualitativ ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis sozialistischer Warenproduzenten ausdrückt. Davon kann absolut keine Rede sein, zumal dann nicht, wenn man wie Ambree davon spricht, daß die individuelle Arbeit sich planmäßig als unmittelbar gesellschaftliche ausweist, was bedeutet, daß sie sich von vornherein als gesellschaftlich notwendige erweisen muß und sich nicht durch spontane, naturwüchsige Prozesse immer wieder auf gesellschaftlich notwendige einpendelt. Das heißt doch aber, daß der Wert gerade nicht ein gesellschaftliches Verhältnis ausdrückt, sondern daß die gesellschaftlichen Verhältnisse so gestaltet sind, daß Wertkategorien – abgesehen davon, daß sie Planungsgegenstand sind – weitgehend instrumentalen Charakter erhalten, daß ihr geplanter Gebrauch im Dienste übergeordneter Ziele steht,[76]) so gesehen drücken sich in ihnen natürlich auch die gesellschaftlichen Verhältnisse aus.

Dieser Einwand trifft auch dann zu, wenn man nicht wie Ambree von einem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit spricht. Schließlich zeigen Planänderungen als sozialistischen Staaten adäquater Ausdruck von Krisen immer wieder an, daß der unmittelbar gesellschaftliche Charakter der Arbeit noch keineswegs gegeben ist und auch die Tatsache, daß die zentralen Planmaßnahmen zugunsten von Parametern reduziert wurden, ist ein deutlicher Verweis darauf, daß die DDR-Theorie selbst nicht von einem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit ausgeht, wenn sie auch davon spricht. Denn die verstärkte Betonung der doppelten Wirtschaftsrechnung, damit auch der Betonung der Wirtschaftsrechnung ex post, hat sich doch gerade deshalb als notwendig erwiesen, weil die Zentrale zum einen technisch nicht in der Lage ist, eine ausschließliche Wirtschaftsrechnung ex ante durchzuführen, und weil zum andern die Produktionseinheiten trotz und wegen detaillistischer Planung auch dann noch die zentralen Auflagen unterlaufen. Gerade die zuletzt genannte Tatsache hat selbst unter dem Wirtschaftssystem vor 1963 aufgezeigt, wie wenig die in den Betrieben verausgabte Arbeit einen unmittelbar gesellschaftlichen Charakter hat.

Diese Einwände gegen die positive Interpretation von Ambree u.a., daß der Wert qualitativ ein bestimmtes Verhältnis sozialistischer Warenproduzenten ausdrückt, können nun nicht dahingehend interpretiert werden, daß an der Existenz der Wertkategorien grundsätzlich eine Kritik an den osteuropäischen Staaten festgemacht werden könnte. Aus den Ausführungen über die Preisplanung dürfte hervorge-

---

75) Vgl. Ambree u.a., Theoretische Grundlagen (Fn 39), S. 992

76) Wenn man jedoch wie Ambree u.a. aus der Marxschen Kritik am Kapitalismus – meist kurz und verkürzt unter Wertgesetz gefaßt – zwei blutleere Komponenten macht ("1. die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionssphären und Warenarten entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und damit auch die Verteilung auf die warenproduzierenden Teilsysteme; 2. den spezifischen Arbeitsaufwand je Erzeugniseinheit, der sich aus den normalen objektiven Produktionsbedingungen ergibt, unter denen die Hauptmasse des betreffenden Erzeugnisses hergestellt wird." a.a.O., S. 995), wundert es nicht, wenn statt ökonomischem Ausdruck der Klassenanalyse der Wert ahistorisch gerinnt, um auch ein bestimmtes Verhältnis sozialistischer Warenproduzenten auszudrücken. Solche theoretische Strapazen sind in den verschiedensten Spielarten notwendig, wenn man die Marxsche Kritik anzuwenden gedenkt.

hen, daß die Wertkategorien grundlegend weder die Produktion noch die Zirkulation bestimmen, die weitgehend bedingt durch die Planung der proportionalen Entwicklung, durch Strukturpolitik, durch das innerhalb der Vertragsbeziehungen weitgehendst vorgeplante Verhältnis von Herstellern und Abnehmern geprägt werden.[77]) Vielmehr wird mittels der Verwendung der Wertkategorien versucht, die Betriebe in der Entfaltung eigener Aktivitäten auf die im Plan formulierten gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinzulenken. Damit soll andererseits jedoch nicht behauptet werden, daß nicht aufgrund mangelnder Interessenidentität die Betriebe im einzelwirtschaftlichen Interesse die Wertkategorien benutzen, jedoch wußten sie sich vor 1963 mittels anderer Mechanismen auch zu „helfen"! Einseitiges einzelwirtschaftliches Gewinnstreben durch Ausnutzung der Existenz der Wertkategorien verweist also nicht auf die Wertkategorien als Ursache. Vielmehr haben das alte wie das neue Wirtschaftssystem überkommenes – ehemals ungebrochen gesellschaftlich vermitteltes – Privatinteresse verlängert, somit die reale Vergesellschaftung unzulänglich vorangetrieben; das eine, indem es dieses Privatinteresse in detaillistischer Planung negierte, ohne es aufzubrechen, womit es perpetuiert wurde, das andere, indem es mit den Mitteln indirekter Zentralisierung an dieses Privatinteresse anknüpft und es in Verfolg seiner eigenen Interessen durch die Bedingungen, innerhalb derer die Einzelinteressen verfolgt werden können, auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinzulenken sucht. Am ehesten kommt den Wertkategorien bedingt durch das sowohl prinzipiell wie in seiner praktischen Durchführung fragwürdige Prinzip der Entlohnung nach Leistung, wie bedingt durch die verschieden strukturierten individuellen Bedrüfnisse, denen begrenzte gesellschaftliche Mittel gegenüberstehen, im Bereich der Konsumgüterverteilung eine Bedeutung zu. Auch hier sind in bestimmten Bereichen die Wertkategorien gerade dadurch eingeschränkt, daß sich in den Preisen nicht die gesellschaftlichen Kosten ausdrücken und auch nicht ausdrücken sollen, da aufgrund der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen bestimmte lebensnotwendige Dinge für den individuellen und gesellschaftlichen Konsum besonders billig gehalten werden, während andere Gegenstände, die entweder überhaupt oder auf dem bestimmten Entwicklungsstand als Luxusgegenstände angesehen werden, besonders teuer sind.

Die zuletzt angesprochenen Probleme sind jedoch nicht Gegenstand dieses Aufsatzes, da sie entweder durch eine bewußte sozialpolitische Abweichung der Preise von den gesellschaftlichen Kosten oder – wenn auch eingeschränkt – durch tradierte Differenzen zwischen geleisteter Arbeit und Entlohnung gekennzeichnet sind. Demgegenüber ging es hier um die Frage nach dem Anspruch der DDR bei der Preisplanung, nach der Stichhaltigkeit dieses Anspruchs (Anwendung der Arbeitswerttheorie) und nach der Frage, inwieweit hier Preis im Sozialismus gleich Preis im Kapitalismus, Gewinn gleich Gewinn, Wertkategorien also gleich Wertkategorien sind, inwieweit sie infolgedessen bereits von anderer Qualität sind, bzw. wo es anzusetzen gilt, um Kriterien einer konkreten Kritik zu gewinnen.

Diese Kritik kann also konkrete sich nicht einfach an der Tatsache festmachen, daß ab 1963 in der DDR verstärkt Wertkategorien aufgegriffen wurden. Sie muß vielmehr untersuchen, wie diese Kategorien aufgegriffen wurden, warum sie aufgegriffen wurden und in welcher Weise sie sich tatsächlich als den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß beherrschende bzw. nicht beherrschende entwickeln. Sie muß sich demzufolge den Schwierigkeiten sozialistischer Planung stellen, wobei gefragt werden muß, inwiefern die Schwierigkeiten der Durchsetzung

---

77) Vgl. Spitzner (Fn 15)

des Planungsprinzips in Staaten wie der DDR, die sich in der Notwendigkeit doppelter Wirtschaftsrechnung ausdrücken, prinzipieller Natur sind und inwiefern sie sich auch daraus ergeben, daß die Vervollkommnung des Planungssystems von der tendenziellen Fortschreibung privater Interessen ausgeht. Der Zusammenhang zwischen Einzel- und Gesamtinteresse wird technisch durch den bewußten Gebrauch der Wertkategorien hergestellt, womit durch bewußte Gestaltung der Verkehrsformen die Produktionseinheiten in Verfolg ihrer privaten Interessen die gesamtgesellschaftlichen Ziele verwirklichen sollen. Nicht das Zusammenspiel naturwüchsiger privater Interessen bewirkt so das „Gemeinwohl", sondern die vorgegebenen gesamtgesellschaftlichen Ziele sollen verwirklicht werden mittels eines einzelwirtschaftlichen Interesses, das sich innerhalb bewußt gestalteter Verkehrsformen soll bewegen können. Daß es daraus immer wieder versucht auszubrechen, ergibt sich konsequent aus der Tatsache, daß das Planungssystem dieses private Interesse verlängert, indem es mit ihm in der konkreten Ausgestaltung weitgehend als mit einer Konstante rechnet.

